



unsere zeit

Im Wettlauf um das schärfste Gesetz

Das Pandemiegesetz NRW schränkt Grundrechte ein oder stellt sie sogar ganz in Frage

Eines muss man der schwarz-gelben Regierung unter Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) in NRW zugestehen: Sie haben sich mit dem am Dienstag letzter Woche in den Landtag eingebrachten Gesetzesentwurf für das „Gesetz zur konsequenten und solidarischen Bewältigung der Covid-19-Pandemie in Nordrhein-Westfalen“ den Titel für das Gesetz mit der schönsten Überschrift verdient. Konsequent wäre, in der aktuellen Situation die Produktion in den Betrieben einzustellen, die für die Bewältigung der Pandemie nicht notwendig sind. Konsequent wäre auch, alle Beschäftigten, Patientinnen und Patienten sowie Bewohnerinnen und Bewohner in Krankenhäusern und Seniorenzentren auf das Virus zu testen. Und solidarisch wären ein Kündigungsverbot und die Aufstockung aller Einkommensformen auf 100 Prozent des letzten Netto-Entgeltes.

Es war zu erwarten, dass die Überprüfung des Gesetzesinhaltes dem nicht standhalten würde. Nicht ganz so erwartbar war der Versuch von Laschet als Kanzlerkandidat in spe, die bayrische Landesregierung und die Bundesregierung rechts zu überholen.

Mit dem Gesetz werden die Befugnisse des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales und der örtlichen Gesundheitsbehörden massiv ausgeweitet, sobald der Landtag einmal „aufgrund der dynamischen Ausbreitung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit im Land eine epidemische Lage von landesweiter Tragweite feststellt“. Danach sind bis zur Feststellung des Endes der epidemischen Lage durch den Landtag zum Teil sehr weitgehende Eingriffe in die Grundrechte der Menschen ohne Befassung im Parlament möglich – bis hin zur Einschränkung des grundgesetzlich verankerten Rechts auf körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person.

Ebenso weitreichend ist die Ermöglichung von Zwangsarbeit für me-



Bei der Anhörung zum sogenannten Epidemie-Gesetz im Landtag des Landes NRW protestierte das „Düsseldorfer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ am Montag gegen die Zwangsverpflichtung von medizinischem Personal

dizinisches und pflegerisches Personal. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass die Behörden Pflegepersonal, Ärztinnen und Ärzte sowie Rettungskräfte, die nicht mehr im Beruf arbeiten, zur Arbeit in der alten Tätigkeit verpflichten und dem vorhandenen Personal andere Tätigkeiten zuweisen können, soweit das zur Bewältigung der epidemischen Lage dringend erforderlich und angemessen ist. Dass Artikel 12 des Grundgesetzes mit dem expliziten Verbot von Zwangsarbeit per Landesgesetz allgemein und dann durch Anordnung eines örtlichen Gesundheitsamtes konkret geschliffen werden kann, nimmt Schwarz-Gelb im Wettlauf um die schärfsten Gesetze bundesweit gerne in Kauf. Wie gerne, merkt man auch daran, dass dieses Gesetz nicht befristet werden soll.

Die Kritik an dem im Eilverfahren in den Landtag eingebrachten Gesetzesentwurf war dementsprechend groß. ver.di NRW lehnte den Entwurf kom-

plett ab, der DGB NRW lehnte eine Zwangsrekrutierung von medizinischem Personal ab und erklärte, diese möge beim Militär funktionieren, nicht aber beim Dienst an den Menschen. In den Stellungnahmen der Gewerkschaften, der Oppositionsparteien und von diversen Verfassungsrechtlern wird die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes in Frage gestellt oder verneint.

Besonders deutlich ist die Unverschämtheit des Gesetzesentwurfs für das medizinische und pflegerische Personal: Sie haben in den letzten Jahren am eigenen Leib erfahren, wie das Gesundheitssystem staatlich verordnet kaputtgespart wurde. Sie merken jetzt, dass in der Krisensituation weder die Arbeitgeber noch der Staat in der Lage sind, für ausreichend Schutzkleidung und -masken zu sorgen. Eine Kollegin aus einem privaten Krankenhaus in NRW brachte es auf den Punkt: „Und jetzt wollt ihr uns zwangsverpflichten? Ihr wollt uns

wohl verarschen!“ Die Schärfe und Empörung sind angemessen.

Zunächst ist der Plan der Landesregierung nicht aufgegangen. Das Gesetz wurde nicht beschlossen, sondern zur Beratung vertagt. Der Showdown stand nach Befassung in den Landtagsausschüssen für diese Woche Donnerstag an. Das erklärte Ziel der Landesregierung ist eine gemeinsame Beschlussfassung mit den Oppositionsparteien.

Ein positiver Teil dieser leidigen Geschichte ist, dass wieder versucht wird, den Protest auf die Straße zu bringen. Eine Kundgebung der Partei „Die Linke“ am Montag vor dem Landtag wurde zugelassen, auch das Düsseldorfer „Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ beteiligte sich an den Protesten anlässlich der Ausschusssitzungen. Mit Blick auf den 1. Mai ist es gut, dass wir uns – wenn auch unter besonderen Bedingungen – die Straßen und Plätze zurückerobern. **Nora Hachenburg**

Petition der Vernunft

**DKP fordert:
Weg mit den Sanktionen!**

Die imperialistischen Länder halten trotz des Kampfes gegen die Covid-19-Pandemie an den Sanktionen gegen die sogenannten „Schurkenstaaten“ fest. Doch der Ruf wird immer lauter: Stellt die Zwangsmaßnahmen gegen Iran, Syrien, Russland, Kuba und Venezuela ein!

Es ist ein Ruf der Vernunft, weil der Austausch von medizinischen Geräten, Schutzkleidung, Medikamenten und Forschungsergebnissen im Kampf gegen das Virus lebensrettend sind. Es ist ein Ruf der Menschlichkeit, weil die Sanktionen in erster Linie die Ärmsten der Armen treffen, erst recht in einer Krise wie dieser. Es ist ein Ruf gegen den Kapitalismus, weil in dieser Krise für alle sichtbar wird, dass dieses System über Leichen geht. Die Bundesregierung verweigert die enge Zusammenarbeit mit China, schlägt Hilfsangebote aus und diffamiert kubanische Ärztebrigaden. Hier geht es nicht um die Bekämpfung des Virus, sondern um Systemkonkurrenz.

Die Aufhebung der Sanktionen ist ein „No-go“ für USA, EU und deutsche Bundesregierung. Die USA haben den ökonomischen Druck auf Venezuela verstärkt, ein Kopfgeld auf den gewählten Präsidenten Nicolás Maduro ausgesetzt und Kriegsschiffe losgeschickt. Für den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell sind Sanktionen „unverzichtbar“ im Kampf gegen „Brüche des Völkerrechts“, „Menschenrechtsverletzungen“ und „Störer von Friedensprozessen“. Die Bundesregierung lehnte zuletzt die Aufhebung der mörderischen Sanktionen gegen Syrien strikt ab.

Damit stellen sie sich gegen UN-Generalsekretär António Guterres und gegen die übergroße Mehrheit der Staaten. Guterres hatte angesichts der Coronakrise Ende März verlangt, die Sanktionen auszusetzen. Russland unterstützte ihn mit einer entsprechenden Resolution. Auch China und die „Gruppe der 77“ forderten das Ende ökonomischer Zwangsmaßnahmen. Der „Gruppe der 77“ gehören heute 134 sogenannte Schwellen- und Entwicklungsländer an. Sie repräsentieren rund 80 Prozent der Weltbevölkerung. Auf Initiative der Kommunistischen Partei Chinas sprachen sich über 230 politische Parteien aus mehr als 100 Ländern – darunter die DKP – für eine engere internationale Zusammenarbeit und ein Ende der Sanktionen aus.

In Deutschland hat die DKP eine entsprechende Petition an die Bundesregierung gestartet, die bis zum Redaktionsschluss knapp 5.000 Menschen unterstützen. Das ist gut so, aber da ist mehr drin. Wir rufen die Mitglieder und Freundinnen und Freunde der DKP auf, die Ostertage zu nutzen, um die Petition des Friedens und der Solidarität zu verbreiten und mit Bekannten, Nachbarn und Bündnispartnern online oder über den Gartenzaun über die Petition in die Diskussion zu treten. Sie ist vernünftig, jeder versteht sie. So müssten doch bis zum 1. Mai die 10.000 zu knappen sein?

Wera Richter

Siehe Seite 5

Corona-Geschäfte

Wie Unternehmer die Pandemie ausnutzen – und die Regierung sie lässt

Der Minister ist dankbar. Jens Spahn hat das „Verantwortungsbewusstsein und den Unternehmergeist unserer Wirtschaft“ gelobt, weil deutsche Hersteller angekündigt haben, Schutzausrüstung gegen das Coronavirus zu liefern. Tatsächlich versuchen große Unternehmen wie kleine Geschäftemacher, vom Mangel an Schutzmasken und Desinfektionsmitteln zu profitieren.

Eine Schutzmaske der Klasse FFP 2 kostete vor der Pandemie im Großhandel 45 Cent. Das Bundesgesundheitsministerium will solche Masken jetzt selbst beschaffen. Am 27. März schrieb es den Auftrag aus – in einem „Open-House-Verfahren“: Das Ministerium legt einen Preis fest, den es anbietet, die Lieferanten können ihn akzeptieren oder ablehnen. Für FFP-2-Masken bot es 4,50 Euro an – also zehnmal so viel, wie die Masken vor der Pandemie kosteten.

Am 1. April – fünf Tage später – veröffentlichte das Ministerium eine

andere Ausschreibung – allerdings sollten diesmal die Anbieter ihren Preis nennen, den Zuschlag würden die günstigeren Angebote erhalten. Nötig sind viele Millionen dieser Masken – Ärzte und Pflegekräfte müssen sie jedes Mal wechseln, nachdem sie Kontakt zu einem Patienten hatten. Anscheinend war der zehnfache Preis nicht hoch genug, um Lieferanten zu überzeugen. „tagesschau.de“ berichtet von einem Großhändler, der FFP-2-Masken für 13,52 Euro pro Stück anbietet – also das Dreißigfache des früheren Preises.

Die Medien berichten über betrügerische Anbieter von überkauften Corona-Tests, von angeblichen Händlern, die bezahlte Schutzmasken nicht liefern, von gefälschten Zertifikaten für Desinfektionsmittel. Mehr oder weniger kriminelle Geschäftemacher nutzen die Pandemie, um zu verdienen – genauso wie Unternehmer mit seriöseren und langfristigen Geschäftsmodellen. Der Trigema-Chef

Wolfgang Grupp präsentiert sich als Klischee des verantwortungsvollen deutschen Familienunternehmers und lässt seine Näherinnen Behelfs-Atemschutzmasken statt T-Shirts produzieren – wiederverwendbar, 12 Euro das Stück, Werbung durch öffentlich-rechtliche Medien inklusive.

Adidas hat weniger geschickt versucht, aus der Coronapandemie einen Nutzen zu ziehen: Die Regierung hatte Mietern die Möglichkeit gegeben, ihre Miete zu lassen, der Konzern teilte mit, dass er das für seine Läden in Anspruch nehmen wolle. Die öffentliche Unzufriedenheit darüber wird den Konzern mehr Geld kosten als ihm die Stundung bringen würde – in der vergangenen Woche ließ er ganzseitige Anzeigen mit einer Entschuldigung drucken, um den PR-Schaden zu verringern.

Die Regierung hat die Spielräume geschaffen, die Geschäftemacher nun ausnutzen – nicht nur, indem sie Atem-

schutzmasken zu Marktpreisen einkauft. Verschiedene staatliche Stellen und Einrichtungen versuchen jeweils für sich, auf dem Markt Schutzausrüstung zu kaufen, sie treiben damit die Preise selbst in die Höhe. 2005 hatte das Robert-Koch-Institut den „Nationalen Pandemieplan“ erstellt und darin gefordert, dass die Behörden selbst eine Reserve mit nötigen Materialien anlegen sollten – wie FFP-2-Masken. Passiert ist das nicht. Spahn sagt: „Wir haben Pläne, aber wir üben sie zu selten.“

Der Unternehmer Rainer Döring, der ein nachhaltiges Desinfektionsmittel entwickelt hat, lobt sich in der „FAZ“ dafür, dass er in der Pandemie die Preise nicht erhöht hat. Dennoch bedeute für sein Unternehmen die jetzige Nachfrage eine „Anschubfinanzierung“. Corona sei für ihn daher „Fluch und Segen zugleich“. Für manche eher dieses, für andere eher jenes. **Olaf Matthes**

Siehe Kommentar Seite 9

Aufruf zum Tarifbruch

Die Gewerkschaft ver.di hat dem Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) vorgeworfen, die momentane Krisensituation zu nutzen, um die Arbeitsbedingungen der Sicherheitsdienste zu verschlechtern und geltende Tarifverträge zu unterlaufen. Der BDSW hatte seinen Mitgliedsunternehmen geraten, den Sicherheitsdiensten vor den Geschäften des Einzelhandels nur den Mindestlohn zu zahlen. „Das ist ein offener Aufruf zum Tarif- und Rechtsbruch“, erklärte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle.

In einem Rundschreiben an seine Mitglieder erklärt der BDSW, bei Zutrittskontrollen im Einzelhandel handle es sich nicht um eine Sicherheitstätigkeit im Sinne der Gewerbeordnung. Die einschlägigen Lohntarifverträge seien daher nicht anwendbar. Lediglich der gesetzliche Mindestlohn müsse gezahlt werden, die eigentlich vorgeschriebene Qualifikation sei entbehrlich.

Beschäftigte schützen

ver.di fordert angesichts weiterhin steigender Corona-Infektionen in Deutschland die sofortige Umsetzung von Maßnahmen im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs zum Schutz der Beschäftigten und Fahrgäste. Die Überfüllung der Fahrzeuge müsse verhindert werden. Daher dürfe das Verkehrsangebot nur soweit reduziert werden, dass den Fahrgästen die Einhaltung des empfohlenen Mindestabstands von 1,5 m möglich ist.

Neben anderen Maßnahmen sollte eine Reinigung und Desinfektion der Fahrzeuge mindestens alle 24 Stunden, die Desinfektion von Haltestangen, -schlaufen und -griffen, Haltewunschknöpfen, Entwertern und Automaten mindestens alle 12 Stunden vorgenommen werden.

Nicht vorbereitet

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat Länder und Hochschulen gemahnt, den Auswirkungen der Coronakrise auf Lehre und Forschung ehrlich Rechnung zu tragen. „Die Wissenschaftsministerien der Länder haben sich in der vergangenen Woche zwar auf Leitlinien für das Sommersemester verständigt, diese sind jedoch unvollständig und geben den Hochschulen einen maximalen Spielraum bei der Umsetzung. So können die Vorlesungszeiten flexibel festgelegt werden. Zudem gibt es keine Regelungen, wie Prüfungen durchgeführt und anerkannt werden, die Lehrverpflichtung angepasst wird und für einen kollektiven Nachteilsausgleich der Studierenden. Länder und Hochschulen müssen sich jetzt mit Studierenden- und Beschäftigtenvertretungen an einen virtuellen Runden Tisch setzen, um gemeinsam die Rahmenbedingungen für Lehre und Studium auszuhandeln“, sagte Andreas Keller, Stellvertreter der GEW-Vorsitzender und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung.

Es sei zu befürchten, dass einige Hochschulen das volle Semesterprogramm auf Biegen und Brechen durchziehen wollen und dafür das Studium flächendeckend auf Online-Lehre umstellen oder die Vorlesungszeit weit in die Sommerferien hinein verschieben. Dafür seien die Hochschulen aber weder technisch noch didaktisch auf ein digitales Lehrangebot für alle Studiengänge vorbereitet. Sowohl die Studierenden als auch die Lehrenden benötigen die vorlesungsfreie Zeit im Sommer dringend: für Prüfungen, Vor- und Nachbereitungen, Forschung und wissenschaftliche Qualifizierung, die Entwicklung digitaler Lehr- und Studienformate und nicht zuletzt den verdienten Erholungsurlaub. Die GEW lehnt strikt ab, die Vorlesungszeit in die Semesterferien auszudehnen.

Bayerische Regierung höhlt Arbeitszeitgesetz aus

Rechte der Lohnabhängigen müssen geschützt werden

Auf allen Ebenen werden in Zusammenhang mit der Coronakrise die Rechte der Lohnabhängigen angegriffen. Unter anderem stehen die Arbeitszeiten der Beschäftigten, die die Daseinsvorsorge gewährleisten, im Fokus der Angriffe. So hat Bayern am 17. März eine „Ausnahmebewilligung für Ausnahmen von der täglichen Höchstarbeitszeit, den Ruhepausen und Ruhezeiten sowie der Sonn- und Feiertagsruhe“ bis 30. Juni 2020 erlassen. Die Ausnahmebewilligung gilt für „Arbeitnehmer zur Produktion von existentiellen Gütern und für Dienstleistungen zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge, die im Zusammenhang mit den Folgen der Ausbreitung des Coronavirus anfallen“.

Seit Jahren schon fordert das Kapital, dass das Beschäftigungsverbot an Sonn- und Feiertagen ausgesetzt wird. Nun wurde unter dem Eindruck der Hamsverkäufe der Testballon gestartet und die Ladenöffnungszeiten aufgeweicht. Anstatt das Personal in den Supermärkten besser zu schützen und für längere Erholungspausen zu sorgen, wird es jetzt noch mit Sonn- und Feiertagsarbeit gequält, zusätzlich zu den eh schon hohen Belastungen durch Bevorratungskäufe,

ständiges Regalauffüllen und Pöbeleien wegen Einschränkungen bei bestimmten Lebensmitteln. Doch diese Maßnahme kam auch in der Bevölkerung schlecht an, sodass sogar Supermarktbesitzer sich davon distanzieren.

Weniger bekannt wurde, dass die Arbeitszeiten von täglich über acht bis zehn Stunden hinaus verlängert werden können und die Pausenzeiten verkürzt wurden. Die Mindestdauer für die Pausen beträgt nach dem Arbeitszeitgesetz üblicherweise dreißig Minuten bei einer Arbeitszeit von sechs bis neun Stunden und 45 Minuten ab einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden. Jetzt wurden diese Pausen um je 15 Minuten gekürzt, sodass selbst bei einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden nur noch 30 Minuten Pause zur Verfügung stehen. In der Realität werden wahrscheinlich viele Beschäftigte in diesen Bereichen ohnehin schon länger arbeiten und auch die Pausen nicht einhalten können, weil die Personaldecke viel zu dünn ist, sei es in den Krankenhäusern, Pflegeheimen oder im Einzelhandel.

Auch die Ruhezeiten von elf Stunden zwischen dem Arbeitsende an einem Tag und dem Arbeitsbeginn am kommenden Tag wurde um volle zwei

Stunden verkürzt, so dass jetzt schon nach neun Stunden wieder ein Einsatz aufgebremst werden kann. Mit Wege- und Reproduktionszeiten (Essen, Duschen und ähnliches) bleibt so viel zu wenig Zeit, um sich wirksam zwischen den Arbeitseinsätzen zu erholen. Dies wird nicht nur die Gesundheit massiv angreifen, sondern ist auch aus Arbeitsschutzgründen sowie für Patienten und zu Pflegenden brandgefährlich, weil die Konzentration bei der Arbeit entsprechend nachlässt, wenn die Regenerationszeiten zu gering sind.

Es mag sein, dass bei Katastrophen in bestimmten Berufszweigen andere Regeln gelten müssen. Corona wird uns aber über viele Wochen oder Monate in Atem halten und die Bestimmung gilt für dreieinhalb Monate. Über einen so langen Zeitraum sind solche Arbeitsbedingungen nicht durchzuhalten. Die hier dargestellten Maßnahmen treffen viele Beschäftigte, denn sie gelten in der Produktion von existentiellen Gütern und für Dienstleistungen zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge. Treffen wird dies insbesondere Frauen, da sie in diesen Bereichen etwa 70 Prozent der Beschäftigten ausmachen. Ihre Arbeit war seither schon sehr pre-

kär und schlecht bezahlt. Für sie steigt die Belastung enorm, da sie nach wie vor auch noch die Hauptlast der Reproduktionsarbeit tragen und zusätzlich die fehlende Kinderbetreuung und Schulschließung auffangen müssen.

Ausnahmeregelungen können in Einzelfällen sicher notwendig sein. Dann sollen aber die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften darüber entscheiden, weil sie auch die Belastungen kennen und wissen, was noch zumutbar ist und was verkraftet werden kann, ohne die Gesundheit zu schädigen.

Die Landesregierung NRW geht noch einen Schritt weiter und will sogar eine Zwangsverpflichtung von Personen mit Ausbildung in Gesundheits- und Pflegeberufen. ver.di nennt diesen Gesetzentwurf „unverhältnismäßig und verfassungswidrig“ und fordert die Rücknahme. Noch ist dieses Gesetz nicht beschlossen und kann hoffentlich auch noch verhindert werden. Das wäre eine neue Dimension der Entrechtung. Die Rechte der Beschäftigten dürfen nicht geopfert werden. Widerstand ist nötig, damit diese Ausnahmen zurückgenommen und weitere Aushöhlungen verhindert werden.

Christa Hourani

Der Test für „neues Arbeiten“

Deutsche Autobauer in der Coronakrise

Die Unternehmen der deutschen Autobauer waren die ersten, die die Produktion von PKW und LKW stoppten. Im Dominoeffekt stoppte oder drosselte dann die Zulieferindustrie von A bis Z ihre Produktion; von Bosch über Mahle und Leoni bis ZF Friedrichshafen.

Als Begründung wurden das Ausbleiben von Zulieferteilen und das Coronavirus genannt. Schaut man die Meldungen aus den Unternehmen ein wenig genauer an, findet man immer häufiger in Nebensätzen das Wort Absatzrückgang. Da liegt auch der wesentliche Grund, denn schon Ende 2019 gingen die Absätze von Audi, BMW, Daimler und VW spürbar zurück. Der Shutdown in der Auto- und Zulieferbranche läuft inzwischen weltweit. Ende März liefen über einen Ticker des Informationsdienstes „Automobilindustrie online“ im Halbstundenrhythmus Meldungen über Produktionseinstellungen in Großbritannien, Russland, Kanada, USA, Mexiko.

Wer allerdings daraus schließt, dass die komplette Industrie stillsteht, irrt gewaltig. Das neue Zauberwort, um trotz Ausgangssperren und Social-Distancing weiter arbeiten zu lassen, heißt Home-Office. Überschrift in einem Newsletter: „Digitalisierung macht unsere Arbeit tatsächlich einfacher und effizienter!“ Dies gilt insbesondere für die Softwareindustrie mit ungefähr 1,2 Millionen Beschäftigten, aber auch in der Automobilbranche oder im Maschinen- und Anlagenbau.

Jürgen Nowicki, Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft Großanlagen“ des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) und Vizepräsident von Linde Engineering, erklärt gegenüber dem Fachblatt „Produktion“, wie das funktioniert. „Momentan arbeiten 1.800 der rund 2.000 Mitarbeiter von zu Hause aus. Teilweise mussten dabei kreative Lösungen gefunden werden. Die Designer seien es gewohnt, an speziellen, großen Bildschirmen zu arbeiten.“ Also habe man diese Schirme in Windeseile den Kollegen ins Home-Office geliefert, um die Abteilung arbeitsfähig zu halten. Denn eigentlich arbeite und sitze man im Großanlagenbau eng beieinander. Wie in vielen anderen Bereichen kommunizieren die Beschäftigten nun unter anderem per Videokonferenzen. Überall



Der Stress bei Homeoffice bleibt bei den Frauen hängen.

arbeite man extrem diszipliniert und zielgerichtet“, so Nowicki. Das Redaktionsnetzwerk RND bestätigt die Vorgehensweise: „Wegen des Coronavirus erleben Home-Office und Mobile Arbeit einen regelrechten Boom“ und „dies sei gut so, denn schließlich schützt die Arbeit daheim vor Ansteckung und reduziert zugleich Ausfallrisiken für den Betrieb“. Unternehmen wie Google oder Facebook empfehlen ihren Mitarbeitern wegen der Coronagefahr derzeit, zu Hause zu arbeiten. Mittelständische Software-Firmen machen dies ebenfalls; darunter solche aus der Zulieferindustrie. Die IT-Abteilungen haben die Zugänge für den Laptop, der eh das normale Arbeitsgerät ist, für die internen Firmennetzwerke freigeschaltet. Ein wenig Kopferbrechen bereiten schlimmstenfalls noch Cyberattacken.

Das Virus „zwingt“ also immer mehr Beschäftigte ins Home-Office und diese sind angeblich begeistert. Der Bundesverband der Digitalwirt-

schaft (BVDW) ist mit einer Umfrage vom März 2020 schnell zur Hand. „66,1 Prozent erwarten von ihrem Arbeitgeber, entsprechende digitale Lösungen anzubieten und die Mehrheit der Arbeitgeber ist dazu auch in der Lage.“ Wohl wahr. Die Unternehmen stehen mitnichten plötzlich vor neuen Problemen, sondern sind auf Situationen wie jetzt längst vorbereitet. Schon vier Jahre hatte Daimler-Chef Dieter Zetsche seinen Mitarbeitern versprochen: „Ich will die Arbeit für Sie schöner machen! Sie dürfen teilweise von zuhause, im Café oder im Park arbeiten.“ Durchgesetzt hatte sich dies im großen Umfang bislang nicht, denn die Unternehmen müssen bei Home-Office sicherstellen, dass dieselben Arbeitsschutzmaßnahmen wie im Büro eingehalten werden. Davon ist unter den Randbedingungen des Virus erst mal nicht mehr die Rede. Die „Not“ erfordert eben schnelles und kreatives Vorgehen.

Für die Unternehmen bietet Home-Office gravierende Vorteile. Sie brauchen weniger Büroraum. Heizung, Strom, Klopapier zahlen die Beschäftigten jetzt selber und das Thema flexible Arbeit rund um die Uhr im Interesse von Maximalprofiten ist ebenfalls „gelöst“.

Der Stress bei Home-Office bleibt bei den Beschäftigten hängen. Ganze Familien müssen ihren Arbeitsalltag umstellen. Da die Kinder nicht mehr in die Schule gehen können oder die Kleinen nicht mehr in den Kinderhort, haben sie jetzt drei Jobs am Hals. Den Brotjob von acht Stunden, die Kinderbetreuung und den des Lehrers beziehungsweise der Lehrerin, weil die Schule jetzt zu Hause stattfindet. Die Krise wird genutzt, um auszuprobieren, was alles „privatisiert“ werden kann. Es wird gewaltige Anstrengungen erfordern, dass dies nicht zum Normalbetrieb wird.

Stefan Kühner



Foto: Max Kovalenko

Hoch motiviert und häufig unter Tarif bezahlt: Pflegende im Krankenhaus

Überlastung per Dekret

Das Krankenhauspersonal stößt vielerorts an seine Grenzen, während Spahn den Druck erhöht

Statt Kurzarbeit gibt es für die Pflegefachkräfte in den Krankenhäusern Überstunden. Trotzdem reicht das vielerorts nicht aus, um die Patienten angemessen zu versorgen. Schutzmaterialien sind Mangelware. Die Pflegefachkraft Jana Langer schrieb mit ihren Kollegen einen Offenen Brief an Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), er ist als Petition veröffentlicht auf „change.org“. Bis Redaktionsschluss hatte die Petition fast 390.000 Unterstützerinnen und Unterstützer. Zudem veröffentlichten sie eine weitere Petition mit dem Titel „Covid-19 – Gesundheitsarbeiter*innen fordern: Menschen vor Profite“ auf „weact.campact.de“. UZ sprach mit Jana Langer über die Situation in den Krankenhäusern und was aus dem Kampf um Entlastung geworden ist.

UZ: Sie sagen in Ihrem Offenen Brief, dass die Coronapandemie absehbar war. Was hätte passieren müssen, damit es zu keinen Engpässen gekommen wäre?

Jana Langer: Nahezu in jedem Land stieß man auf Probleme, weil man auf die Pandemie völlig unvorbereitet war. Grundsätzlich hat man Pandemiepläne in den Schubladen, aber unser Gesundheitssystem ist so aufgebaut, dass wir keine Vorhaltekosten leisten. Die Kliniken hatten kein Personal vor, das nicht immer arbeitet. Wir bringen immer Leistung und sind keine Reservisten, wie zum Beispiel bei der Feuerwehr. Dort hat man Leute, die vor Ort sitzen und auf den Alarm warten und trotzdem bezahlt werden. In den Kliniken ist das anders. Da wird das Patientenaufkommen im Vorfeld überschlagen und dann werden die personellen Ressourcen darauf ausgerichtet. Ich glaube, das ist einer der Hauptgründe, warum man jetzt erst sämtliche Kraftanstrengungen aufbringen muss, um Ressourcen aufzubauen, die eigentlich gar nicht da sind.

UZ: Wie sieht es derzeit in den Krankenhäusern aus?

Jana Langer: Das ist sehr unterschiedlich. In privaten Kliniken melden die Klinikleitungen Kurzarbeit an, weil die nicht notwendigen Operationen von Herrn Spahn zwar spät, aber doch noch rechtzeitig verboten wurden, und private Kliniken leben von solchen Operationen. Sie machen sogenannte elektive Eingriffe. Wenn man zum Beispiel die Schönheitskliniken nimmt, die haben jetzt natürlich keine Arbeit und müssen ihre Angestellten in Kurzarbeit schicken.

Bei den Maximalversorgern, wie zum Beispiel Universitätskliniken, versucht man im Rahmen der finanziellen Ressourcen jetzt Strukturen aufzubauen, um eine sogenannte Welle abfangen zu können, sprich: Intensivkapazitäten aufzubauen und dafür Personal zu stellen. Es reicht nicht aus, einen In-

tensivbeatmungsplatz hinzustellen. Der muss auch personell begleitet werden. Das ist, was alle Kliniken im Moment versuchen, zum Beispiel mit Medizinstudenten. Dem Aufruf sind auch relativ viele Medizinstudenten gefolgt und haben sich als Hilfskräfte gemeldet. Man versucht auch, Kapazitäten, die frei werden, umzustrukturieren. Zum Beispiel ein Chirurg, der nicht mehr operiert, kann sich auf der Intensivstation um Beatmungsplätze kümmern.

UZ: Spahn fordert einen Bonus für das Krankenhauspersonal. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder will in Bayern 500 Euro Prämie zahlen. Aber Pflegeberufe werden schlecht bezahlt, Pandemie hin oder her. Ist das alles nur eine teure Mercischokolade?

Jana Langer: Ja, es ist ein nettes Bonbon, als Schmerzensgeld okay. Es ist aber zu kurz gefasst, um das Personal bei der Stange zu halten. Wir haben von Grund auf das Problem, Personal für diese Berufe zu gewinnen, weil der Beruf an sich sehr schlecht bezahlt wird. Viele Kliniken bezahlen nicht nach Tarif. Da besteht ein Riesendefizit. Es ist ein Irrsinn, wenn man jetzt sagt, du arbeitest ja, das ist total toll und alle klatschen, und dafür gebe ich dir jetzt 500 Euro bar auf die Krallen, steuerfrei möglichst noch, aber dafür bist du zufrieden und hältst deinen Mund. Das hat was von Schweigegeld.

Es ist nicht so, dass ich das Geld nicht gerne nehmen würde. Aber es hat einen faden Beigeschmack: Unsere Forderungen, die seit Jahren bestehen, will man jetzt klein kriegen. Wir haben mehr Anerkennung verdient. Wir haben strukturelle Probleme in den Kliniken. Wir haben ein strukturelles Problem im gesamten Gesundheitssystem. Und das kann man mit 500 Euro nicht gut machen.

UZ: Vor der Pandemie streikten viele Krankenhausbeschäftigte für Entlastung. Wird jetzt die Pandemie benutzt,

um die neuen Tarifverträge auszuhebeln?

Jana Langer: Spahn hat schon den Anfang gemacht. Die Personaluntergrenzen, die er eingeführt hat und die nicht der große Wurf waren, sind weg, um die Kliniken zu entlasten. So ist es jetzt möglich, dass eine Intensivfachkraft fünf bis sechs Leute betreut, ohne dass die Kliniken Strafe zahlen müssen.

Unsere Entlastungsbewegung, die wir an den Kliniken gestartet haben, ist damit völlig ad absurdum geführt. Ich war schockiert, als Spahn sagte, in so einer Krise wie dieser Pandemie müssen wir qualitativ noch besser arbeiten, vor allen Dingen aus hygienischer Sicht. Überlastet man aber jetzt das Personal, ist es eine logische Folge, dass die Qualität der Arbeit darunter leidet.

Es ist in allen Kliniken so – auch bei mir –, dass der Entlastungstarifvertrag ganz weit weg gerückt ist. Wir hatten davor schon Probleme, den umzusetzen. Die Entlastungstarifverträge sehen auf dem Papier wunderbar aus. Es hapert aber nach wie vor an der Umsetzung. Das ist ein harter Kampf. Und jetzt unter der Krise kann man von Entlastung nicht mehr sprechen. Das Arbeitszeitgesetz wird durch das Infektionsschutzgesetz aufgeweicht, weil dort drinsteht, dass man Personal zwangsrekrutieren kann.

UZ: Was müsste jetzt passieren, um der Pandemie Herr zu werden? Sie fordern in Ihrem Offenen Brief unter anderem auch die Verstaatlichung von Schutzmaterialien.

Jana Langer: Es wurden im Vorfeld viele Fehler begangen, die man jetzt auf die Schnelle nicht ausmerzen kann. Aber man muss möglichst gut mit einer flacheren Kurve durch diese Pandemie kommen, um die massive Überbelastung, wie in Italien oder Frankreich, zu verhindern. Da sind auch meine Kollegen hoch motiviert.

Das Problem ist aber, dass die Menschen, die in diesen Gesundheitsberufen arbeiten, einfach die Nase voll haben. Das wird sich nach der Pandemie noch verschärfen. Wir bringen mehr Leistung, als wir müssten, und über unsere Kräfte hinaus, aber für uns tut keiner was. Ohne eine nachhaltige Verbesserung der Gehälter und der Arbeitsbedingungen, für die wir während den Entlastungsrunden an den Kliniken gekämpft haben, wird man das Personal nicht bei der Stange halten können. Deswegen fordern wir Herrn Spahn auch in unserem Offenen Brief auf, mal mit der Basis zu reden und nicht nur leere Versprechungen in den Medien zu verbreiten.

Das Gespräch führte Christoph Hentschel

Aktiv trotz Corona

Videokonferenz des Branchentreffens

Das Branchentreffen Gesundheit der DKP ist eine Arbeitsgruppe der Kommission Betrieb und Gewerkschaft beim Parteivorstand der DKP, in der sich Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen und Aktive aus Bündnissen austauschen und beraten. Aufgrund der aktuellen Situation musste das Treffen am 4. April als Videokonferenz durchgeführt werden.

Die Berichte aus den vertretenen Krankenhäusern und Seniorenzentren zeigten auf, dass das Bild von der Ruhe vor dem Sturm noch passt, es aber deutlich windiger wird. Bereits jetzt zeigt sich, dass die Einrichtungen nur zum Teil auf deutlich mehr Infizierte und Intensivpatienten vorbereitet sind. Zu groß war der Raubbau an Personal und Versorgungseinrichtungen in den letzten 20 Jahren. Die Sorge der Beschäftigten ist entsprechend groß und wird durch den gesetzlichen Abbau ihrer Schutzrechte wie die Lockerung des Arbeitszeitgesetzes und die Aussetzung der minimalen Personalvorgaben noch erhöht. In den Seniorenzentren wurde erst viel zu spät mit den Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der Infektion begonnen, in Kombination mit den zunehmenden Sterbefällen dort steigt die Angst der Bewohnerinnen und Bewohner und Beschäftigten.

Nach einer Vorstellung und Bewertung der aktuellen Gesetze der Bundes- und Landesregierungen, die primär die Frage beantworten, wie die Krankenhäuser und Konzerne ohne wirtschaftlichen Schaden durch die Krise kommen, wurde noch deutli-

cher, wie groß die Aufgaben der Genossinnen und Genossen der DKP, der Betriebs- und Personalräte und Gewerkschaften gerade sind. Und auch die kollektive Arbeit der Partei muss zur Unterstützung der betrieblichen Arbeit in dieser herausfordernden Zeit sichergestellt werden.

Es bedarf trotz der Einschränkungen durch die Kontakt- und Ausgangsbegrenzungen einer kontinuierlichen politischen und gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben. Betriebs- und Personalräte sowie Vertrauensleute sind noch mehr gefordert, die Schutzrechte für die Beschäftigten zu verteidigen und den Arbeitgebern und damit indirekt auch dem Gesetzgeber Grenzen aufzuzeigen, wenn unter der Krisenüberschrift die Interessen der Beschäftigten ignoriert werden. Politisch haben sich die Offenen Briefe, wie sie zum Beispiel in Berlin, Jena und Hamburg von Beschäftigten und Bündnissen auf den Weg gebracht worden sind, bewährt, davon braucht es noch mehr und kann gut durch uns angestoßen werden.

Zur weiteren Arbeitsweise des Branchentreffens wurde verabredet, regelmäßige Rundbriefe mit den wichtigsten Publikationen zu verschicken und – solange die Kontaktsperre noch anhält – alle vier bis fünf Wochen eine Videoberatung durchzuführen. Wer im Gesundheitswesen arbeitet und Interesse hat, zu den Branchentreffen eingeladen zu werden, kann sich bei gesundheit@dkp.de anmelden.

Gerd Ziegler

Keine guten Aussichten

Rentenniveau vor weiterer Absenkung

In der vergangenen Woche hat die von der Bundesregierung eingesetzte Rentenkommission im Windschatten der Coronakrise und von der Öffentlichkeit kaum beachtet ihren Abschlussbericht vorgestellt. Als die Kommission 2018 ihre Arbeit aufnahm, war deren Auftrag, so die damaligen Verlautbarungen aus Berlin, die gesetzliche Rentenversicherung nachhaltig zu sichern und einen neuen, verlässlichen Generationenvertrag zu begründen. Auf diese vollmundige Ankündigung folgt nun knapp zwei Jahre später die ernüchternde Bilanz. Das Minderheitenvotum des DGB mit der zentralen Forderung nach einer Erhöhung des Rentenniveaus blieb ein einsamer und ungehörter Ruf im neoliberalen Chor.

Konsequenterweise hat der Abschlussbericht der Kommission für Beschäftigte sowie Rentnerinnen und Rentner wenig zu bieten. Vorschläge für eine solidarische Finanzierung der Rente sucht man vergebens. Denn die Rentenkommission fragte primär nach den akzeptablen Kosten, erst dann nach den Leistungen, die damit zu finanzieren sind. Folgerichtig gibt es keine Antwort auf die Frage, wie hoch ein akzeptables Rentenniveau sein muss, damit künftige Rentnerinnen und Rentner ihren Lebensstandard im Alter einigermaßen halten können. Im Gegenteil: Geht es nach den Vorschlägen der Rentenkommission, könnte das Rentenniveau – das Verhältnis der Standardrente zum Durchschnittsverdienst aller Versicherten – von zurzeit 48 Prozent auf 44 Prozent absinken. Die höfliche Umschreibung für diesen weiteren sozialpolitischen Kahlschlag liest sich im vorliegenden Kommissionsbericht wie folgt: „Das Rentenniveau soll künftig zwischen 44 und 48 Prozent liegen.“

Gleichzeitig ist geplant, dass sich der Rentenbeitrag in einem Korridor zwischen 20 und 24 Prozent bewegen soll. In der Konsequenz bedeutet dies, statt, wie von den Gewerkschaften gefordert, einer Stabilisierung und

schrittweisen Anhebung des Rentenniveaus, eine weitere Abkopplung der Rente von den Löhnen und Wohlstandsgewinnen.

Ein weiterer Vorschlag der Rentenkommission sieht vor, dass zukünftig 47 Rentenpunkte statt wie bisher 45 nötig sein sollen, um eine sogenannte Standardrente zu erhalten. Dies hat die IG Metall zu Recht als einen rentenpolitischen Etikettenschwindel bezeichnet. Denn durch eine solche rechnerische Verschiebung der Niveaugröße wird der völlig falsche Eindruck erweckt, dass das Rentenniveau 4,5 Prozent höher liegt als es nach heutiger Berechnung ist. Tatsächlich ändert sich an der realen Rentenhöhe des Versicherten aber nichts. Führt man sich vor Augen, dass 2019 ein Neurentner im Schnitt 41,4 Rentenpunkte und eine Neurentnerin gerade einmal 20,7 Rentenpunkte erreichte, sind solche billigen Rechenricks ein Schlag ins Gesicht der arbeitenden Menschen.

Geht es nach der Rentenkommission, soll auch die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre beibehalten werden. Dabei ist es der Kommission egal, dass die Mehrheit der Beschäftigten – nicht nur auf dem Bau, in der Pflege oder einer Eisengießerei – gar nicht in der Lage ist, bis in dieses Alter zu arbeiten. Es spielt auch keine Rolle, dass dies für die Betroffenen noch höhere Abschläge und eine entsprechend geringere Rente zur Folge hat und sich dieser Trend durch längere Ausbildungszeiten und brüchigere Erwerbsbiografien noch verstärken wird.

Eine weitere Anhebung der Regelaltersgrenzen über 67 Jahre hinaus ist auch nicht vom Tisch. Zwar hat die Kommission hierzu aktuell keine Empfehlung ausgesprochen, aber nach 2025 soll über diese Forderung der Kapitaleseite entschieden werden. Alles in allem sind dies keine guten Nachrichten für die Lohnabhängigen und zukünftigen Rentner im Land. Die Angriffe auf die gesetzliche Rente und der Sozialabbau werden weitergehen.

Ulf Immelt

Kriegspandemie

Die Bundeswehr-Denkfabrik „German Institute for Defence and Strategic Studies“ (GIDS) sieht eine staatliche Planung von Nöten, wie sie in Kriegszeiten auch im Kapitalismus praktiziert wird. Engpässe bei lebenswichtigen Gütern wie Medikamenten und Schutzausrüstung zeigten, wie abhängig Deutschland von globalen Lieferketten sei, „und dies schon bei Produkten, die für eine weltweit bewunderte Industriena-tion kein Thema sein sollten“. Um strategische Autonomie zurückzugewinnen, müsse in Zukunft daher mehr auf die Diversität der Zulieferer, auf Vorratshaltung und die Vermeidung von Redundanzen geachtet werden. Die Bewirtschaftung bestimmter Ressourcen müsse frühzeitiger erkannt und zentral gesteuert werden.

Ungeachtet günstiger wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen in Deutschland decke die Krise immer deutlicher „das Fehlen substantieller, eigentlich gesetzlich vorgeschriebener Ressourcen auf der Ebene der Kommunen und der Länder sowie den Mangel an strategischen Reserven bei Personal, Material und Infrastruktur beim Bund auf“, schreibt das zur Führungsakademie der Bundeswehr gehörende Hamburger Institut.

Parlament per Chat?

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) regte in einem Brief an die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag an, die Möglichkeit von virtuellen Bundestagssitzungen oder die Schaffung eines Notparlaments in Erwägung zu ziehen. Dazu wären in beiden Fällen Grundgesetzänderungen von Nöten. „In Krisenzeiten das Grundgesetz verändern zu wollen, verbietet sich“, sagte Linksfraktionschef Dietmar Bartsch der „Süddeutschen Zeitung“.

Die Grenze für die Beschlussfähigkeit des Bundestages senkte dieser schon in der vorherigen Woche von der Hälfte der Abgeordneten auf ein Viertel.

Steuersenkungen

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder möchte den Geldregen, der derzeit auf die deutschen Großkonzerne niedergeht, auch nach der Coronapandemie nicht versiegen lassen. Gegenüber „Bild am Sonntag“ sagte er: „Wenn die erste Phase mit Soforthilfen und Bürgschaften überstanden ist, brauchen wir darüber hinaus ein vitales Konjunkturprogramm in ähnlicher Größenordnung“ und forderte Steuersenkungen für Unternehmen. Der Solidaritätszuschlag solle dazu schneller abgeschafft werden, als geplant und die Einkommensteuer insgesamt solle abgesenkt werden, „damit möglichst viele Arbeitnehmer mehr Geld in der Tasche haben“. Söder weiß auch schon, wo die Arbeiterinnen und Arbeiter ihr zusätzliches Geld anlegen sollen, nämlich für den Kauf umweltfreundlicherer Fahrzeuge, für die es zusätzlich eine „Innovationsprämie“ geben soll.

Ungepalten

AfD-Partei-Chef Jörg Meuthen hatte in einem Interview mit dem Blog „Tichys Einblick“ angeregt, seine Partei solle sich in einen „flügelnahen“, nationalen und in einen mehr national-freiheitlichen Teil spalten. Der „Flügel“ um den thüringischen AfD-Landesvorsitzenden hatte sich aufgelöst, nachdem der thüringische Verfassungsschutz angekündigt hatte, diesen zu überwachen. Meuthen zog nach einer Bundesvorstandssitzung seinen Vorschlag zurück bezeichnete ihn gegenüber der „Jungen Freiheit“ als Fehler. Der AfD-Bundesvorstand begrüßte Meuthens Um-denken.

Im Windschatten der Pandemie

Staat und Industrie planen die Totalüberwachung

Im Windschatten der Pandemie planen staatliche Institutionen zusammen mit der Industrie die Totalüberwachung der Gesellschaft. Was China oder Südkorea vorgeworfen wird, ist auch in Deutschland in der Entwicklung und soll nun im Rahmen der Pandemie in einem riesigen Feldversuch erprobt werden. Es geht um die Nutzung von Handydaten zur Erstellung und Überwachung von Bewegungsprofilen. Die Begründung, die über die Medien verbreitet wird, lautet: Schutz der Bevölkerung vor der Ausbreitung von Covid-19. Wie dies funktioniert, wird in hübschen Grafiken erklärt und mit wohlformulierten Aussagen garniert, alles sei völlig gesetzeskonform, sicher und freiwillig. Dies vertreten einträchtig die im Bundestag vertretenen Parteien von AfD, CDU bis hin zur Partei „Die Linke“. Auch der Datenschutzbeauftragte der Bundesregierung, Ulrich Kleber, ist dafür.

Freiwillig? Keiner müsse die App nutzen, da sie ja nur dann auf ein Gerät übertragen wird, wenn der Nutzer diese „herunterlädt“. Die Realität sieht vermutlich anders aus. Was die Handy-Betriebssysteme an Sicherheitspatches und neuen Versionen täglich auf Smartphones übertragen, kann niemand überprüfen. Die Computerzeitschrift „Chip“ schreibt ganz offenerzigt: „Selbst wenn die Software per Update einer bestehenden App hinzugefügt wird, müssten die Nutzer der Verwendung der Software manuell zustimmen.“ Es ist also davon auszugehen, dass die App demnächst überall



Das Corona-Überlebensset: Smartphone, Klopapier, Desinfektionsmittel

installiert wird. Ob die App dann tatsächlich abwartet, bis die NutzerInnen sie mit einem „Ja, ich will“ aktivieren? Der Bundestag hat den Staatstrojaner schon 2017 zugelassen. Das heißt Programme, die unbemerkt Computer und Mobiltelefone von Verdächtigen auspähen, sind zulässig. Ob die Daten der Corona-App von staatlichen Institutionen, Krankenkassen, Unternehmen genutzt werden, kann derzeit niemand abschätzen.

Beteiligt an der App-Entwicklung ist die Bundeswehr. Zu sehen ist dies in einem Video, bei dem ein Dutzend Soldaten und Soldatinnen scheinbar planlos und ohne auf Distanz zu achten durch eine leere Turnhalle tappen, um zufällige Begegnungen zu simulieren.

Ein Sprecher erklärt, die App speichere keinerlei Daten und melde nur, dass eine Person „irgendwann und irgendwo mal zu einer Corona-Person Kontakt gehabt“ hätte. Diese muss die Corona-Infektion aber auch noch selbst in die App eingegeben haben. Solch eine App ist völlig sinnlos, es sei denn, sie wird jetzt oder später zu was ganz anderem verwendet. Entwickler der deutschen Corona-APP ist laut FAZ „ein gemeinnütziger Zusammenschluss europäischer Unternehmen und Institutionen. Von diesem Konsortium mit dem Namen Pan European Privacy Protecting Proximity Tracing (PEPP-PT) stammen die Idee sowie ein Großteil der Umsetzung. Die Gruppe finanziert sich durch Spenden aus der Wirtschaft und von

Privatleuten.“ Zu diesem Konsortium gehört das Fraunhofer Institut HHI (Heinrich-Hertz-Institut) in Berlin. Es forscht schon seit Jahren an Tracking-Algorithmen.

„Im Kampf gegen den IT-Einsatz gegen Corona hat die Bundesregierung 43.000 IT-Experten und Entwickler rekrutiert“ schreibt die Karlsruhe Regionalzeitung „Badische Neueste Nachrichten“ - sie schrieb tatsächlich „rekrutiert“. Weiter „in einem Hackathon (das ist ein Wettbewerb von IT-Spezialisten) des Wirtschaftsministeriums haben sie im März um die Wette an digitalen Lösungen gebastelt, die in der Epidemie helfen sollen. Gesucht waren ‚mutige und innovative Ideen, die der Gesellschaft dabei helfen, gestärkt aus der aktuellen schwierigen Situation durch Covid-19 hervorzugehen‘.“ Eile tut offensichtlich Not, denn derzeit liefern sich etliche Länder ein Rennen um eine Corona-Tracing-App. Die internationale Konkurrenz ist offensichtlich groß und man darf sich nicht schon wieder von China abhängen lassen. „Das kalifornische Unternehmen Palantier entwickelt ebenfalls ein Corona-App und steht im Gespräch mit den Regierungen in Frankreich, Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die in Palo Alto (USA) sitzende Firma wurde durch ihre Kooperation mit dem US-Geheimdienst CIA bekannt und arbeitet auch mit deutschen Sicherheitsbehörden zusammen“, schrieb das „Neue Deutschland“. Einmal mehr: Es geht um Profit und Macht.

Stefan Kühner

„Ungleichheiten werden sich massiv verstärken“

Eine Lehrerin berichtet über das Unterrichten während der Corona-Pandemie

Als Lehrerin werde ich mit den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie und der Schließung meiner Schule vor neue Herausforderungen gestellt. Ich fühle mich mit der Situation auf verschiedenen Ebenen zuweilen überfordert und unzufrieden. Seit dem 16. März sollen wir die Kinder plötzlich per Internet unterrichten, mit Arbeitsmaterial versorgen, mit ihnen ausschließlich per Chat kommunizieren. Dazu natürlich noch auf jede Schülerin und jeden Schüler mit individuellen Problemen und Fragen eingehen. Statt persönlich im Unterrichtsraum kommuniziere ich nun nur noch über „Isew“, „WhatsApp“, Telefon und sende bisweilen auch Material per Post.

Der Anspruch an Lehrer ist hoch: „Lehrer unterstützen und fördern die persönliche Entwicklung ihrer Schüler. Ihre Aufgabe ist es, anderen ihr Fachwissen zu vermitteln und den Lernprozess aller Schüler angemessen und kontinuierlich zu fördern“, liest man dazu im Internet. Die Schülerinnen und Schüler sollen also während des Unterrichts via Internet englische Texte lernen, Mathematik verstehen, der deutschen Grammatik näher kommen, geschichtliche Zusammenhänge verstehen, Musik interpretieren, biologische Gesetzmäßigkeiten erkennen und ein Problembewusstsein entwickeln, kreativ sein, sich ausprobieren und vieles mehr. Ist das überhaupt möglich?

Und genau hier beginnen meine Probleme: Ich bin in keiner Weise auf diese Situation vorbereitet, noch bin ich in diese Form des digitalen Unterrichts aus- oder weitergebildet. Ich kann auf keinerlei Erfahrungen zurückgreifen und es gibt dafür keinerlei didaktische und methodische Vorgaben. Für Lehrkräfte können Unterricht und Lernkontrollen zwar auch elektronisch funktionieren, die persönliche Interaktion zwischen Lehrenden und Lernenden einzeln oder

in der Gruppe fällt jedoch weg. Wie soll ich erkennen, dass meine Schüler Schwierigkeiten haben? Wie kann ich individuelle Probleme erkennen, wenn ich sie nicht sehen und beobachten kann? Machen die Eltern die Aufgaben oder arbeiten die Kinder ganz alleine und schaffen sie es selbst? Versteht das Kind die Aufgabenstellungen oder ist es überfordert? Wie muss ich die Aufgabenstellung für die einzelnen Kinder formulieren, damit es auch jede und jeder versteht? Manche Kinder melden sich überhaupt nicht. Woran könnte das liegen? Hat das Kind keine Zeit, weil es auf seine kleinen Geschwister aufpassen oder auch arbeiten muss? Können die Eltern überhaupt helfen oder sind auch sie überfordert? Hat das Kind überhaupt einen Computer und einen Internetzugang? Hat das Kind einen Drucker und Papier, um die vielen Arbeitsblätter auszudrucken? Können sich das die Eltern überhaupt leisten? Die Lehrmittelfreiheit greift hier nicht.

Benachteiligt sind bei dieser Form des Unterrichts definitiv Kinder aus Migrantenfamilien, Familien mit mehreren Kindern und Eltern in prekären Verhältnissen mit finanziellen Problemen. Zudem ist die Situation derzeit besonders für kinderreiche und arme Familien schwierig, gerade wenn mehrere Kinder im schulpflichtigen Alter sind. Dort sind oft die technischen Voraussetzungen, wie ein frei zugänglicher PC nicht gegeben. Dort fehlen häufig die nötigen Kompetenzen für den Umgang mit der verwendeten Software und auch häufig die nötige Zeit, um die Kinder bei der Bearbeitung der Schulaufgaben zu unterstützen. Dort haben Kinder häufig nur einen unzureichenden Zugang zur Wissensvermittlung. Laut dem Verband „Bildung und Erziehung“ sind von den gut 8,3 Millionen Schülern in Deutschland etwa 2,4 Millionen von Armut und sozialer Abgrenzung bedroht.

Martina Lennartz

Arbeitsmigration erleichtern

Industrienaher Sachverständigenrat veröffentlicht Positionspapier

Eigentlich wollten acht EU-Staaten 1.600 unbegleitete oder kranke Kinder und Jugendliche von den griechischen Inseln aufnehmen. Doch bislang ist wenig geschehen. Am Montag dieser Woche erklärte der Sprecher des Bundesinnenministeriums in der Bundespressekonferenz, man wolle „zeitnah“ eine Lösung finden. Inzwischen breitet sich das Coronavirus in Flüchtlingslagern aus.

Während Regierungsvertreter immer noch auf Absprachen zwischen den „willigen“ Aufnahmeländern der EU verweisen und davon reden, dass die EU-Kommission erst alles koordinieren müsse, schlagen Verbände Alarm. Selbst rund 50 CDU-Abgeordnete fordern die Aufnahme der Kinder und Jugendlichen. „Pro Asyl“ erklärte am Montag, dass auch die „Bundesregierung selbst aktiv werden und vorgehen“ könne, „anstatt den Prozess durch neue Verhandlungen auf EU-Ebene noch weiter zu verzögern“.

Andere fordern gleichfalls Hilfe, schauen dagegen bereits auf die Zeit nach der Corona-Krise. Ende März veröffentlichte der „Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration“ (SVR), dessen Jahresbericht 2020 vom Bundesinnenministerium gefördert wird, ein Positionspapier: „Solidarisch, praktikabel, krisenfest: Für eine neue Asyl- und Migrationspolitik der Europäischen Union. Empfehlungen an die europäischen Institutionen und die Bundesregierung für die aktuelle Legislaturperiode der EU“. Der SVR geht nach eigener Angabe auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung zurück. Ihr gehören neben den bereits genannten Stiftungen die Bertelsmann-, die Freudenberg-, die Robert-Bosch-, die Vodafone-Stiftung und der Stifterverband an.

Im Positionspapier wird vor einer möglichen humanitären Katastrophe in den Flüchtlingslagern gewarnt. Im „Deutschlandradio Kultur“ forderte

Petra Bendel, Vorsitzende des SVR, am 31. März jetzt, besonders verletzte Personen – Kinder, Kranke oder Behinderte – aus den Lagern zu holen und anderswo aufzunehmen. Über solche und andere Sofortmaßnahmen hinaus verlangt der SVR eine grundlegende Reform des europäischen Asylrechts. Das Positionspapier richte sich „nicht nur an die für Migration, Asyl und Integration zuständigen Bereiche der europäischen Institutionen, sondern auch an die einzelnen Mitgliedstaaten der EU und im Besonderen an die deutsche Bundesregierung, die ab Juli 2020 die EU-Ratspräsidentschaft innehaben wird“. Deutschland müsse seine Rolle als glaubwürdiger und engagierter Mittler wahrnehmen und sich dafür einsetzen, die gemeinschaftliche Migrations- und Asylpolitik der EU-Staaten zu erneuern. Im Blick hat man dabei den geplanten neuen europäischen „Pakt“ für Migration und Asyl. Bendel hatte gegenüber „Deutschlandradio Kultur“ erklärt, der Schutz von Flüchtlingen sei dabei aber nicht verhandelbar. Im Positionspapier wird gefordert, im neuen Pakt weiterhin das irreguläre Einreisen von Schutzsuchenden zu ermöglichen und er solle eine solidarische Verteilung auf die Mitgliedstaaten enthalten. Darüber hinaus fordert der SVR, „reguläre Zuwanderungswege“ auszubauen; hierfür sollen das Umsiedlungsprogramm der UN vorangebracht und mehr Möglichkeiten für Arbeitsmigration geschaffen werden. Zuwanderung soll auch „für mittel- und geringqualifizierte Erwerbspersonen“ ermöglicht werden. Hier wird auch auf das deutsche Fachkräfte-Einwanderungsgesetz verwiesen. Gefordert wird auch, die von Griechenland geschlossene Grenze zur Türkei bald wieder für Asylsuchende zu öffnen. Außerdem solle „ein System für die Bearbeitung von Asylanträgen aufrechterhalten“ werden.

Nina Hager

„Ein Pfahl für Demokratie“ Petition unterschreiben!

Wie man in einer Kleinstadt gegen Nazis kämpft

Monika Engelhardt-Behringer und Dieter Behringer setzen sich seit Jahrzehnten gegen Nazis in ihrer Gemeinde Ettlingen ein. UZ sprach mit ihnen über die Gefahren, aber auch Chancen, die dieser Kampf mit sich bringt.



Foto: Privat

Monika Engelhardt-Behringer und Dieter Behringer sind Sprecherin und Sprecher des „Ettlinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis“

UZ: Sie engagieren sich nunmehr seit Jahrzehnten im baden-württembergischen Ettlingen gegen Neofaschismus und Rassismus. Wie unterscheidet sich die antifaschistische Arbeit in kleineren Städten und Kommunen von der in sogenannten Metropolen?

Monika Engelhardt-Behringer: Das „Ettlinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis“ gibt es seit 15 Jahren. In einer Kleinstadt wie Ettlingen kennt man sich. Viele ducken sich weg aus Angst vor Nachteilen, Anfeindungen oder auch Repression. In Großstädten schützt die Anonymität. Am Anfang arbeiteten viele Jugendliche in unserem Bündnis mit. Das änderte sich schlagartig, nachdem die Polizei deren Eltern das „Schreckgespenst Antifa“ und „schwarzer Block“ an die Wand malte.

UZ: Sie erwähnten es bereits, in kleineren Städten kennt fast jeder jeden. Bringt antifaschistisches Engagement da nicht besondere Gefahren mit sich?

Monika Engelhardt-Behringer: In einer Kleinstadt weiß jeder, wo der Gegner wohnt. Das kann dann auch zu Bedrohungslagen führen. Ich habe dafür Beispiele. So wurde einer unserer Jugendlichen von „Kameraden“ bei der Polizei angezeigt wegen angeblicher schwerer Körperverletzung. Anderes Beispiel: Ich habe ein eigenes Geschäft und bekam schon Besuch von kräftig gebauten „Kameraden“, die damit wohl deutlich zeigen wollten: „Wir wissen, wo du wohnst!“ Auch einen Buttersäureangriff auf unseren Pkw und unser Haus gab es. Besuch bekam unser Bündnis auch bei der VVN-Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“. Teile der Ausstellung wurden beschädigt.

UZ: Gibt es auch Vorteile?

Dieter Behringer: Natürlich hat es auch Vorteile, wenn man seine Mitbürgerinnen und Mitbürger kennt. Wenn du hier lebst, weißt du die Menschen einzuschätzen, weißt, an wen du dich wenden musst, wenn du dieses oder jenes erreichen willst. Und du weißt natürlich auch, wer auf der anderen Seite steht oder bei wem wohl jede Mühe vergebens ist.

Unsere engste Kooperation gibt es mit dem DGB-Ortsverband. Im Moment engagieren wir uns dafür, dass der Ettlinger Gemeinderat unsere Stadt zum Sicheren Hafen für Geflüchtete erklärt. Bei dieser Frage gibt es Unterstützung der Kirchengemeinden. Auch mit einigen Vereinen arbeiten wir punktuell zusammen. Mit Ettlinger Schulen beispielsweise gut bei Stolpersteinverlegungen. In Ettlingen sind die Wege kürzer und man kann durch die persönliche Bekanntschaft durchaus etwas erreichen.

UZ: Erhalten Sie Unterstützung für Ihre Arbeit von der Stadt oder wird Ihr Engagement dort als Störfaktor betrachtet?

Monika Engelhardt-Behringer: In unserer Anfangszeit wollte uns die damalige Oberbürgermeisterin keine Räume für Veranstaltungen im Jugendzentrum zur Verfügung stellen. Bei einem geplanten Nazi-Aufmarsch versuchte dieselbe Oberbürgermeisterin, eine eigene Veranstaltung gegen unsere Kundgebung zu setzen. Das misslang.

Aber es gibt auch positive Beispiele. Unterstützung bekommen wir bei der Verlegung von Stolpersteinen. Der Gemeinderat beschloss einstimmig, dass die Verlegung in Ettlingen stattfinden kann. Das Stadtbauamt unterstützt uns immer bei den erforderlichen Vorarbeiten. Im Rahmen einer städtischen Gedenkfeier an die Reichspogromnacht konnten wir unsere Broschüre „Stolpersteine in Ettlingen“ der Öffentlichkeit vorstellen. Und auf unsere Initiative hin wurde in Ettlingen ein Denkmal für Zwangsarbeiter errichtet.

UZ: Mit einer Broschüre zu Stolpersteinen, die an Naziopfer erinnern, haben Sie einen detaillierten Überblick geschaffen. Gelingt es damit, Diskussionen über den Naziterror oder auch die Gewalt und Hetze der Rechten heutzutage anzustoßen?

Dieter Behringer: Ob das allgemein gelingt, kann ich nicht sagen. Bei den von uns organisierten Rundgängen finden solche Diskussionen durchaus statt. Alle Ettlinger Schulen wurden von uns mit Klassensätzen der Broschüre ausgestattet. Eine Evaluation der Arbeit mit diesem Büchlein ist vorgesehen. Da müssen wir diese Frage auf jeden Fall aufnehmen.

UZ: Auch darüber hinaus haben Sie sich in der Vergangenheit sehr intensiv mit der Geschichtsarbeit befasst und zu den Biografien von Widerstandskämpfern und Naziopfern geforscht. Warum nimmt das in Ihrer Arbeit so einen großen Stellenwert ein?

Monika Engelhardt-Behringer: Ich denke, jeder Stolperstein, jede Biografie von Widerstandskämpfern ist ein Pfahl gegen Rassismus und Faschismus, ein Pfahl für Demokratie. Wenn wir Jugendliche über den Hitler-Faschismus aufklären, können wir das Fundament legen für eine aktive Betätigung gegen die heutigen Faschisten und ein offensives Eintreten für Demokratie und eine gerechtere Gesellschaft.

UZ: Es ist ja wahrscheinlich nicht leicht, die vielen Daten ausfindig zu machen und auszuwerten. Wie sind Sie vorgegangen?

Monika Engelhardt-Behringer: Namen von Opfern des deutschen Faschismus sind in der Regel Zufallsfunde. Ein systematisches Vorgehen wäre die Abfrage bei den Gedenkstätten der damaligen Vernichtungseinrichtungen nach Menschen, die in Ettlingen geboren wurden oder da ihren Wohnsitz hatten. Leider sind die Gedenkstätten jedoch

personell unterbesetzt und es entstehen oft lange Wartezeiten. Mit den gewonnenen Erkenntnissen forschen wir dann weiter in den Landesarchiven. Zuletzt, wenn es dann um den Wohnsitz in Ettlingen geht, kommt das Stadtarchiv ins Spiel.

UZ: Haben Sie die notwendige Unterstützung der Verwaltung von Archiven erhalten?

Dieter Behringer: Die Archive sind schon daran interessiert, dass Menschen ihre Informationen auch nutzen und damit arbeiten. Deshalb unterstützen sie uns auch im Rahmen ihrer engen personellen Ressourcen. Auch wir konnten durch unsere Forschungen Archive schon zuarbeiten.

UZ: Kürzlich haben Sie in der 4. Auflage die Biografie von Fritz Birk veröffentlicht. Warum ist Ihre Wahl ausgefallen?

Dieter Behringer: Fritz Birk ist in Ettlingen geboren. Ich denke, Gedenken gegen das Vergessen lässt sich am eindringlichsten organisieren, wenn es einen lokalen Anknüpfungspunkt hat. So wird Geschichte lebendig und direkt erlebbar. Fritz Birk wollte nicht nur das Fortschreiten des Faschismus aufhalten, sondern auch den Sieg der Arbeiter über den Kapitalismus sicherstellen. Mit ihm haben wir einen überzeugten Gegner des Faschismus gefunden.

UZ: Wie ausgeprägt ist das Interesse an Birk in der Bevölkerung?

Monika Engelhardt-Behringer: Die Biografie hat schon regen Absatz gefunden. Sowohl in Ettlingen, hier vor allem, weil er eben hier geboren wurde, in Waldshut-Tiengen, wo sein späterer Wohnort war, bei Menschen aus dem Umfeld der VVN-BdA, deren Kreisvorsitzender in Tiengen Birk war, auch im Kreise des Vereins „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik“ (KFSR). Deutlich wurde das Interesse auch an den Zuhörerzahlen bei den bisher zu Birk gehaltenen Vorträgen.

UZ: Würden Sie Antifaschistinnen und Antifaschisten empfehlen, nicht nur tagesaftuell tätig zu werden, sondern die Menschen auch über die Geschichtsarbeit zum Engagement zu bewegen?

Dieter Behringer: Ja, auf jeden Fall! Das eine ist aktuelles antifaschistisches Handeln, auf das überhaupt nicht verzichtet werden kann, will man Nazis nicht die Straße und die Meinungshoheit überlassen. Das andere ist aber das langfristige Element antifaschistischer Arbeit: Bildungsarbeit, Geschichtsarbeit. Und tatsächlich gelingt es auch immer, über diese Schiene an neue Menschen heranzukommen, die wir vorher noch nicht erreichen konnten.

UZ: Müsstest du derlei Projekte dann nicht auch viel intensiver in Schulen durchgeföhrt werden, um die politische Bildung bei Schülerinnen und Schülern zu verstärken?

Monika Engelhardt-Behringer: Natürlich müsste das gemacht werden. Politische Bildung hat aber in den Schulen heute nicht oberste Priorität. Das ist zu bedauern, aber in diesem Gesellschaftssystem nicht gerade verwunderlich.

Das Gespräch führte Markus Bernhardt

Die Veröffentlichungen des Ettlinger Bündnisses gegen Rassismus und Neonazis können bestellt werden bei: ettlinger-buendnis@gmx.de Die Broschüre „Stolpersteine in Ettlingen“ ist erhältlich gegen Spende plus Porto (1,55 Euro), das Buch von Dieter Behringer, „Fritz Birk, Widerstandskämpfer und Verteidiger der Spanischen Republik“ zum Preis von 6 Euro plus Porto (1,55 Euro).

Die Petition der DKP „Alle Sanktionen aufheben, die den Kampf gegen die Pandemie behindern“ hat unmittelbar Zuspruch erfahren. Das Kuratorium Ostdeutscher Verbände und die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba verbreiteten den Aufruf über ihre Kanäle, viele Kulturschaffende signalisierten Zustimmung. Der Druck auf die Bundesregierung, sich aktiv gegen Zwangsmaßnahmen gegen Iran, Syrien, Russland, Kuba und Venezuela einzusetzen, muss aber noch viel stärker werden. Dabei kann die Petition helfen! Die UZ wird in den kommenden Ausgaben Statements von Unterstützerinnen und Unterstützern der Petition veröffentlichen.



Jane Zahn



„Alles Gerede von der Bekämpfung des Virus ist nur Heuchelei, wenn wirksame Hilfe mit Sanktionen zunichte gemacht wird. Kuba selbst hilft mit der Entsendung von medizinischem Personal, aber die Sanktionen der US-Regierung, denen sich die EU angeschlossen hat, hindern Kuba am Kauf und an der Entwicklung medizinischer Geräte und Pharmazeutika. Das ist inhuman!“

Jane Zahn

Natürlich müssen alle Sanktionen aufgehoben werden. Das ist ein Akt der Menschlichkeit, sich gegenseitig solidarisch zu helfen.

Kutlu Yurtseven (Microphone Mafia)



Rs-foto / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0

„Das unterschreibe ich! Und möchte euch gern mein Corona-Lied zuschicken; wenn es euch gefällt, könnt ihr's veröffentlichen: <https://www.youtube.com/watch?v=8YrFfw4LyQk>“

Klaus der Geiger



Die vor allem von den USA erzwungenen Sanktionen „normaler“ (kapitalistischer) Beziehungen verursacht schon lange immensen sozio-ökonomischen Schaden. In der Coronapandemie ist die Beibehaltung dieser inhumanen Praxis nichts anderes als massenmörderischer Wahnsinn. Nehmen wir die Gesundheit als Menschenrecht ernst und lassen medizinische Kooperation über alle Grenzen hinweg als Ausdruck globaler Solidarität wirken!

BettyRossa & Kapelle

Demokratie bedroht

Kommunalwahl in NRW ohne passives Wahlrecht für alle Bewerber

Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 13. September sollen die Vertretungen der Städte, Gemeinden und Kreise sowie die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister gewählt werden. Die DKP hat Ratsmandate in den Städten Bottrop und Gladbeck. Auch darüber hinaus bereitet die Partei in einigen Städten und Kreisen die Kandidatur vor.

Im Zusammenhang mit der Coronapandemie steht nun allerdings die Frage, wie diese Wahlen überhaupt zubereiten sind. Einerseits sind noch nicht überall die Kandidatinnen und Kandidaten gewählt worden, nicht nur bei der DKP, sondern auch bei anderen Parteien. Für Parteien, die Mandate innehaben, stellt sich das Problem noch nicht, sie haben bis Mitte Juni Zeit.

Laut Kommunalwahlordnung des Landes NRW müssen allerdings Parteien und Wählergemeinschaften, die nicht im Stadt- oder Kreistag vertreten sind, Unterstützungsunterschriften im jeweiligen Wahlgebiet sammeln. Die Zahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften hängt von der Größe der Stadt oder Gemeinde ab. Für die Kandidatur eines Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters müssen beispielsweise in Essen 450 Unterschriften erbracht wer-

den, für die 41 Direktwahlkreise jeweils 20. Für die von der DKP Recklinghausen geplante Kandidatur zu den Wahlen des Landrates müssen 360 Unterschriften beigebracht werden. Die Frist zur Abgabe dieser Unterschriften endet am 16. Juli, 59 Tage vor der Wahl. „Mit dem noch gültigen Zeitplan wird der DKP das passive Wahlrecht genommen“, erklärte Detlev Beyer-Peters, designierter Kandidat der DKP für den Landrat im Kreis Recklinghausen. Denn das öffentliche Leben ist durch die Coronapandemie stark eingeschränkt und es ist nicht absehbar, wann ein öffentliches und persönliches Sammeln wieder möglich ist.

In einem Schreiben des Innenministeriums des Landes NRW wird lapidar verkündet, dass „ein etwas verkürztes Zeitfenster zumutbar“ sei. Die DKP-Bezirksorganisationen Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen fordern dagegen die Landesregierung in NRW auf, die Sammlung von Unterstützungsunterschriften für die Kommunalwahl 2020 auszusetzen. Die „Soziale Liste“ in Bochum geht noch einen Schritt weiter und fordert eine Verschiebung der Kommunalwahl in NRW und unterstreicht, dass in dem gegenwärtigen Ausnahmezustand politische Aktivitäten unmöglich seien.

Werner Sarbok

Neuer Labour-Chef

Als eine Niederlage für die Linke bezeichnete die britische Tageszeitung „Morning Star“ in einem Leitartikel die Wahl Keir Starmer zum neuen Chef der Labour-Partei.

Fünf Jahre lang habe mit Jeremy Corbyn ein Sozialist die Partei geführt. Die in dieser Zeit gemachten Erfahrungen und Fortschritte der sozialistischen Bewegung seien durch Starmer Wahl aber nicht ungeschehen gemacht. Die unangenehme Wahrheit sei allerdings, so der „Morning Star“, dass Zehntausende Mitglieder der Labour-Partei, die 2015 und 2016 Corbyn unterstützt hätten, nun Starmer unterstützen.

Handelskrieg trotz Corona

Die Europäische Union verhängt zusätzliche Zölle auf Produkte wie Spielkarten, Feuerzeuge und Plastikabdeckungen für Möbel und reagiert damit auf neue Strafzölle der USA auf Stahl- und Aluminium-Exporte. Dies teilte die EU-Kommission Anfang der Woche mit. Sonderabgaben werden auch auf Produkte wie Stahlnägel, Heftklammern, Draht und Kabel fällig. Nun verhängt die EU – wie schon nach der ursprünglichen Entscheidung Trumps von 2018 – Gegenmaßnahmen in etwa gleichem Umfang.

Der Umfang sei aber „relativ begrenzt“, so die Kommission. Die „Ausgleichsmaßnahmen“ würden zudem in Übereinstimmung mit den Pflichten der EU unter den Regeln der Welthandelsorganisation WTO verhängt und bei der WTO gemeldet.

Streit in Israel

Mehr als einen Monat nach der Parlamentswahl ist Benny Gantz vom Bündnis Blau-Weiß weiterhin um eine Regierungsbildung bemüht. Die Verhandlungen zwischen Blau-Weiß und der Likud-Partei des rechtskonservativen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu sollen möglichst schnell „eine nationale Notstandsregierung“ hervorbringen, wie beide Seiten Anfang der Woche in einer Stellungnahme formulierten.

Israel wird seit Ende 2018 von einer Übergangsregierung unter Netanjahu verwaltet. Am 2. März hatten die Bürger zum dritten Mal innerhalb eines Jahres ein neues Parlament gewählt. Dabei gab es erneut keinen klaren Sieger.

Gantz und Netanjahu streiten unter anderem über die Annektierung von Teilen des besetzten Westjordanlands, wie Medien berichten. Netanjahu will demnach umgehend diesen Teil des sogenannten „Nahost-Planes“ von US-Präsident Donald Trump umsetzen. Gantz hingegen fordere, damit zu warten, bis die Coronakrise vorüber sei.

Proteste in Bolivien

In Bolivien gab es erneut Proteste gegen das Krisenmanagement der De-facto-Regierung. Im Internet zirkulierten Videos aus der Stadt Santa Cruz. Trotz strenger Ausgangssperre gab es hier Demonstrationen, auf denen eine effektive Regierungspolitik, die den Grundbedürfnissen der ärmsten Menschen gerecht wird, gefordert wurde.

Gefechte in Kaschmir

In der Region Kaschmir sind bei zwei Gefechten neun Aufständische sowie drei Soldaten der indischen Armee getötet worden. Bei einem Angriff an der Demarkationslinie zwischen Pakistan und Indien seien fünf Aufständische getötet worden, wie die indische Armee am vergangenen Sonntag mitteilte. Zuvor waren bereits vier Kämpfer von indischen Sicherheitskräften getötet worden.

Corona-Waffenstillstand im Jemen?

Das Virus schafft eine neue Situation

Langes Händewaschen mit Seife gilt als probates Mittel gegen Corona. Im Jemen zählen sauberes Wasser und Seife zu den seltensten Gütern. Neben Krieg, Hunger und Cholera bedroht nun auch Corona die Menschen im Jemen. Erneute Gespräche über einen Waffenstillstand bleiben vorerst ergebnislos.

Im März jährte sich der Angriff Saudi-Arabiens auf den Jemen zum fünften Mal. Er begann am 26. März 2015 und schon kurz darauf – am 21. April 2015 – meldete die saudisch-geführte Militärallianz siegesgewiss, ihre Ziele seien erreicht. Doch schon am 22. April wurden die Angriffe wieder aufgenommen, der Krieg dauert bis heute an.

Die saudische Siegesicherheit ist verschwunden. Immer wieder gibt es Drohnenangriffe oder Angriffe mit ballistischen Raketen durch die Ansarallah (Huthi-Miliz) auf Ziele in Saudi-Arabien. Im Norden des Jemen bedrohen Truppen der Ansarallah die Stadt Marib, einen wichtigen Stützpunkt der „International anerkannten Regierung“, die von Saudi-Arabien unterstützt wird. Zur Zeit sind die Ansarallah militärisch auf dem Vormarsch.

Für Saudi-Arabien, das in fünf Jahren Krieg keines seiner Ziele im Jemen erreicht hat, sind die Schuldigen schnell ausgemacht. Der Sprecher der saudischen Militärkoalition, Oberst Turki al-Maliki, erklärte, die Angriffe auf saudisches Gebiet seien von den „Huthi-Terroristen und ihren Verbündeten der iranischen Revolutionsgarde“ durchgeführt worden. Ein Vorwurf, der von Saudi-Arabien und sei-



Foto: Ibrahim Dasim / Wikipedia / CC BY-SA 4.0

Seit fünf Jahren führt Saudi-Arabien Krieg gegen den Jemen. Gibt es nun aufgrund der Pandemie eine Chance, dass die Waffen ruhen? Zerstörtes Haus südlich der jemenitischen Hauptstadt Sanaa, Juni 2015.

nen Unterstützern in Washington und London immer wieder erhoben – und vom Sprecher des iranischen Außenministeriums zurückgewiesen wird.

Durch den Krieg ist das Gesundheitssystem des Jemen zerrütet und könnte einer Corona-Epidemie nicht standhalten. Der Gesundheitsminister der Ansarallah in Sanaa, der Haupt-

stadt des Jemen, erklärte, 95 Prozent der medizinischen Ausrüstung des Jemen sei zerstört.

Bisher ist keine Corona-Infektion nachgewiesen, auch nicht bei den Reisenden, die im Januar und Februar aus China in den Jemen zurückgekehrt sind. Damit es dabei bleibt, haben sowohl die Ansarallah als auch die Re-

gierung Hadi ein Start- und Landeverbot verhängt. Davon sind auch einige nicht priorisierte Hilfslieferungen betroffen.

Im Jemen ist eine neue Situation entstanden. Aufrufe für einen Corona-Waffenstillstand mehrten sich. UN-Generalsekretär Guterres rief dazu auf, die Krankheit des Krieges zu beenden und stattdessen die Krankheit zu bekämpfen.

Sowohl die international anerkannte Regierung als auch Saudi-Arabien und die Ansarallah erklärten, zu einem Waffenstillstand bereit zu sein. Doch wenige Tage nach der grundsätzlichen Einigung auf einen Waffenstillstand kam es zu gegenseitigen Angriffen.

Der saudische Botschafter im Jemen sprach von Verhandlungen zwischen dem Königreich und den Ansarallah. Saudi-Arabien wolle Vertreter der Regierung und der Ansarallah nach Riad zu Verhandlungen einladen – trotz der Eskalationen in den letzten Tagen.

Die Vereinigten Arabischen Emirate als Verbündete Saudi-Arabiens haben den größten Teil ihrer Truppen aus dem Jemen zurückgezogen und unterstützen eine separatistische Bewegung im Süden des Jemen. Das billige Öl belastet das Budget Saudi-Arabiens – wie viel Geld bleibt da für den Krieg im Jemen?

So könnte ein Corona-Waffenstillstand Saudi-Arabien sogar die Gelegenheit bieten, einen sinnlosen und ergebnislosen Krieg zu beenden. Doch geht es auch um höhere Interessen – den Kampf gegen den Einfluss des Iran.

Manfred Ziegler

Machtkampf ums Öl

Der Crash der Preise und das Ringen um eine Öl-Welt nach Corona



Foto: James St. John / Flickr / CC BY 2.0

Der Ölpreis ist zu niedrig, um in den USA kostendeckend fördern zu können. Bohranlage in Licking County, Ohio.

Es war einer der steilsten Abstürze der Börsengeschichte. Der Preis von Rohöl (Brent) hatte noch im Januar ein Hoch von 65 Dollar pro Barrel markiert. Ende März war er unter 20 Dollar pro Barrel gelandet. Im Gegensatz zu den Zockerkursen von Aktien, Futures und Derivaten geht es hier um die Realwirtschaft, um den wichtigsten global gehandelten Rohstoff, einen Markt mit dem weltweit größten Handelsvolumen. Was war passiert, dass dieser Preis innerhalb von rund zweieinhalb Monaten um 70 Prozent eingebrochen ist?

Im Absturz der Ölpreise wird die Rückkehr der Krise in den Jahren nach 2007 deutlich. Das erneute Aufblähen der Krise hatte sich schon deutlich vor Ausbruch der Coronapandemie angekündigt. Sie war zwar mit zweistelligen Billionen-Beträgen zugeschüttet worden, aber im letzten Jahr hatten sich die Gelddruckprogramme als immer wirkungsloser erwiesen. Die EU war wieder in eine Rezession gerutscht und das US-Im-

perium hatte seine ohnehin massiven ökonomischen Probleme noch durch einen scharfen Wirtschaftskrieg und Technologiekrieg gegen die VR China und eine kontraproduktive Sanktionspolitik gegen Russland, Iran, Syrien, Venezuela und Kuba, aber auch gegen Länder der Europäischen Union verstärkt. Realwirtschaftlich waren auch die USA längst in der Rezession. Das reichliche internationale Rohölangebot stieß auf eine sinkende Nachfrage.

In dieser Situation scheiterte der Versuch der Hauptförderländer (OPEC+), den Ölpreis durch eine Drosselung der Produktion zu stabilisieren. Russland hatte sich geweigert, seine Förderkapazitäten zu drosseln. Im Gegensatz zu Russland, das über einige Finanz- und Goldreserven verfügt, ist Saudi-Arabien auf hohe Einnahmen aus dem Ölgeschäft angewiesen. Die enormen Kosten des riesigen parasitären Königshauses, die Finanzierung der Dschihadistenverbände und teure Kriege erfordern einen Ölpreis von deutlich über 80 Dollar pro Bar-

rel. Das Land musste seine Förderung drastisch hochfahren, um gravierende Einnahmeverluste zu vermeiden. Die Preise fielen ins Bodenlose. Eine Lage, die vor allem dem mit Russland verbündeten, vom Ölimport abhängigen China und seiner vom Stillstand sukzessive wieder mobilisierten Industrie nützt.

Die Situation gleicht der der 1980er Jahre, allerdings mit verteilten Rollen. Im Mai 1980 hatte der Ölpreis bei 122 Dollar pro Barrel gelegen, bis zum März 1986 war er bis auf 25 Dollar pro Barrel abgesackt. Das US-Imperium hatte gemerkt, dass sich die in ökonomischen Schwierigkeiten befindliche Sowjetunion im Wesentlichen aus ihren Einnahmen aus dem Verkauf fossiler Energie finanzierte. Die USA und der treue US-Vasall Saudi-Arabien hatten daraufhin die Produktion massiv erhöht und somit den hohen Preis aus den OPEC-Preissteigerungen der 1970er Jahre drastisch nach unten geschleust. Der Sowjetunion brachen daraufhin entscheidende Einnahmen weg, was nicht unwesentlich zur Krise der 1980er Jahre und dem Zusammenbruch 1991 beitrug.

Die Investitionen für die heutige Frackingtechnologie sind vergleichsweise hoch. Die US-Unternehmen haben sich aufgrund der Nullzins-Politik hoch verschuldet. Die Fracker brauchen einen Preis jenseits der 60 Dollar, um in die Nähe der Profitzone zu kommen. Die Fracking-Produktion ist ohnehin nur unter energiestrategischen Aspekten und unter der Bedingung eines staatlichen Protektionismus und einer Nullzinsfinanzierung „sinnvoll“. Der Fracking-Boom verdoppelte 2018 die US-Ölproduktion von 5,7 Millionen Barrel pro Tag in 2011 auf 11,5 Millionen Barrel pro Tag. Allerdings bei einem Preis, der lange Zeit über 90 Dollar pro Barrel lag. Bei einem Preis nahe der 20-Dollar-Marke wird es nicht lange dauern, bis ein großer Teil der hochverschuldeten Fracker Konkurs anmelden

muss und die hinter ihnen stehenden Banken und Hedge-Fonds die Reißleine ziehen werden.

„Kaufe, wenn das Blut auf den Straßen fließt“, wusste schon Nathan Rothschild. Jetzt in der Krise 2007/2020 gerät vieles, das vorher für nicht denkbar gehalten wurde, in Bewegung. Regierungen und Zentralbanken mobilisieren Billionenbeträge, um sie der herrschenden Finanzoligarchie zuzuschancen. Die Arbeiterklasse verliert ihre Arbeitsplätze, verarmt. Der Mittelstand, der Einzelhandel, die kleinen Gewerbetreibenden, auch sie hochverschuldet, werden bewusst in den Bankrott getrieben. Ein gewaltiger Umwälzungs-, Akkumulations- und Konzentrationsprozess findet statt. Auf nationaler, aber auch auf internationaler Ebene.

In der Ölindustrie geht es vor allem um Marktanteile. Wladimir Putin spielt gerade über die saudische Bande gegen die US-Fracking-Industrie. Die sanktionsgehärtete Wirtschaft Russlands hat trotz der „westlichen“ Blockaden ein akzeptables Wachstum geschaft. Sie kann auch in der Krise niedrige Ölpreise länger verkraften als die Konkurrenz. Donald Trump hat sich mit seiner Blockade von „Nord Stream 2“ und ähnlichen antirussischen Manövern nicht gerade beliebt gemacht. Sowohl die Russen als auch die Saudis würden sich die aggressive Konkurrenz der US-Fracker gern vom Hals schaffen. Die Saudis hatten sogar noch einen Rabatt auf ihren Ölpreis eingeräumt.

Den notleidenden Frackern stehen die US-Notenbank und der Senat sicher zur Seite. Und so hat denn auch Putin „Goodwill“ signalisiert, eine Lieferung von Anti-Corona-Ausrüstung in die USA angekündigt und ist bereit, die Ölfördermengen zu begrenzen, sollten US-Fracker mitziehen. Der Ölpreis hat sich daraufhin etwas erholt. Doch die Fracking-Industrie in den USA scheint auf die Macht der Notenbank zu setzen und ist bisher zu keinen Zugeständnissen bereit.

Klaus Wagnier

Vor dem Sturm

„Soziale Distanz“ ist in den Townships Südafrikas nicht möglich



Foto: Diriye Amey / Wikimedia / CC BY 2.0

Auch ohne Corona hätten die Bewohnerinnen der Townships gerne mehr Möglichkeiten für „soziale Distanz“.

Am 5. März wurde der „Patient Null“ in Südafrika positiv auf das Coronavirus getestet. Seit Donnerstag, dem 26. März, um Mitternacht unterliegt auch in Südafrika das öffentliche Leben strengen Einschränkungen. Sie sollen vorerst bis zum 16. April gelten. In einem Land mit einer derart krassen sozialen Spaltung bedeutet das: Isolierung in Palästen für die einen, in Hütten und Baracken für die überwiegende Mehrheit. Mehrere Generationen unter ein und demselben Wellblechdach – wie soll der Schutz der

besonders gefährdeten Älteren funktionieren?

Selbstisolation, „soziale Distanz“, in den dicht besiedelten Townships, wo Hygiene ein bitterer Scherz, fließendes Wasser eine Utopie ist und oft aus Brunnen geholt werden muss? Oft müssen Hunderte sich einen Wasserhahn teilen, das macht das verordnete häufige Händewaschen zur Unmöglichkeit. Sanitäre Anlagen, Zugang zu Elektrizität sind für Millionen Südafrikaner ein unerfüllter Traum.

Bei einer Arbeitslosenrate von offiziell 28 Prozent – 55 Prozent unter jungen Menschen – sind kurzfristige Gelegenheitsjobs in der wirtschaftlichen Grauzone die einzige Möglichkeit, etwas zu verdienen, und das heißt: keine Arbeit, kein Geld. Zu schweigen davon, dass viele Familien auf die kostenlose Schulspeisung für die Kinder angewiesen sind, die Schulen sind aber selbstverständlich geschlossen.

Nun ist festgelegt: Die Behausung darf nur verlassen werden, um existenznotwendige Waren oder Dienstleistungen

zu erwerben. Personen, die ohne eine ausreichende Begründung auf der Straße angetroffen werden, riskieren eine Geldstrafe oder sogar eine Freiheitsstrafe von bis zu sechs Monaten.

Die scharfen Bestimmungen des „Lockdown“ wird aber auch das Militär, das zur Unterstützung der Polizei eingesetzt wird, nicht bis zum Letzten durchsetzen können, trotz des wie üblich brutalen Vorgehens der Ordnungshüter – schon in der ersten Woche starben acht Menschen durch Polizeigewalt.

Die Lebensmittelläden bleiben geöffnet, der Verkauf von Alkohol und Zigaretten ist aber untersagt. Von den Notstandsregularien ausgeschlossen sind Arbeiterinnen und Arbeiter in Produktionsbetrieben, die Müllabfuhr, die Angestellten des Handels mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs, der Versorgungsbetriebe und des Gesundheits- und Transportwesens, die Polizei und das Militär.

Die Bevölkerung Südafrikas hat mit einer Pandemie schon schreckliche Erfahrungen gemacht. Im Jahr 2018, dem letzten Jahr, für das es verlässliche Statistiken gibt, lebten 7,52 Millionen Südafrikanerinnen und Südafrikaner mit HIV. Fast jeder fünfte Südafrikaner zwischen 15 und 49 Jahren war HIV-positiv und es gab 115.167 Aids-bezogene Todesfälle – weltweit die größte Zahl. Das ist schrecklich, und doch nicht so schlimm wie die Prognosen es vorhergesagt hatten – und es war die Folge von politischem Versagen. Denn der damalige, vom Marxisten zum Thatcheristen gewendete Präsident Thabo Mbeki bestritt die Existenz der Immunschwächekrankheit Aids und empfahl – gemeinsam mit seiner Gesundheitsministerin – zur Behandlung

Infizierter Knoblauch, Rote Bete und Vitaminpräparate.

Aufgrund dieser Erfahrungen ernten die Maßnahmen der Regierung unter Präsident Cyril Ramaphosa trotz ihrer offensichtlichen Undurchführbarkeit viel Zustimmung, sowohl in Südafrika selbst als auch international. Schließlich gibt es dazu keine Alternative, außer das Leben Hunderttausender älterer Menschen wird aufs Spiel gesetzt und das derer, die durch Vorerkrankungen geschwächt sind.

Wenn selbst ein europäisches Land wie Italien aufgrund der Unterfinanzierung seines Gesundheitssystems täglich Hunderte von Corona-Toten melden muss – wie soll das schwache staatliche Gesundheitswesen Südafrikas mit der Pandemie umgehen können? Der Generalsekretär der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, Blade Nzimande, fordert, umgehend die privaten Krankenhäuser unter staatliche Kontrolle zu nehmen. Aber auch deren 40.000 Betten werden nicht ausreichen, um die Versorgung Erkrankter sicherzustellen.

Das Vorgehen der Regierung ist allerdings sehr effektiv. In der ersten Woche der Ausgangssperre wurden 47.000 Menschen getestet, davon etwa 1.400 positiv, und 67 mobile Testzentren organisiert. Das offenbar nicht unerreichbare Ziel ist, 30.000 Menschen täglich zu testen. Bis zum Freitag vergangener Woche wurde die unter südafrikanischen Verhältnissen niedrige Zahl von fünf Corona-Toten gemeldet. Das kann nicht beruhigen. „Was wir derzeit erleben, ist die Ruhe vor einem verheerenden Sturm“, warnt Zweli Mkhize, Südafrikas Gesundheitsminister.

Manfred Idler

Spendenaufwurf der DKP

Unterstützung für Kuba in Zeiten der Coronapandemie

Die Deutsche Kommunistische Partei unterstützt den gemeinsamen Spendenaufruf des Netzwerks Cuba, der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und Cuba Sí. Wir alle haben die Bilder des britischen Kreuzfahrtschiffes mit Covid-19-Infizierten vor Augen, das nach vielen Absagen anderer Staaten am 17. März im Hafen Mariel/Kuba anlegen durfte. Die Passagiere und Teile der Mannschaft wurden dann unter großen Vorkehrungen von Havana aus ausgeflogen und bedankten sich überschwänglich für ihre Rettung.

Nur wenige Tage später eilten kubanische Medizinerbrigaden zu humanitären Einsätzen in Venezuela, Jamaika und in andere karibische Länder. Auch aus dem schwer betroffenen Italien kam ein Hilferuf, dem Kuba mit Personal und Material nachkam: am 22. März trafen sie dort ein. Schon zuvor half Kuba mit einem starken Anti-Virus-Mittel (Interferon alpha 2B) vielen anderen Ländern, darunter China. Aufrichtiger Dank an Kuba für diese konsequente solidarische Haltung!

Inzwischen ist klar: Auch Kuba ist Teil der globalisierten Welt, die karibische Insel setzt vergleichbare Schutzmaßnahmen wie bei uns um. Kuba hat sehr konsequent die Einreise kontrolliert und überwacht und hat daher bisher fast ausschließlich Erkrankte, die gerade eingereist sind. Die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung (insbesondere Maßnahmen der Kontaktreduzierung) beeinträchtigen die wirtschaftlichen Aktivitäten stark. Der Tourismus, eine Hauptquelle für lebenswichtige Deviseneinnahmen, ist

jetzt vollständig zum Erliegen gekommen.

Kubas Gesundheitssystem gehört zu denen, die am besten auf eine Pandemie vorbereitet sind. So erleichtern auch Erfahrungen aus zahllosen humanitären Einsätzen in aller Welt, zum Beispiel bei der Ebola-Bekämpfung in Afrika, jetzt ein zielgerichtetes Vorgehen von Regierung und Bevölkerung. Aber die fast 60-jährige völkerrechtswidrige und menschenrechtsverletzende Blockade

Organisationen der Kuba-Solidarität in Deutschland rufen in Absprache mit den kubanischen Partnern zu einer Spendenaktion auf: Nach dem totalen Einbruch des Tourismus fehlen Devisen für die Beschaffung von Nahrungsmitteln und zum Aufrechterhalten der wirtschaftlichen Aktivitäten. Uns ist durchaus bewusst, dass auch in unserem Land viele Menschen existentiell von den Folgen der Coronapandemie bedroht sind, aber das Potenzial zur Bewältigung dieser Krise ist hierzulande viel größer. Kuba hingegen braucht unsere Unterstützung, um die Folgen der Pandemie zu überwinden.

Das kubanische Gesundheitsministerium hat uns als Anhaltspunkt eine aktuelle konkrete Bedarfsliste übersandt. Sie beinhaltet unter anderem Materialien wie Laken, Bettdecken, Handtücher und Reinigungsutensilien für den professionellen Gebrauch, aber auch medizinische Materialien im engeren Sinne. Wir prüfen gegenwärtig die Realisierungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung des Transportes und des Aufnahmeverfahrens in Kuba. Cuba Sí hat sich bereit erklärt, die Fragen der Logistik für zu kaufende Materialien zu übernehmen.

Wir bitten daher um Spenden auf das Spendenkonto des DKP-Parteivorstands
GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01

Spenden an die DKP sind steuerlich abzugsfähig. Wir leiten die eingehenden Spenden unmittelbar an das Spenden-Sonderkonto in Kuba weiter.



Syrien im Lockdown

Der Krieg geht trotz Corona weiter

Nach neun Jahren Krieg und Sanktionen befindet sich Syrien im Lockdown. Die Furcht vor einer Corona-Epidemie, die das syrische Gesundheitswesen nicht bewältigen könnte, führt zu immer neuen Maßnahmen, um die Verbreitung des Virus zu stoppen – schon bevor Infektionen in größerer Zahl nachgewiesen sind.

Das einst gut ausgebaute Gesundheitswesen Syriens ist durch Krieg und Sanktionen, durch die Abwanderung von Fachkräften und gezielte Bombardierungen durch die USA – zum Beispiel durch Angriffe auf das Krebsforschungszentrum in Damaskus – schwer geschädigt. Trotz der Unterstützung durch Russland und die VR China könnten die syrischen Krankenhäuser eine größere Epidemie nicht bewältigen.

Deshalb wurden in Syrien schon am 14. März und bevor die ersten Coronafälle nachgewiesen waren, Schulen und Universitäten geschlossen. Wenige Tage danach wurden Klubs, Theater, Kinos, öffentliche Parks, Hochzeits- und Trauerhallen geschlossen. Gemeinsame Gebete in den Moscheen sind bis Mitte April suspendiert. Es folgte der Verkehr: Fahrten zwischen städtischen Zentren und dem Umland wurden verboten, es sei denn, sie dienten der Versorgung der Bevölkerung. Eine Ausgangsbeschränkung wurde verhängt, Schulen und Straßen wurden desinfiziert, Badestrände am Mittelmeer geschlossen. Ministerien und staatliche Unternehmen müssen die Anzahl der eingesetzten Mitarbeiter reduzieren. Online-Meetings ersetzen persönliche Treffen und auf Plakaten wurde eine Kampagne initiiert: „Bleibt zu Hause ...“

In Syrien ist „Social distancing“ schwieriger umzusetzen als in Mitteleuropa. Die Familien sind größer und die Wohnverhältnisse oft beengter, vor allem für die vielen Flüchtlinge im

Land. Die vielen illegalen Grenzübertreitte müssen kontrolliert werden, der Zustrom von schiitischen Pilgern vor allem aus dem Iran musste begrenzt werden. So wurde eines der Heiligtümer in Saida Sainab ebenso geschlossen wie die Omajjadenmoschee in Damaskus. Und bei allen Verkehrsbeschränkungen muss zugleich die Versorgung mit Gas und Grundnahrungsmitteln sichergestellt werden, die finanziellen Folgen für die Beschäftigten, die nicht zur Arbeit gehen, müssen gemildert werden. Die syrische Regierung kaufte 5.000 Tonnen Kartoffeln im Ausland. Mitarbeiter im Gesundheitswesen erhalten eine zusätzliche Vergütung.

Die Fälle möglicher Corona-Infektionen rechtzeitig zu identifizieren und zu behandeln ist schwierig und wie in anderen Ländern dürfte es eine hohe Dunkelziffer geben. In den Gebieten unter Kontrolle der SDF, wo ähnliche Maßnahmen gelten, wie sie die syrische Regierung ergriffen hat, gibt es gar keine Möglichkeit, auf Corona zu testen. Proben müssen zur Auswertung nach Damaskus geschickt werden.

Die Nachrichten zu Corona verdrängen in Syrien sogar die Kriegsnachrichten. Doch der Krieg ist nicht zu Ende. Erneut hat die israelische Luftwaffe Ziele in Syrien bombardiert, in der Provinz Hasaka unterbrechen immer wieder Dschihadisten im Auftrag der Türkei die Wasserversorgung. In Idlib wird der Waffenstillstand durch die Dschihadisten häufig gebrochen. Und unverändert bleiben die Sanktionen gegen Syrien bestehen – obwohl selbst Vertreter der WHO und der G77 – die größte Organisation von Ländern innerhalb der UN – ein Ende der Sanktionen fordern, um den Kampf gegen Corona zu erleichtern. Für Syrien ist Corona ein Krieg im Krieg.

Manfred Ziegler



Ostermarsch 1960 von Hamburg nach Bergen-Hohne (die anderen Sternmarsch-Gruppen kamen von Bremen, Braunschweig und Hannover)
Foto:public domain



Joan Baez auf dem Ostermarsch 1966 in Frankfurt
Foto: Mannit / wikipedia / CC-BY-SA 4.0



Berlin 1990: Zum ersten gemeinsamen Ostermarsch kamen rund 15 000 Teilnehmer aus beiden Teilen der Stadt
Foto: Bild 183-1990-0415-010 / Settnik, Bernd / CC-BY-SA 3.0

Vom Nichtstun werden keine Kriege verhindert

60 Jahre Ostermarsch in Deutschland

Seit 60 Jahren gehen hierzulande zu Ostern Menschen auf die Straße, um gegen Krieg und Aufrüstung zu protestieren. Auch in diesem Jahr wird es Aktionen für Frieden, Abrüstung und internationale Verständigung geben – angesichts der Coronakrise aber in anderer Form.

Vorbild für die ersten Ostermärsche in Deutschland waren die „Aldermaston Marches“ in den 1950er Jahren. 1958 hatte die britische „Campaign for Nuclear Disarmament“ („Kampagne für nukleare Abrüstung“) zu einem Ostermarsch von London zum 83 Kilometer entfernten Atomforschungszentrum Aldermaston unter dem Motto „Ban the Bomb“ aufgerufen. 10.000 Menschen demonstrierten damals gegen die nukleare Aufrüstung und den geplanten Bau einer Wasserstoffbombe auf der Insel. Die Initiative der britischen Aktivistinnen und Aktivisten wurde in anderen westeuropäischen Ländern und vor allem in der Bundesrepublik Deutschland aufgegriffen. Am Karfreitag vor 60 Jahren, am 15. April 1960, starteten in Norddeutschland hiesige Atomkriegsgegnerinnen und -gegner zum ersten Ostermarsch in der BRD, zu einem Sternmarsch von Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig aus zum NATO-Raketenübungsplatz Bergen-Hohne. Nur wenige Monate zuvor hatte die NATO dort 762-mm-Feldraketen vom Typ MGR-1 „Honest John“ stationiert, die Atomsprengköpfe tragen konnten. Bis heute lagern atomare Sprengköpfe in Deutschland – so etwa im Fliegerhorst Büchel. Ihr Abzug ist bis heute eine Forderung der Friedensbewegung.

In den 60er Jahren entstand aus den Ostermärschen eine Massenbewegung, die Unterstützung wuchs. Schon bald richtete sich der Protest nicht mehr allein gegen Atomwaffen: Gefordert wurden Frieden, vollständige Abrüstung, Verständigung zwischen West und Ost. Privatpersonen wie unterschiedliche Organisationen beteiligten sich. Unter denen, die für „die Welt, die von Waffen nichts mehr hält!“, auf die Straße gingen, waren Menschen aus bürgerlichen Kreisen, Christinnen und Christen ebenso wie Atheistinnen und Atheisten. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Mitglieder der verbotenen KPD waren ebenso aktiv dabei wie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Die Bewegung entwi-

ckelte sich zunächst zur „Kampagne für Abrüstung“ (1963) und schließlich zur „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ (1968). Erster Sprecher der Ostermarsch-Kampagne war der Volks- und Realschullehrer Konrad Tempel. 1964 folgte ihm der Politikwissenschaftler Andreas Buro. Klaus Vack (Naturfreunde und DFG) wurde 1965 Sekretär des Zentralen Ausschusses der Ostermarsch-Bewegung. Vack gehörte zusammen mit Tempel, Buro und anderen zu den Organisatoren der ersten Stunde der Ostermarschbewegung auf Bundesebene.

In diesen Jahren gingen an den Osterfeiertagen immer mehr Menschen auf die Straße. Persönlichkeiten wie der Journalist und Publizist Erich Kuby und der Zukunftsforscher Robert Jungk, der Theologe Martin Niemöller und andere erklärten ihre Unterstützung. Einen der Höhepunkte des Ostermarsches 1966 bildete die Teilnahme der US-amerikanischen Folk-Sängerin, Bürgerrechtlerin und Pazifistin Joan Baez.

Auch in dieser Bewegung gab es jedoch kontroverse Debatten und Konflikte. So Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre. Aber das machte die Ostermarschbewegung nicht obsolet. Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre erreichte sie einen neuen Höhepunkt, als Hunderttausende gegen die Neutronenbombe und den NATO-Doppelbeschluss, gegen die Stationierung von Kurz- und Mittelstrecken-Atomwaffen in der Bundesrepublik auf die Straße gingen. Viele Zehntausende demonstrierten 1991 (2. Golfkrieg, „Desert Storm“), 1999 gegen den NATO-Überfall auf Jugoslawien und 2003 gegen den Irakkrieg – auch zu Ostern. Die Genossinnen und Genossen der DKP waren – teils als Mitorganisatoren – immer mit dabei. In den letzten Jahren koordiniert das Netzwerk Friedenskooperative in Bonn die Ostermärsche.

Noch heute sind die Ostermärsche nötig, keine „Geschichte“. Denn, wie unser Genosse Willi Hoffmeister (geb. 1933), der seit 1961 beim Ostermarsch dabei ist – zunächst „nur“ als Teilnehmer, später als Mitorganisator des Ostermarsches Rhein-Ruhr und bis heute dort als Ostermarsch-Koordinator aktiv – 2011 gegenüber dem Westdeutschen Rundfunk erklärte: „Vom Nichtstun werden keine Kriege verhindert.“

Nina Hager

**Abrüsten jetzt
Raus aus der NATO
Frieden mit Russland**



www.unsere-zeit.de

Ostermarsch 2020: „Vielfältige Formen sind möglich“

Die gegenwärtige Coronakrise und die sich daraus ergebenden Auflagen machen eine Durchführung von Veranstaltungen oder Demonstrationen unmöglich. Die Organisatorinnen und Organisatoren der Ostermärsche 2020 wollen aber nicht, dass den Menschen damit jegliche Möglichkeit genommen wird, wie seit den 1960er Jahren immer zu Ostern ihre pazifistischen und antimilitaristischen Anschauungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Vielfältige Formen, wie das geschehen kann, sind möglich. (...)

Viele Basisinitiativen rufen dazu auf, über Ostern zum Beispiel Friedenszeichen, selbstgefertigte Banner und Symbole oder bunte Pace-Fahnen aus den Fenstern der Wohnungen zu hängen sowie an Autos, Fahrrädern und Jacken zu befestigen und vieles mehr.

Weitere Anregungen und Infos finden sich unter:
www.friedenskooperative.de/alternativer-ostermarsch

Aus: Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag und Kooperation für den Frieden

Ungewöhnliches passiert in unserem Land. Der Staat setzt Eingriffe in das tägliche Leben durch, die in der Verfassung verankerte „Schuldenbremse“ wird ausgesetzt, für die großen Unternehmen wird ein „Rettungsschirm“ von unvorstellbaren 600 Milliarden Euro aufgespannt, über eine Verstaatlichung von Monopolen wird für den Notfall nachgedacht, (Wieder-)Verstaatlichung der Krankenhäuser wird eh schon lauthals gefordert.

Nicht ungewöhnlich in Kriegszeiten, und in einer solchen sehen sich einige transatlantische Führungsfiguren.

Während des Ersten Weltkriegs wurde im Deutschen Kaiserreich die Wirtschaft auf eine zentrale Planung umgestellt, zur Organisation einer auf den Krieg ausgerichteten Produktion, der Rationierung von Lebensmitteln und dem Einzug von Arbeitern als Soldaten. Finanziert wurde diese Kriegswirtschaft durch Staatsschulden, wie in anderen Ländern auch. Der Staat hat die Macht, Geld zu drucken. Krisen entzaubern den Waren- beziehungsweise

Helmut Dunkhase zur „Coronakrise“

Die wichtigste Bruchstelle

Geldfetischismus. Dieser macht glauben, das, was gesellschaftliche Arbeit in Gang setzt, sei an die Geldzeichen gebunden. So gigantisch die Geldmengen auch sind, die die Finanzmärkte umwälzen, die wirklichen Beschränkungen sind materieller Art: die wirklichen Ressourcen und die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte – wie jetzt im Gesundheitswesen und anderen Bereichen der Daseinsfürsorge schmerzhaft deutlich wird.

Die auch „Kriegssozialismus“ genannte Wirtschaftspolitik während des Ersten Weltkriegs beeindruckte insbesondere Lenin, und der zog seine Schlüsse daraus: „Deshalb ist das, was die deutschen Plechanow (Scheidemann, Lensch u. a.) ‚Kriegssozialismus‘ nennen, in Wirklichkeit staatsmonopolistischer Kriegskapitalismus. (...) Nun versuche man einmal, an Stelle des junkerlich-kapitalistischen (...) den revolutionär-demokratischen Staat zu setzen, der sich nicht davor fürchtet, auf revolutionärem Wege den Demokratismus voll und ganz zu verwirklichen. Man wird sehen, dass der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus hin bedeutet!“ („Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“; 1917)

Auch wenn wir in der BRD heutzutage nicht die Situation vom September 1917 in Russland haben, sollte doch die-

se Dialektik mit bedacht werden, statt nur die Gelegenheit der herrschenden Klasse zu einer autoritären Umgestaltung des Landes zu beschwören. Diese zu Recht angeführte Gefahr wird nicht geringer, wenn wir nicht die sich aus der Krise ergebenden Notwendigkeiten vor Augen führen: Nicht nur die Unfähigkeit der herrschenden Klasse anzuprangern, sondern auf die Notwendigkeit einer Planung von Produktion und Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit zu pochen. Planwirtschaft auf der Basis des Gemeineigentums ist angesagt.

Die Auffassung, „Corona“ sei ein Großangriff der herrschenden Klasse gegen die Arbeiterklasse – nicht zu verwechseln mit der Aussage, sie wälze die Krisenlasten nach unten ab –, ist nicht

nur falsch, sondern auch kontraproduktiv für unseren Kampf. Sie unterstellt eine Allmacht des Kapitals, die es nicht hat. Der Einbruch der Produktion und die Absage von „Defender Europe 20“ sind keine besonders raffinierten Herrschaftstricks. Die herrschende Klasse selbst ist durchaus verunsichert, die Bevölkerung traut ihr in der Krise nicht (Hamsterkäufe) und merkt, dass ihre Regierung zwar den Mund voll nimmt, aber planlos handelt. Sie gerät ideologisch in die Defensive, wie an der Beschwörung der „Marktwirtschaft“ und den Warnungen vorm „totalen Staat“ zu erkennen ist. Hier liegt zurzeit die vielleicht wichtigste Bruchstelle im Herrschaftsgefüge, die es im antimonopolistischen Kampf auszunutzen gilt. Ein Kampf, der im nationalstaatlichen Rahmen zu führen ist. Auch dies eine Lehre der Krise: Das Gerede von der Bedeutungslosigkeit der Nationalstaaten dürfte, nachdem diese sich – wenngleich mit dem Mal ihrer herrschenden Klassen – in aller Deutlichkeit gezeigt haben, wohl endgültig vom Tisch sein.



Man weiß, wer auch zu Ostern Zugang zu den ungewaschenen Ohren des US-Präsidenten hat: Der evangelikale Prediger Ralph Drollinger (der Mann kann nix für seinen Namen) erteilt seit über drei Jahren der US-Regierung laufend Bibelstunden. Natürlich weiß Mr. Drollinger auch, wieso die Corona-Pandemie **das gelobte Land Gottes** heimsucht: „Diejenigen Personen, die durch Gottes Zorn zurechtgewiesen werden“ – damit meint er wohl die Infizierten – „sind weitgehend für diesen konsequenten Zorn auf unsere Nation verantwortlich“.

Er meint, dass Schwule, Lesben und Abtreibungsbefürworter die Schuld daran trügen, dass es so weit gekommen ist. Der Präsident und sein Vize Mike Pence hören das gerne, nicht aber vernehmen sie die Worte von Papst Gregor I (590 bis 604): „Die Vernunft kann sich mit größerer Wucht dem Bösen entgegenstellen, wenn der Zorn ihr dienstbar zur Hand geht.“

In dieser Woche sei es gestattet, ein solches Zitat zu nutzen, um den hier versammelten Gläubigen den rechten Weg zu weisen. HB

Olaf Matthes über Pandemie-Profite

Ohne Gewähr

„Das ist nichts, was der Markt auch nur im Ansatz lösen könnte“, sagt der Sozialdemokrat Karl Lauterbach zu der Frage, wie jetzt Atemschutzmasken beschafft werden können. Er will, dass die Bundesregierung mit einer eigenen Agentur die Produktion zentral steuert und Firmen beauftragt. Müssen wir uns Sorgen machen, ob der Mann jederzeit Gewähr bietet, voll für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten? Ein Kommentar in der „taz“ ist überschrieben mit „Keine Angst vor Planwirtschaft“.

Lauterbach und der „taz“ liegt es natürlich fern, die Grundordnung von Ausbeutung und Profit in Frage zu stellen. Ihre Klage über ein Versagen des Marktes bedeutet schließlich im Umkehrschluss, dass der Markt eigentlich ganz gut funktioniert, wenn nicht gerade so ein Virus dazwischen kommt.

Dabei funktioniert der Markt wunderbar: Nachfrage steigt, Preise steigen, agile und entschlossfreudige Unternehmer bekommen einen Anreiz, um Atemschutzmasken nähen zu lassen, aus dem Mangel wird in ein paar Monaten ein Überfluss, mit dem sich die Reserven aus hundert nationalen Pandemieplänen füllen lassen.

In dieser Pandemie zeigt sich nur deutlicher als sonst, was dieses Funktionieren des Marktes mit sich bringt – so deutlich, dass es selbst Politiker aus Regierungsparteien und Mainstream-Medien nicht entgeht: Jetzt fehlen Masken, jetzt gefährdet dieser Mangel Menschenleben, jetzt ärgern sich Politiker darüber, dass Geschäftemacher den Marktanzreiz als Anreiz nehmen.

Wo die gesellschaftlichen Ressourcen und die gesellschaftliche Arbeit eingesetzt werden, richtet sich nicht danach, was die Gesellschaft braucht. Es richtet sich danach, wo die Herren des Kapitals verdienen können. Natürlich muss die Produktion irgendwie zur kaufkräftigen Nachfrage passen, aber dass beides zusammenpasst, setzt sich nur „als regelndes Naturgesetz gewaltsam durch, wie etwa das Gesetz der Schwere, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt“, schreibt Marx im „Kapital“. Zu den Nebenwirkungen dieser Art, die Produktion zu regeln, gehören Verschwendung, Überproduktion und Krise – und, dass einige mit dem Mangel an medizinischer Ausrüstung jetzt das große Geld machen. Irre ist das schon, aber nicht nur während der Pandemie.

Lernt von China!

Im Kapitalismus schwanken die Strategien gegen die Seuche • Kolumne von Beate Landefeld

So sehr wir Kommunisten den Kapitalismus hassen, seine Mangelwirtschaft bei sozialer und gesundheitlicher Vorsorge und seine Planlosigkeit anprangern, so wenig könnten wir uns freuen, wenn zusätzlich zur Bedrohung durch das Virus auch noch die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs zusammenbräche. Die Lohnabhängigen und die Ärmsten müssten es ausbaden. Jetzt schon fühlen sich Angehörige der oft mies bezahlten „systemrelevanten Berufe“ im Krieg gegen Covid-19 als „Kanonenfutter“. Es fehlen Beatmungsgeräte, Personal, Schutzkleidung. Firmen stellen die Produktion um. Die Bevölkerung geht dazu über, Schutzmasken selbst zu nähen.

Mit Schrecken blickt die Welt auf die USA, die Hauptmacht des Kapitalismus: auf die Totenzahlen, den Wirtschaftseinbruch, die hochschnellende Erwerbslosigkeit. Auf der Weltliste der getesteten Infizierten stehen die USA an der Spitze. Es folgen Spanien, Italien, Deutschland und Frankreich. Während in den kapitalistischen Hauptländern der Höhepunkt der Seuche bevorsteht, kommen Zeichen der Wiederbelebung aus China, das das Virus unter Kontrolle brachte und wieder zu produzieren begann. Das hilft der ganzen Welt. Volker Treier, Funktionär des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, hofft zu Recht: „Eine positive Entwick-

lung der chinesischen Wirtschaft kann die Tiefe der zu erwartenden Rezession in Deutschland abmildern.“

Zuvor muss aber auch bei uns die Seuche besiegt werden. Was das betrifft, wird es Zeit, dass die hiesigen Eliten von ihrem hohen Ross absteigen und von China lernen. China konnte der Seuche Herr werden, weil es (nach anfänglichen Fehlern) frühzeitig den Herd der Infektion, die Stadt Wuhan und die Provinz Hubei, isolierte, indem es sie ab 23. Januar gegen das übrige Land abriegelte. Von Chinas circa 82.000 Fällen konzentrierten sich 67.000 in der Provinz Hubei. Dort konnte durch strenge Kontaktbeschränkungen das Virus ausgetrocknet und kontrollierbar gemacht werden. Bis ein Impfstoff kommt, muss es durch intensives Testen, Isolieren und Rückverfolgen ständig unter Kontrolle gehalten werden. Der Lockdown wird vorsichtig gelockert.

In den Ländern des Kapitals kommentierte man Chinas Kampf gegen das Virus meist verächtlich. Man typisierte es als Vorgehen eines „autokratischen Regimes“; das für „liberale westliche Demokratien“ indiskutabel sei. Der Preis dieser Arroganz ist, dass auf der Weltliste der erfassten Infizierten heute die großen reichen kapitalistischen Länder China bei Weitem überholt haben, vor allem bei den Totenzahlen. Dabei ist die Dunkelziffer überall groß.

Anfangs glaubten die Eliten einiger kapitalistischer Länder, indem sie dem Virus relativ freien Lauf ließen, könnten sie mittels „Durchseuchung“ eine sogenannte „Herdenimmunität“ erzeugen. Erst die Bilder aus Norditalien und Proteste der eigenen Bevölkerungen erzwangen einen Strategiewechsel.

„Durchseuchung“ von 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung schließt ein, dass die Zahlen der Schwerstkranken so hoch werden, dass es in den meisten Ländern zur Überlastung der vorhandenen medizinischen Ressourcen und infolgedessen zu sehr vielen vermeidbaren Toten kommt. Länder wie die BRD gingen daher zur Strategie der „Abflachung der Infektionskurve“ mittels verordneter Kontaktverringerung über und bauen parallel medizinische Kapazitäten durch Feldlazarette und ähnliches aus. Da die „Wirtschaft“, je länger der Lockdown dauert, umso mehr an Konkurrenzfähigkeit einbüßt, ist mit einem ständigen Schwanken kapitalistischer Regierungen zwischen „Abflachungs-“ und „Durchseuchungsstrategie“ zu rechnen. Dies, obwohl das Virus mutiert und es laut dem chinesischen Lungenexperten Zhong Nanshan bisher überhaupt keine Evidenz gibt, ob und wie lange eine Person nach einer ersten Infektion gegen Krankheiten im Zusammenhang mit Coronaviren immun wird.

Uli Brockmeyer über die EU

„Marshall-Plan“ fürs Kapital

Nachdem die Europäische Union seit Ausbruch der Coronakrise bereits hinfällig und sehr überzeugend ihre Unfähigkeit bewiesen hat, kommt nun noch hinzu, dass die Präsidentin der EU-Kommission die völlige Untauglichkeit dieses Staatenbundes nachweist, überhaupt mit Krisensituationen wie dieser klarzukommen.

Am Wochenende hat Ursula von der Leyen in einem Artikel dargelegt, wie sie sich die Lösung der Probleme vorstellt. Die frühere deutsche Multi-Ministerin schrieb in Springers Massenblatt „Welt am Sonntag“ über ihre Ansichten. Interessant sind dabei eigentlich drei Aspekte.

Zunächst räumte sie ein, dass die EU zu Beginn der Krise – wobei weder Zeitpunkt noch Zeitraum konkret benannt werden – „Fehler“ gemacht habe, die aber nun – wem auch immer sei Dank – überwunden seien. Das ist blankes Schönreden, denn das komplette Versagen, aus den Erfahrungen Chinas Schlussfolgerungen zu ziehen und konkrete Maßnahmen gegen die unkontrollierte Ausbreitung der Pandemie für alle 27 Mitgliedstaaten plus Britannien zu ergreifen, ist wohl doch etwas mehr

als ein „Fehler“. Wahrscheinlich könnte man das eher als einen Geburtsfehler dieser „Union“ bezeichnen.

Dann beschreibt sie munter ihre wunderbare Idee, der EU einen „Marshall-Plan“ überzustülpen. Dabei baut sie offensichtlich darauf, dass nur sehr wenige der Leser von Springers Druckerzeugnissen überhaupt wissen, dass es sich bei dem „Marshall-Plan“ nicht um eine angeblich uneigennützig Hilfe der USA für Westeuropa handelte, sondern in erster Linie um ein Instrument der Profitmaximierung für die Großunternehmen in „Gottes eigenem Land“.

Und schließlich lobt Frau von der Leyen in den höchsten Tönen einige Beispiele gegenseitiger Hilfe unter EU-Staaten, die allerdings angesichts der laufenden Querelen in der EU und mit Blick auf die konkrete Hilfe durch medizinisches Personal und Ausrüstung aus den Nicht-EU-Staaten China, Russland und Kuba außerordentlich bescheiden daherkommen.

Es lässt sich nicht daran rütteln, dass diese Europäische Union nicht dazu geschaffen wurde, den Interessen der Millionen Menschen zu dienen.

Nicht mehr Partner, sondern Rivale

Die BRD – ihre Stellung in Europa und ihr Verhältnis zu Russland • Von Anton Latzo

Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden (OKV) bereitet eine Aktivtagung zum Thema „Der Verrat an den Ostdeutschen. Eine politische Bilanz nach 30 Jahren Anschluss“ vor. Ursprünglich war die Veranstaltung für Ende April geplant.

Wir dokumentieren hier Auszüge aus dem Beitrag unseres Autors Anton Latzo, der sich auf der Tagung mit dem Verhältnis Deutschland – Russland beschäftigt. Ausgehend von einer historischen Analyse des vergangenen Jahrhunderts stellt er klar, dass das Völkerrecht die Kräfteverhältnisse am Ende des Zweiten Weltkriegs widerspiegelt, durch die damalige Stärke des Sozialismus dem Imperialismus bis heute Grenzen für den ihm innewohnenden Expansionsdrang gesetzt sind. Deshalb muss die UN-Charta verteidigt werden, stehen alle Kräfte, solange sie dies tun, an der Seite der Friedensbewegung, unabhängig von ihrer gesellschaftspolitischen Ausrichtung.

Der vollständige Beitrag ist zu finden unter: www.unsere-zeit.de

Weitere Beiträge der Aktivtagung wird es zur Diskriminierung der DDR-Bürger, der Vernichtung der Wirtschaft, der Kulturbarbarei, dem Antikommunismus geben. Alle Beiträge dieser Tagung werden in einer Publikation veröffentlicht.

Hauptaspekte des Verhältnisses zu Russland

Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa und der Zerschlagung der UdSSR durchlief das deutsch-russische Verhältnis zwei Hauptetappen.

Davor hat es mit den Männerfreundschaften zwischen Brandt und Breschnew sowie Kohl und Breschnew bzw. Gorbatschow begonnen. Die Leitlinie für die deutsche Seite hieß seit Mitte der 1960er Jahre „Wandel durch Annäherung“. Für diese „deutsche Ostpolitik“ fand Egon Bahr den Begriff vom „deutschen Weg“ und fügte hinzu, dass sie den Segen der USA hatte.

Nach der Zerschlagung der UdSSR setzten nicht nur Deutschland, sondern vor allem die USA, aber auch die anderen imperialistischen Mächte auf den Prozess des endgültigen Ausverkaufs Russlands und seiner Reichtümer.

Anknüpfend an die widersprüchlichen Prozesse der inneren Entwicklung der Sowjetunion wurde durch die USA, die BRD (Kohl, Brandt, Genscher, Bahr) massiv eine Technik der gezielten Destabilisierung entwickelt und eingesetzt. Der bestimmende Einfluss wurde nicht nur in der Außenpolitik wirksam, sondern auf die konterrevolutionäre Entwicklung der gesamten Gesellschaft und der Erzeugung eines gelenkten Chaos durch Einflussnahme auf alle Bereiche der Gesellschaft, von der Bildung, den Medien, der Wissenschaft bis zu den wirtschaftlichen und politischen Prozessen. Alles wurde mit „liberalen“ Werten, Demokratie, Meinungsfreiheit usw. verschleierte.

Das Verhältnis Deutschlands zu Russland war von der Absicht bestimmt, die zwischenstaatlichen Beziehungen zu nutzen, um diese Prozesse zu fördern und zu sichern, den eigenen Einfluss darauf zu erhöhen und stabil zu halten, – auch in Konkurrenz mit den anderen imperialistischen Mächten – und so durchzusetzen, um mit Russland und auf das Potenzial Russlands gestützt, sich selbst als europäische Zentralmacht zu stabilisieren und den Weg zur Weltmacht abzuschließen. Dieser Denkansatz scheint irreparabel gescheitert, aber nicht aufgegeben zu sein!

Eine neue Etappe beginnt

Die zweite Etappe beginnt mit der Präsidentschaft von Putin. Ein erster Schnittpunkt wurde mit der Rede Putins vor dem Bundestag sichtbar. Sie widerspiegelte nicht nur die veränderten Bedingungen in der inneren Entwicklung Russlands, die immer deutlicher werden ließen, dass die Hoffnungen auf Privatisierung und kapitalistische Marktwirtschaft sich als illusionär erwiesen haben.

Die Schocktherapie war politisch und ökonomisch gescheitert. Nach der zerstörerischen Phase der Desowjetisierung ging es um Überwindung von Chaos und Wirren. Die konzeptionellen Voraussetzungen wurden durch Ministerpräsident Primakow geschaffen. Es kam zu einer relativen Stabilisierung und in der Außenpolitik zur Besinnung auf die eigenen Interessen.

Russland trat entschieden für Beziehungen auf der Grundlage des Völkerrechts und für eine führende Rolle

der UNO ein und praktizierte Pragmatismus bei der Behandlung konkreter Fragen. Am ernsthaften Wunsch zu guten Beziehungen zu Deutschland ließ man dabei keinen Zweifel aufkommen.

Unter diesen Bedingungen entwickelte Deutschland den Willen, an dieser Bereitschaft Russlands anzuknüpfen und die Beziehungen so zu gestalten, dass sie als Trumpf gegen die USA und andere Dritte einsetzbar sind. Priorität besaß nicht das Prinzip des gegenseitigen ökonomischen und politischen Vorteils, sondern einseitiger Positionsgewinn gegenüber Russland, gegenüber dem wieder aufstrebenden China und gegenüber den westlichen langjährigen Partnern Deutschlands, sprich USA und der Platz in der EU. Russland sollte als Vehikel deutscher Außenpolitik eingesetzt werden.

Weil sich Russland gegen diese internationale Politik wehrte und sich dabei erfolgreich und wirksam mit der VR China verbündete, der Einmischung der westlichen Mächte in die inneren Angelegenheiten zunehmend und mit Erfolg Hürden entgegengesetzte, verschlechterte sich das Klima und auch die Substanz der Beziehungen Deutschlands zu Russland, vor allem im Bereich der politischen und nicht-ökonomischen Beziehungen.

Von wesentlicher Bedeutung war das aggressive Verhalten der USA, Deutschlands, Frankreichs und Polens gegenüber der Ukraine und der Missbrauch der Ukraine als Stoßkeil im Kampf gegen Russland. Die Abkühlung wurde zur Entfremdung und wirkt offensichtlich als langfristiger Störungsfaktor.

In diesem Zusammenhang wird Deutschland nicht nur als ein Teil des kollektiven Vorgehens gegen Russland wirksam, sondern tritt zunehmend als Vormann und Koordinator der anti-russischen Sanktionspolitik in der EU auf, um einen Kurswechsel in der russischen Außenpolitik zu erreichen und diesen erneut auch auf die Innenpolitik Russlands zu übertragen. Deutschland verfolgt also mit seiner Politik gegenüber Russland nicht nur Interessen der USA!

Zur Rechtfertigung der destruktiven, von zunehmender Konkurrenz getragenen Haltung Deutschlands gegenüber Russland wurden dann die Propagandabilder vom Gegner und sogar vom Feind entwickelt, denn die Behauptung einer Partnerschaft deckte die tatsächlichen Ziele und Schritte der Politik nicht mehr. Im Interesse der erhöhten Wirksamkeit gegenüber Russland und China wurde durch die deutsche Regierung demonstrativ die Einbettung der eigenen Politik in die Verfolgung der allgemeinen Ziele des „westlichen Lagers“ herausgestellt.

Man war bestrebt, die ökonomisch vorteilhaften Beziehungen zu behalten und sogar auszubauen und gleichzeitig die Politik der Sanktionen gegenüber Russland zu praktizieren, Russland ökonomisch zu schädigen. Gleichzeitig wurde das Schüren von Russophobie und antirussischer Propaganda verstärkt und auf dieser Grundlage die „wertgeleitete“ Politik gegenüber Russland propagiert und praktiziert.



Die deutsche Bundeskanzlerin und der russische Präsident

Triumvirat von Politik, Wirtschaft und Militär entwickelt gemeinsames Konzept

Nach 2010 bis 2012 hat auch die Ausarbeitung einer relativ komplexen außenpolitischen Konzeption der BRD einen gewissen Reifepunkt erreicht. Sie findet vor allem in dem Dokument „Neue Macht – neue Verantwortung“ und in den Leitlinien bzw. Weißbüchern der Bundeswehr ihren Niederschlag.

Bezeichnend ist, dass dieser Prozess nicht von der Regierung gestaltet wurde. Er wurde von der Generalität eingeleitet und inhaltlich ausgerichtet. Militarisierung der Außenpolitik findet also nicht nur durch direkten Einsatz der militärischen Macht anderen gegenüber statt, sondern im aktiven Einwirken auf die außenpolitische Konzeption!

Das erste Weißbuch (Leitlinien) wurde 1969 vorgelegt. Darin heißt es, der Feind, der Deutschland und die NATO bedrohe, das seien „die politischen Absichten der Sowjetunion ... und die offensive Struktur ihrer Streitkräfte“.

Bis einschließlich 1985 wurde eine Fortschreibung des Weißbuches alle zwei bis drei Jahre vorgelegt, die die veränderte Lage erfasste. Die Grundausagen blieben aber erhalten.

Nach dem Abzug der russischen Truppen aus Deutschland wurde 1994 das erste Weißbuch nach der Einverleibung der DDR veröffentlicht. Darin wird direkt darauf hingewiesen, dass die Politik Deutschlands von Interessen geleitet wird. Und schon im Weißbuch von 2006 kommt die Generalität noch vor Bundespräsidenten (Köhler und Gauck) und Außenminister (Steinmeier) zu der Schlussfolgerung, dass „mit dem Wandel der Bedrohungen ... sich der sicherheitspolitische Wert des Militärs verändert“ hat. Russland wird nach der Jelzin-Zeit noch als „Partner“ eingestuft, der einen „besonderen Rang“ habe. Aber schon im nächsten Weißbuch der Bundeswehr (2016) gelangen die Militärs zu der Feststellung, dass Russland „die europäische Ordnung in Frage“ stellt. Jetzt ist Russland als „Rivale“ eingestuft. Die Verdrängung der Elemente

der Kooperation durch zunehmende Konfrontation wird fortgeführt!

Im inhaltlichen und zeitlichen Gleichklang damit wird 2013 eine strategische Studie „Neue Macht – Neue Verantwortung“, von der Stiftung Wissenschaft und Politik und vom German Marshall Fund erarbeitet, die vom Auswärtigen Amt finanziert wurde. Daran waren außer Fachleuten aus Wissenschaft und Politik auch Vertreter aller damals im Bundestag vertretenen Parteien, Vertreter aus der Wirtschaft, der Bundeswehr, von sogenannten Denkfabriken, von Medien und NGOs beteiligt.

Darin wird von „deutschen Werten“, aber auch von „deutschen Interessen“ gesprochen, die jetzt der deutschen Außenpolitik zugrunde liegen. Unter deutscher Wertepolitik versteht man: „Diese Ziele (Menschenwürde, bürgerliche Freiheiten, Partizipation und Rechtsstaatlichkeit) auch in anderen Staaten zu unterstützen, entspricht daher Deutschlands Werten ebenso wie seinen strategischen Interessen.“ Davon ausgehend unterteilt sie die anderen Staaten in Partner, Herausforderer und Störer. Russland wird mit China, Brasilien, Indien, Südafrika (also BRICS) in die Kategorie „Herausforderer“ eingestuft. Gegenüber diesen Staaten wird die Aufgabe gestellt: „Deutsche Außenpolitik muss Herausforderer entweder einbinden, indem es sie zu konstruktivem Handeln bewegt, oder sie einhegen, indem es sie in ihrem Handlungsspielraum einengt.“

Dieses Konzept hat auch den Zuspriech des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). In seinen „10 Thesen zur Globalisierung“, die auch in dieser Zeit (Mai 2013) veröffentlicht wurden, spricht dieser davon, dass „die weltweite wirtschaftliche Verflechtung (...) zu den wichtigsten wirtschaftlichen Erfolgsstrategien Deutschlands (gehört)“. „Internationale Wirtschafts- und Finanzkrisen und zunehmender Protektionismus haben allerdings deutlich gemacht, dass die Globalisierung aktiv gestaltet werden muss.“ Der BDI fordert „eine freiheitliche internationale Ordnungspolitik“. „Die weltweite Zunahme von

Direktinvestitionen sowie der Handel mit Waren und Dienstleistungen machen eine globale Ordnungspolitik unverzichtbar.“ Der BDI fordert direkt zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder auf, wenn er feststellt: „Die sicherheitspolitische Rückendeckung von Handel und Investitionen muss einhergehen mit dem Aufbau von Institutionen und Rechtsstaatlichkeit in anderen Ländern.“ Das gilt generell – auch gegenüber Russland.

Wir haben es in der Zeit um 2013 (nach der Krise) mit einer massiven und breiten Beschäftigung der Politik, des Militärs und der Wirtschaft mit der Ausrichtung der Außenpolitik der BRD zu tun. Es zeigt sich dabei, dass die Rückkehr der Außenpolitik der BRD zur „Normalität“ nicht nur von einer politischen Elite getragen wird. Dahinter stehen die Ziele und Interessen des deutschen und mit ihm verbundenen internationalen Kapitals.

Das Triumvirat aus Wirtschaft, Politik und Militär tritt wieder offen und bestimmend bei der Bestimmung der außenpolitischen Ausrichtung der BRD auf.

Dabei ist auch beachtenswert, dass die Aufgabe der Friedenserhaltung und der gleichberechtigten Zusammenarbeit der Staaten und Völker, die Grundnormen des allgemein-demokratischen Völkerrechts sowie die Nutzung der UNO immer weniger bei der Bestimmung der Ziele und Richtungen dieser Außenpolitik und bei ihrer Umsetzung berücksichtigt werden. Dafür wird erneut das Militär zum legitimen Instrument der Politik bei der Durchsetzung der außenpolitischen Ziele und Interessen erklärt. Die Militarisierung wird zu einem wichtigen Feld auch im Bereich der Außenpolitik. Es geht darum, eine „neue Weltordnung“ zu schaffen, in der Deutschland zunehmend als Bestimmender Faktor agieren kann. Die „deutsche Frage“ ist zurückgekehrt!

Nach 30 Jahren des Irrwegs ist es für alle Linken höchste Zeit, eine eigene Politik der Vernunft zu entwickeln, die den Interessen der Bürger dieses Landes entspricht und Frieden und Sicherheit für die Völker schafft!

Zeit der Riesen

Raffael war einer der großen Künstler der Renaissance • Von Jenny Farrell

Der italienische Maler und Architekt Raffaello Sanzio da Urbino, bekannt unter dem Kurznamen Raffael, starb vor 500 Jahren, am 6. April 1520. Er lebte in der Zeit der Hochrenaissance, einer der fortschrittlichsten Perioden der Geschichte – wie Friedrich Engels in seiner „Dialektik der Natur“ schrieb: „Es war die größte progressive Umwälzung, die die Menschheit bis dahin erlebt hatte, eine Zeit, die Riesen brachte und Riesen zeugte, Riesen an Denkkraft, Leidenschaft und Charakter, an Vielseitigkeit und Gelehrsamkeit.“ Die Hochrenaissance 1500 bis 1530 war ein Höhepunkt für die bildenden Künste. Selbst in den Wirren der italienischen Kriege von 1494 bis 1559 verlor die Kunst nicht an Bedeutung. Florenz, die Kulturmetropole der Medici ab 1450, wurde erst im 16. Jahrhundert von Rom abgelöst. Als die Kunst der Renaissance ihren Höhepunkt erreichte, begann der wirtschaftliche Niedergang Italiens. Das Bürgertum zog sich in das Bankwesen und den Wucher zurück, investierte sein Kapital in Land. Dies führte schließlich zu einer Wiederbelebung feudaler Verhältnisse in Italien und der entstehende Absolutismus löste die Zeit der Stadt-Republiken ab.

Die fortschrittlichen Denker und Künstler des 16. Jahrhunderts blieben jedoch alle der Verteidigung des Volkes verpflichtet. Ihre Werke erschienen in der Volkssprache und betonten nationale und demokratische Ideale. Dies machte die italienische Hochrenaissance zu einem bedeutenden und beispiellosen Ereignis.

Raffael wurde 1483 in Urbino geboren. Mit 17 Jahren begann er seine Lehre in der Werkstatt von Perugino, einem bekannten Maler seiner Zeit. Hier lernte er erstmals, psychologische Feinheit Ausdruck zu verleihen, die mit der Entdeckung der Menschen als diesseitige Individuen durch die Renaissance entsteht.

Von 1504 bis 1508 arbeitete Raffael in Florenz. Als Raffaels Ruhm sich ausbreitete, rief ihn Papst Julius II. nach Rom. Michelangelo malte zu dieser Zeit die Decke der Sixtinischen Kapelle und Leonardo war auf dem Höhepunkt seines Schaffens. Leonardo und Michelangelo hatten die Anatomie des menschlichen Körpers und seine Bewegungen studiert, was ihre Kompositionen aus der Aktion und Interaktion von lebenden Körpern und bewegten Gesichtern informierte.

So ging Raffael also nach Rom auf Geheiß von Julius II., genannt „il papa terribile“. Während der Renaissance waren die Päpste nicht nur kirchliche Führer, sondern auch Fürsten römischer Territorien. Julius nahm persönlich an Feldzügen teil und erklärte, dass er den Geruch von Schießpulver dem von Weihrauch vorzog. Darüber hinaus versuchte er, prachtvolle Gebäude zu errichten, als Zeugnis seiner Macht und der Kirche. 1509 beauftragte er Raffael, einige Räume des Vatikans mit monumentalen Fresken an Decken und Wänden zu dekorieren. Am berühmtesten wurde die „Stanza della segnatura“.

Die Schule von Athen

Das berühmte Fresko „Schule von Athen“ ist in einer großen architektonischen Illusion angesiedelt und stellt eine ganz und gar männliche Antike dar. Obwohl es sich um ein Auftragswerk des Papstes handelt, gibt es keine modernen, christlichen Denker. Viele der Figuren, die verschiedenen Zeitaltern angehörten, werden zusammen als Teil der Athener Schule gezeigt. Die beiden Hauptfiguren des Werkes, die im Fluchtpunkt des Freskos zentriert sind, stellen zwei Schulen dar: Platon, dem Raffael die Gesichtszüge Leonards gibt, weist nach oben in den Bereich der Ideen, sein Schüler Aristoteles zeigt auf irdische, körperliche Erfahrung. Beide Philosophen halten ihr Buch in Händen, das ihr Denken repräsentiert: Platon den „Timaios“, Aristoteles seine „Ethik“, beides im modernen Einband der Zeit Raffaels. Ihre Kleidung unterstreicht ihre Posi-

tion: Platon ist in die Farben von Luft und Feuer gekleidet, Aristoteles in die von Erde und Wasser. Das Gemälde teilt sich entlang dieser Linien in zwei Hälften. Philosophen,



„Schule von Athen“

Dichter und Denker auf der Seite Platons, Physiker, Wissenschaftler und empirische Denker versammeln sich auf der Seite von Aristoteles.

Auf der linken Seite sieht man neben Platon den griechischen Philosophen Sokrates mit seiner markanten Nase im Gespräch mit den Athenern. Sokrates hat sein philosophisches Denken bekanntlich im Dialog mit anderen entwickelt. Er war Platons Lehrer. Alexander der Große, König von Mazedonien und Schüler von Aristoteles, wird gezeigt, wie er Sokrates aufmerksam zuhört, der die Argumente an seinen Fingern aufzählt. Im Vordergrund sitzt Pythagoras, der vor Sokrates lebte, mit einem Buch und einem Tintenfass, umgeben von Schülern. Epikur hingegen, der später lebte, ist der mollige Mann mit einer Krone aus Weinblättern. Er lehrte, dass das Glück im Vergnügen liegt, das aus der Freiheit von Angst und Schmerz hervorgeht.

Diogenes, der Zyniker, der von der Nächstenliebe lebte, liegt glücklich auf den Stufen mit seiner Trinkschale, wobei sein Körper auf die aristotelische Seite des Bildes weist. Rechts vorne erscheint

Euklid, der die Gesetze der Geometrie mit einem Kompass erklärt. Er demonstriert die Messbarkeit konkreter Dinge; darum ist er auf Aristoteles Seite dargestellt. Sein Gesicht ist dem großen Architekten Bramante, einem Freund Raffaels, nachempfunden. Bramantes Entwurf des Petersdoms basiert auf einem geometrischen Muster aus Kreisen und Quadraten. Raffael wurde nach Bramantes Tod 1514 mit der Fertigstellung dieses Gebäudes betraut, dem größten westlichen kirchlichen Bauprojekt. Interessanterweise gestattete der Papst deutschen Dominikanern den Ablasshandel, um zu seiner Finanzierung beizutragen, was wiederum entscheidend zur Reformation von 1517 beitrug.

Auch die klassischen Statuen auf beiden Seiten des Bildes verstärken die beiden Philosophien. Auf Platons Seite haben wir Apollon, den Gott der Sonne, der Poesie und der Musik; Athene auf Aristoteles' Seite ist die Göttin der Weisheit, der Medizin, des Handels, des Handwerks, der Künste im Allgemeinen und später des Krieges – eher irdische Anliegen.

Der Vordergrund ist weniger bevölkert als der Rest des Gemäldes und macht Platz für die beiden Philosophen. Zwei Figuren sind hier jedoch isoliert platziert, Diogenes

und Heraklit, letzterer der erste große europäische Dialektiker in der Kleidung eines Steinmetzes. Raffael scheint ihm die Züge Michelangelos verliehen zu haben.

Der große Mathematiker und Astronom Ptolemäus im gelben Gewand hält einen Globus in der Hand. Ihm gegenüber steht der Perser Zarathustra mit einer Himmelskugel. Der junge Mann, der zwischen diesen Wissenschaftlern steht und als einzige Figur den Betrachter direkt anschaut, ist Raffael selbst. Dieses Selbstporträt in ein Werk von solcher Geistesgeschichte einzubauen, war für den Künstler eine selbstbewusste Haltung. Sich selbst und die Porträts einiger seiner zeitgenössischen Künstler in diesem Fresko zusammen mit den größten Denkern der europäischen Geschichte einzureihen, unterstreicht die Bedeutung der Kunst in der Hochrenaissance.

Die Sixtinische Madonna

Raffael ist einer der großen Entdecker des Weiblichen in der Malerei. Seine lebenslange Beschäftigung mit der Madonna führte ihn zum Thema menschlicher Mutterliebe, man könnte sogar sagen, dass die alten Mutterkulte in diesem Thema weiterleben. Um 1512/1513 schuf er seine drei großen Marienaltäre, darunter die „Sixtinische Madonna“. Neben den Fresken des Vatikans gilt die „Sixtinische Madonna“ (1512/1513) als Hauptwerk Raffaels. In diesem Werk setzt Raffael seine Bemühungen fort, Maria mütterlicher und menschlicher erscheinen zu lassen. Als Vorbild wird Margherita Luti, Tochter eines römischen Bäckers, angenommen. Margherita war in den letzten zwölf Jahren seines Lebens die Geliebte Raffaels.

Ihre Person drückt eine Tiefe aus, die in keiner anderen Madonna Raffaels zu finden ist. Sie kommt barfuß und trägt ihr Kind wie eine Bäuerin. Ihr linker und sein rechter Arm sowie ihr fließender Schleier bilden einen Schutzkreis um das Kind. Der ängstliche Gesichtsausdruck der Mutter wird vom Kind aufgegriffen, das sich an sie schmiegt. Es ist eine zutiefst menschliche und diesseitige Darstellung. Die beiden Engel am unteren Bildrand scheinen den himmlischen Heerscharen im Hintergrund entkommen zu sein, sehen aber auch überaus menschlich aus. Die sehr originelle Schar geisterhafter Engelsgesichter, die den Hintergrund bevölkern, tragen zum Vorwärtsdrang der Madonna bei, die direkt aus dem Bild herauszugehen scheint.

Raffael starb an seinem Geburtstag im Alter von nur 37 Jahren am 6. April 1520 nach acht Tagen Krankheit an einer Lungenentzündung und wurde am folgenden Tag im Pantheon begraben.



Die Sixtinische Madonna

Kultursplitter

Nicht durchdacht

Die Soforthilfen für freie Künstlerinnen und Künstler unterscheiden sich von Bundesland zu Bundesland erheblich. Während in Berlin recht unkompliziert ausgezahlt wird, sorgen sich Betroffene in Hessen oder Sachsen um ihre Zukunft. Es gibt aus Nordrhein-Westfalen erste Meldungen, dass tatsächlich schon echte Euros auf dem Konto angekommen sind und dass es vergleichsweise schnell zu gehen scheint. Auch in Berlin sind bereits über 1,4 Milliarden Euro an Freie aller Sparten ausgezahlt worden. Zwei Milliarden aus Bundesmitteln werden bald folgen.

In Hessen sieht es leider anders aus: Die angebotenen Finanzhilfen führen zu dem Problem, dass wichtige Einnahmeverluste dort nicht geltend gemacht werden können. Es ist ja so, dass vor allem Betriebsausgaben dort eingereicht werden können. Aber das größte Problem sind ja Einnahmeausfälle, die sie haben: weil Zuschauerereinnahmen fehlen, Gastspiele abgesagt wurden, Auftritte abgesagt wurden. Das ist das Geld, das eigentlich fehlt, und die entstandenen Verluste können leider nicht geltend gemacht werden. Und viele Solokünstler oder kleine Künstlergruppen wie eine Freie Theatergruppe oder ein Kammerensemble haben kaum Betriebsausgaben, sie proben oft in Privaträumen oder mieten gezielt vor einem neuen Programm einen Raum, betriebliche Kosten sind da weniger das Problem, sondern tatsächlich die fehlenden Gagen und Einnahmen.

Immerhin

Beim Amt für Kultur und Denkmalschutz der Stadt Dresden können Künstlerinnen und Künstler unter dem Hashtag #stayathomeandbecreative eigene Clips ihrer kreativen Arbeit zu Hause hochladen, die dann auf den Social-Media-Kanälen von Dresden gezeigt und natürlich auch honoriert werden. Auch die Stadt Heidelberg geht mit ihrem Programm „Solo Fantastico“ einen ähnlichen Weg. Es gibt bestimmt noch mehr guter, kleiner Ideen in einzelnen Kommunen und Regionen, aber das sind natürlich keine grundsätzlich wirkungsvollen Maßnahmen, die den „Artisten in der Zirkuskuppel“ nicht mehr länger ratlos machen. Es muss die politische Konsequenz sein, zu fordern: Man muss Kultur längerfristig fördern, weil man genau sieht, wie extrem anfällig ein System für Krisen wird. Es müssen Förderungen gestaltet werden, die nicht immer sofort eine Produktion, ein Endergebnis haben müssen, die mittelfristiger ausgelegt sind.

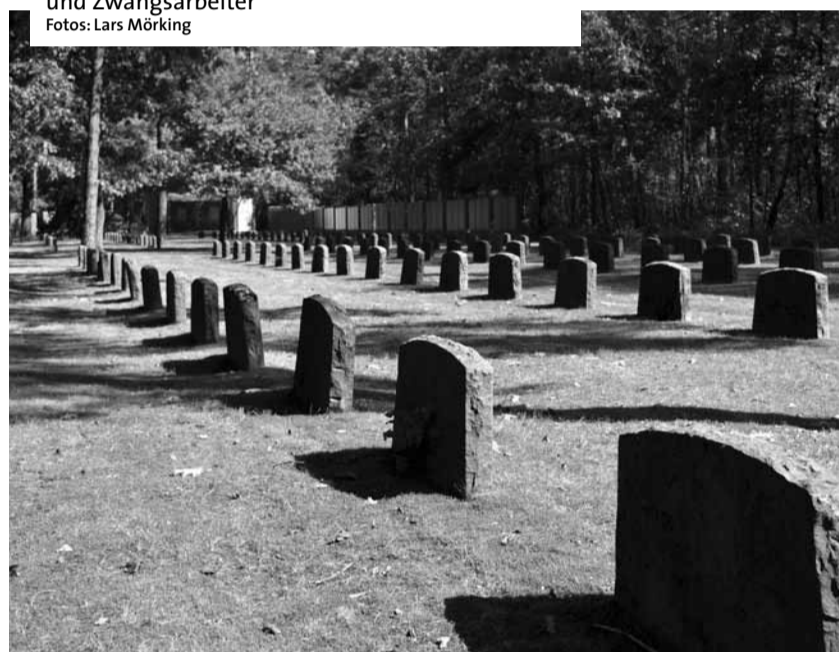
Verzweifelt

„Bild“, das Revolverblatt des Axel-Springer-Konzerns, hat für sein lineares Livestream-Angebot „Bild Digital Live TV“ die ersehnte Rundfunklizenz bekommen. Man hatte sich im Konzern lange Zeit gelassen, Marktanteile verloren und versucht nun, wieder Anschluss zu bekommen. Ein wirkliches „Schmuckstück“, besser gesagt Schmutzstück ist das Format „Hier spricht das Volk“, moderiert vom unsäglichen Chefredakteur Julian Reichelt. Sehr plakativ und dummdreist versucht der Mann fürs Grobe, mit den klassischen „Bild“-Schlagzeilen Stimmung zu machen. Beispiel Klimadebatte: Nach Reichelt seien die Deutschen doch die Dummen, weil sie versuchten, alles Mögliche zu tun oder zu unterlassen, während die ganze Welt über sie lachte. Seit 2014 agiert das Unternehmen als eine Europäische Aktiengesellschaft (Societas Europaea/SE), im letzten Sommer begann dann der Verkauf der Anteile an eine US-amerikanische Heuschrecke. Diese plant, das Medienunternehmen „umzustrukturieren“ und nach einigen Jahren seine Anteile gewinnbringend wieder zu verkaufen. Für den Konzern ist wichtig, dass mehr als 6 Milliarden Euro durch die Übernahme an liquiden Mitteln in die Kasse flossen, um sich überhaupt noch am Markt zu behaupten und um sich solche Allüren wie die des Herrn Reichelt leisten zu können.

Herbert Becker



Die Gräber der ermordeten Sowjetischen Soldaten und Zwangsarbeiter
Fotos: Lars Mörking



Zum 75. Jahrestag der Befreiung des Stalag 326 VI/K Stukenbrock am 2. April 2020

Am 2. April 1945 erreichten die Soldaten der US-Armee das „Stalag 326 VI/K“ in Stukenbrock. Rund 10.000 sowjetische Kriegsgefangene wurden von ihnen aus der Versklavung befreit. Mit ihrer Befreiung fanden auch die grausame Nazi-Herrschaft und der 2. Weltkrieg in Ostwestfalen-Lippe ihr Ende.

Über 50 Millionen Menschen fanden in diesem von Deutschland begonnen Krieg den Tod, darunter rund 27 Millionen sowjetische Menschen. Zu ihnen gehören auch die 65.000 Gefangenen, die im Lager Stukenbrock elend zugrunde gingen. Maßloses Elend, Flucht und die Zerstörung ganzer Städte und Dörfer waren das Ergebnis diese Kriege.

Im Aufruf der Gedenkstätte Buchenwald zum 75. Jahrestag der Befreiung dieses Konzentrationslagers wird, bezogen auf die aktuelle Lage in 2020, gefragt: „Endlich alles vorbei?“

Dazu sagen wir:

Der jüngste neofaschistische Anschlag in Hanau zeigt, dass die Gefahren für die Demokratie durch Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus nicht vorbei sind.

Gegenwärtig beginnt an der Westgrenze Russlands ein NATO-Großmanöver unter der Bezeichnung „DEFENDER Europe 2020“ mit 37.000 Soldaten. Deutsche Soldaten sind auch daran beteiligt. Wieder wird der „Feind“ im Osten ausgemacht.

Kriege begannen immer mit Lügen, Hetze und Verachtung anderer Menschen.

Wir fragen:

Warum wurde nach den furchtbaren Erfahrungen aus dem 2. Weltkrieg und dem Leid, das durch deutsche Schuld den Menschen Russlands zugefügt wurde, die Freundschaft zu den Menschen in Russland und den Staaten der ehemaligen UdSSR nicht zu einer Staatsdoktrin unseres Landes, wie das nach den Morden an sechs Millionen Juden durch Deutsche im Falle Israels zu Recht geschah?

Warum dürfen Neonazis frei durch unsere Städte marschieren und ihren Hass verbreiten, wie das u.a. am 9. November 2019 in Bielefeld mit Hilfe eines Gerichtsbeschlusses geschah?

Warum war es möglich, dass, wie im Thüringer Landtag geschehen, durch die Zusammenarbeit von CDU- und FDP- Abgeordneten mit Hilfe der von einem Faschisten geführten AFD ein Ministerpräsident gewählt werden konnte?

Der 2. April 2020 und besonders der 8. Mai, der Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus, sollten uns allen, vor allem von den Verantwortlichen in der Politik und der Wirtschaft, Anlass sein zu erhöhter Wachsamkeit.

Wir setzen uns dafür ein, dass der 8. Mai bundesweit zu einem gesetzlichen Feiertag wird. Der Frieden und die Demokratie sind heute nicht sicher!

Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock e.V.
28. März 2020

Das Ende der Versklavung

Am 2. April 1945 befreiten Einheiten der US-Armee das Zwangsarbeiter- und Gefangenenlager Stukenbrock



1945: Einweihung des Mahnmals in Stukenbrock

Erlebte Vergangenheit

Prof. Dr. Wladimir Naumow aus Moskau erinnert sich an seine Zeit als Kindersklave in Stukenbrock

Hunderttausende in Konzentrationslager verschleppte minderjährige Gefangene des Faschismus liegen in deutscher Erde begraben, sind zu Staub und Asche geworden. Viele von ihnen, die die faschistische Barbarei überlebt haben und in die Heimat zurückkehren konnten, möchten sich nicht an das Erlebte, an die ertragenen Leiden erinnern und setzen alles daran, diese schrecklichen Seiten aus ihrem Gedächtnis zu streichen. Andere aber bemühen sich wieder im Gegenteil darum, ihre Erinnerungen wach zu halten und sich auf diesem Wege teilweise von der schweren Last der Erinnerung zu befreien. Aber weder den einen noch den anderen gelingt es, seine Erinnerungen an das Erlebte zu löschen. Das ist eine ständige schwere Last, zu der die Kriegskinder, die ehemaligen minderjährigen Gefangenen des Faschismus, verurteilt sind. ...

Im Sommer 1943 näherte sich Smolensk die Front erneut. Die Deutschen bereiteten sich auf die Verteidigung vor: Schützengräben wurden ausgehoben, Unterstände gegraben, große Panzerabwehranlagen, die in der Nähe unserer Hütte verliefen, gebaut. Reste dieser Panzergräben kann man bis auf den heutigen Tag finden. Eines Tages, um die zwanziger Septembertage herum, abends gegen sechs Uhr, verlas der Dorfbewohner den Befehl der deutschen Militärverwaltung, dass alle Dorfbewohner das Dorf bis 12 Uhr des nächsten Tages zu verlassen hätten. ...

Wir wurden durch das brennende Smolensk gejagt. Bevor die Faschisten die Stadt verließen, sprengten sie Häuser und Industrieobjekte in die Luft. Zu Fuß trieb man uns von Smolensk nach Borisow bei Minsk, wo wir das erste Mal in einem Stacheldrahtlager eingesperrt wurden. Von dort aus ging es in Viehwagen nach Deutschland. Smolensk wurde zwei Tage nach unserer Vertreibung, am 25. September 1943, befreit.

Aus dem Durchgangslager in Soest, das die Rolle eines Sklavenmarktes übernommen hatte, wurde unsere und noch zwei Familien aus unserer Gegend als Ostarbeiter in die Textilfabrik Bleiche AG nach Brackwede, einem Industrievorort von Bielefeld, verlegt. Auf dem Fabrikgelände befand sich auch ein Lager für sowjetische Kriegsgefangene, eine Filiale, oder, wie gesagt wurde, ein Arbeitskommando des Basislagers Stalag 326, eines der größten Kriegsgefangenenlager in Deutschland. Ein Teil dieser Kriegsgefangenen arbeitete mit

uns in der Fabrik. So führte uns unser Schicksal erneut mit unseren Soldaten, den Kriegsgefangenen, zusammen, die übrigens auch bei Smolensk gekämpft hatten. ...

Die Gefangenen und die Ostarbeiter mussten in zwei Schichten arbeiten, zwölf Stunden Tagschicht und zwölf Stunden Nachtschicht, was wöchentlich wechselte. Für mich, als dem jüngsten Arbeiter, ich war damals 11 Jahre alt, wurde eine Ausnahme gemacht. Ich musste nur tagsüber und zwei Stunden weniger als die Erwachsenen arbeiten, der dreizehnjährige Viktor aber wurde als Erwachsener behandelt und musste im Zweischichtsystem schuften. Die einfachen deutschen Fabrikarbeiter, im Wesentlichen ältere Männer und Frauen, verhielten sich uns gegenüber mit Mitgefühl. Ihre Söhne und Männer waren an der Front und viele von ihnen waren gefallen. ...

Am 2. April 1945 nahmen amerikanische Truppen Brackwede ein, nach einem kurzen, eher symbolischen Kampf. Den Amerikanern standen die letzten militärischen Reserven des Führers, der sogenannte Volkssturm, gegenüber. Es waren im Wesentlichen ältere deutsche Männer, Einwohner aus der Umgebung, bewaffnet mit Panzerfäusten und einkalibrigen Raketengeschossen. Nachdem sie diese abgeschossen hatten, verschwanden sie in ihren Häusern. So kam die Befreiung zu uns. ...

Am 2. Mai 1945, kurz vor dem Tag des Sieges, als die Kämpfe um Berlin noch tobten, fand in Anwesenheit tausender ehemaliger Gefangener und „Ostarbeiter“, unter denen sich auch der Autor dieser Zeilen befand, die feierliche Eröffnung des Monuments und des Memorials in Stukenbrock statt. Ich erinnere mich noch gut an die feierliche Zeremonie am Monument, an die Reden der ehemaligen Gefangenen des Stalag und der Vertreter der amerikanischen Heerführung, den zeremoniellen Aufmarsch der amerikanischen Soldaten und die Salutschüsse zur Erinnerung an die sowjetischen Soldaten, die in der Erde von Stukenbrock ruhen. ...

Wir, die wir den Krieg überlebt haben, sind eine abtretende Generation. Wir müssen aber nicht nur an die Vergangenheit, sondern auch an die Zukunft, an die Zukunft unserer Enkel denken. ...

Übersetzung: Walborg Schröder



Gedenkveranstaltung September 2015: Wladimir Naumov mit seinem Enkel Wanja bei der Kranzniederlegung am Obelisk
Foto: Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock

Aufmarsch in Ostasien

Defender Pacific: Großmanöver gegen China • Von Jürgen Wagner

Als US-Verteidigungsminister Mark Esper im Februar seinen Auftritt bei der Münchner Sicherheitskonferenz hinlegte, ließ er wenig Zweifel aufkommen, wo das Pentagon derzeit seine Prioritäten und Gegner sieht: „Wir befinden uns nun in einer Epoche der Großmacht Konkurrenz“; stellte er nüchtern fest, um danach zu präzisieren, wer hier mit wem im Clinch liegt: „Unsere wichtigsten Herausforderer (sind) erst China und dann Russland.“

Weil das Militär auf mögliche Kriege mit diesen Großmächten vorbereitet sein will, wurde Russland dieses Jahr bereits mit dem Großmanöver „Defender Europe 2020“ bedacht, das coronabedingt allerdings nur in einer abgespeckten Variante über die Bühne gehen konnte. Im Herbst soll dann das gegen China gerichtete Pendant „Defender Pacific 2020“ stattfinden, mit dem die USA ihre Machtansprüche in Ostasien untermauern wollen. Derlei Großübungen und das damit einhergehende Säbelrasseln, das dazu beiträgt, aus der vielbeschworenen Großmacht Konkurrenz eine selbsterfüllende Prophezeiung zu machen, sollen künftig zur Normalität gehören. Nach gegenwärtigen Planungen sollen Defender Europe und Defender Pacific künftig jährlich abgehalten werden.

Verschärfte Großmacht Konkurrenz

Ganz neu ist Washingtons jüngste China-Obsession nicht: Sie nahm spätestens mit dem Artikel „America’s Pacific Century“ ihren Lauf, den die damalige Außenministerin Hillary Clinton überaus öffentlichkeitswirksam im Oktober 2011 in „Foreign Policy“ veröffentlicht hatte. Erste Schritte wurden bereits im selben Jahr eingeleitet, darunter die Ankündigung, vier zusätzliche Kriegsschiffe dauerhaft nach Singapur verlegen, den Militärstützpunkt auf Guam für einen zweistelligen Milliardenbetrag ausbauen und im australischen Darwin 2.500 Soldaten sowie B-52-Langstreckenbomber stationieren zu wollen. Vor allem aber wurde angekündigt, das bisherige Truppenverhältnis Atlantik-Pazifik von 50:50 perspektivisch auf 40:60 Richtung Ostasien verschieben zu wollen. Im Januar 2012 wurde dann das Dokument „Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense“ veröffentlicht, mit dem die Regierung von Barack Obama auch offiziell die militärische Schwerpunktverlagerung nach Asien einleitete. Darin hieß es kurz und knapp: „Wir werden uns aus purer Notwendigkeit auf die asiatisch-pazifische Region ausrichten.“

Auch wenn es sich bereits hier um eine deutliche Akzentverschiebung handelte, ging Obamas Nachfolger Donald Trump noch einmal auf eine ganz andere Art in die Offensive, indem die Vorbereitung auf militärische Auseinandersetzungen mit China und Russland ins Zentrum der Pentagon-Strategie gerückt wurde. Dies nahm seinen Anfang mit der Ende 2017 veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS), in der es hieß: „China und Russland fordern Amerikas Macht, seinen Einfluss und seine Interessen heraus und versuchen Amerikas Sicherheit und Wohlstand zu untergraben. (...) Unsere Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass die militärische Überlegenheit der USA weiterbesteht. (...) Wir werden den Frieden durch Stärke wahren, indem wir unser Militär neu aufstellen, damit es vorherrschend bleibt, unsere Feinde abschreckt und, sofern erforderlich, in der Lage ist, zu kämpfen und zu siegen.“

Daran knüpften dann die im Folgejahr veröffentlichte Nationale Militärstrategie (NMS) und die Nationale Verteidigungsstrategie (NVS) an. In der NVS klang dies zum Beispiel dann so: „Der langfristige strategische Konkurrenzkampf mit China und Russland ist die wichtigste Priorität für das Ver-



U.S. Navy photo by Mass Communication Specialist 3rd Class Vance Hand/Released

Und los geht's Richtung China: Das Manöver „Defender Pacific“ probt den Krieg gegen die Volksrepublik.

teidigungsministerium, was sowohl höhere als auch nachhaltigere Investitionen erfordert.“

Konkret mit Bezug auf China heißt es dann in der Verteidigungsstrategie weiter: „China nutzt militärische Modernisierungsprogramme, verdeckte Beeinflussungsoperationen und räuberische Wirtschaftspraktiken, um seine Nachbarn dazu zu zwingen, die indopazifische Region zu seinen Gunsten neu zu gestalten. Während sich Chinas wirtschaftlicher und militärischer Aufstieg durch die Anwendung von Macht im Rahmen einer langfristigen gesamtstaatlichen Strategie fortsetzt, wird es mit seinem militärischen Modernisierungsprogramm fortfahren, das darauf abzielt, kurzfristig die regionale Vorherrschaft und die Verdrängung der Vereinigten Staaten im Indo-Pazifik zu erreichen, um langfristig die globale Vorherrschaft zu erringen.“

In gewisser Weise ist das ein alter Hut, schon die „Defense Planning Guidance“ Anfang der 1990er enthielt ähnliche Forderungen nach der „Verteidigung“ der US-Hegemonie. Damals hieß es in der Pentagon-Richtlinie: „Unser erstes Ziel ist, den (Wieder-) Aufstieg eines neuen Rivalen zu verhindern, sei es auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion oder anderswo, der eine Bedrohung der Größenordnung darstellt wie früher die Sowjetunion. Das ist eine beherrschende Überlegung, die der neuen Verteidigungsstrategie für die Region zugrunde liegt. Dies erfordert, dass wir versuchen müssen zu verhindern, dass irgendeine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen – unter gefestigter Kontrolle – ausreichen würden, eine Weltmachtposition zu schaffen. Zu diesen Regionen gehören Westeuropa, Ostasien, die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion und Südwestasien.“

Von da ab bestimmte das Ziel, die US-Vormachtstellung um jeden Preis zu erhalten, die Politik jeder folgenden US-Regierung, egal ob der unter Clinton, Bush II oder Obama, und selbstredend auch der von Trump. Dass China dabei in den letzten Jahren immer größere Aufmerksamkeit erfährt, ist in sich nachvollziehbar: Sein spektakulärer machtpolitischer Aufstieg macht das Land zu genau dem Rivalen, den die USA seit Anfang der 1990er niederhalten wollen – und die indopazifische Region droht dabei aus Sicht der USA zum Sprungbrett zu werden, über das

sie vom machtpolitischen Thron gestoßen werden könnten.

Defender Pacific: Aufmarsch in Ostasien

Auf der Nationalen Verteidigungsstrategie bauen dann wiederum spezielle Strategien für die Teilstreitkräfte auf. So buchstabiert das am 27. März 2020 veröffentlichte Papier „Force Design 2030“ die Vorgaben der NVS für die Marine durch: Konsequenter soll die Truppe auf den Indopazifik und auf China ausgerichtet werden. Ergänzt wird dies mit Regionalstrategien, in diesem Fall ist das vor allem der „Indo-Pacific Strategy Report“ des Pentagon vom 1. Juni 2019, in dem unter anderem die Bedeutung verstärkter Manöverfähigkeiten hervorgehoben wird. Explizit erwähnt werden dabei einmal die sogenannten Manöver zur Freiheit der Schifffahrt („Freedom of Navigation Operations“; FONOP), bei denen es den USA um die Offenhaltung – oder, je nach Sichtweise: die Kontrolle – der neuralgischen Seewege in der Region geht. Und zum anderen geht der Bericht auf die sogenannten „Expeditionary Advance Base Operations“ (EABO) ein, in deren Rahmen unter anderem die Einnahme kleiner Inseln mitsamt anschließender Errichtung von Brückenköpfen geprobt wird. Diese Übungen stehen in einem offensichtlichen Zusammenhang mit den US-Vorwürfen, China errichte im Südchinesischen Meer auf künstlichen Inseln und Riffen Militärbasen, um seine Machtposition auszubauen.

Das Manöver Defender Pacific 2020 setzt bei diesem gefährlichen machtpolitischen Fingerhakeln geographisch noch einmal deutlich weiter vorne an – es hat seinen Ausgangspunkt zunächst einmal in den USA. Dabei wurde schon der mit Defender Europe 2020 geplante Großaufmarsch an der russischen Grenze explizit als Umsetzung der in der Nationalen Verteidigungsstrategie gemachten Vorgaben gerechtfertigt (siehe UZ vom 14. 2.). Dies gilt auch für das asiatische Pendant, über das „defensenews“ bereits im vergangenen Jahr schrieb: „Die Übung wird von einem aufsteigenden China befeuert, das in der Nationalen Verteidigungsstrategie als langfristiger strategischer Konkurrent der Vereinigten Staaten beschrieben wird.“

Laut Aussagen von John Johnson, Kommandeur der US Army Pacific,

geht es bei der größten Übung der US-Armee in der Region seit Anfang der 1990er konkret darum, ab September 2020 innerhalb von 30 bis 45 Tagen 12.000 Soldaten von den USA nach Ostasien zu verlegen. Was das Szenario anbelangt, gab Johnsons Vorgänger, Robert Brown, kurz vor seiner Verrentung an: „Sie (die US-Truppen) werden vor die Herausforderung gestellt, zum Pazifik zu gelangen, wo die dem Pazifik zugeordneten Einheiten bereits stationiert sind. Und wir werden nicht nach Korea gehen, wir werden tatsächlich in ein Szenario im Südchinesischen Meer gehen, in dem wir uns in der Gegend um das Südchinesische Meer befinden werden.“

Logistisch ist das eine noch einmal eine ganze Ecke größere Herausforderung als beim EU-Gegenüber: So ist die zu überbrückende Distanz deutlich größer und es gibt auch kein Festland, von wo aus sich die Truppen zur schnellen Durchreise bis zur Feindesgrenze aufmachen könnten. Auch US-General Gus Perna wurde dazu im Februar 2020 mit den Worten zitiert: „Defender Pacific wird allein schon aufgrund der unterschiedlichen Zeiträume und Distanzen wie auch dem Terrain zusätzliche Herausforderungen beinhalten. Wir müssen Truppen und Material sehr viel weiter als auf dem europäischen Schauplatz transportieren, was bedeutet, dass es länger dauern wird, dorthin zu gelangen.“

Aktuell ist noch unklar, ob die Übung aufgrund der Coronakrise wie geplant abgehalten werden kann – klar ist aber, dass das alles auf Dauer angelegt ist.

Nach Defender ist vor Defender

Die USA haben bereits etwa 85.000 Soldaten in der Region stationiert, der Großteil davon in Japan und Südkorea – ein Manöver aus dem potenziellen Bedarf nach zusätzlichen Truppen heraus zu begründen zeigt, in welchen Größenordnungen das Pentagon hier denkt. Und dabei handelt es sich hier erst einmal „nur“ um die kleinere Variante, das dickere Ende soll erst im nächsten Jahr kommen.

Denn die Defender-Übungen sollen künftig sowohl in Europa als auch in Asien jährlich stattfinden, allerdings jeweils auf dem einen Kontinent in einer großen und beim Pendant in einer abgespeckten Version. Dieses Jahr war Europa mit der Großvariante an der

Reihe, wofür im Haushalt 340 Millionen Dollar eingestellt worden waren. Wie hoch die Ausgaben für die diesjährige Pacific-Übung sein werden, ist nicht ganz klar, sie dürften aber bei ungefähr 150 Millionen Dollar liegen. Das ist nämlich der Betrag, der 2021 für Defender Europe im Pentagon-Haushalt eingestellt ist. Dafür wird das Pazifik-Pendant dann deutlich größer ausfallen: Vorgesehen sind für 2021 satte 364 Millionen Dollar und die Rede ist dann von 30.000 beteiligten US-Soldaten.

Deutsche Rolle?

Vor diesem Hintergrund stellt sich abschließend die Frage, ob auch die NATO oder gar Deutschland bei Defender Pacific eine Rolle spielen werden. Für das anstehende Manöver ist diesbezüglich wohl noch nichts geplant, allerdings ist das womöglich nur noch eine Frage der Zeit. Denn schon jetzt hat nicht zuletzt Deutschland sein machtpolitisches Auge auf die indopazifische Region geworfen. So begründete Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer in einer Rede bei der Deutschen Maritimen Akademie am 12. März 2020 die kurz zuvor verkündete Entscheidung, ein Kriegsschiff in die Region entsenden zu wollen, mit den Worten: „Die Aufgaben unserer Marine gehen über die Landes- und Bündnisverteidigung hinaus. Denn Seewege sind Lebensadern. Und so ist die Freiheit der Seewege für Deutschland und unseren Wohlstand von großer strategischer Bedeutung. (...) Es wird deutlich: Wir haben ein vitales Interesse an verlässlichen Regeln, an der liberalen internationalen Ordnung. Und die wird auch zu Wasser verteidigt. Viel genutzte strategische Engpässe, wie die Straßen von Hormus und Malakka, sind besonders bedeutsam und in hohem Maße von Regionalkonflikten bedroht, aber auch von Terrorismus und Piraterie. (...) In der zweiten Jahreshälfte, während Deutschlands EU-Ratspräsidentschaft, wollen wir außerdem eine Fregatte in den Indischen Ozean entsenden. Als wichtiges Zeichen: Auch in diesem Teil der Welt haben wir Interessen, auch dort setzen wir uns für internationales Recht ein, auch dort stehen wir unseren Partnern zur Seite.“

Jürgen Wagner ist Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisation (IMI)

Petition der DKP

Alle Sanktionen aufheben, die den Kampf gegen die Pandemie behindern

Wir fordern den Bundestag und die Bundesregierung auf:

Mit sofortiger Wirkung alle Sanktionen aufzuheben, die den weltweiten Austausch von Medizingeräten, Gesundheitsprodukten, Medikamenten, Erfahrungen und Vorgehensweisen behindern oder unmöglich machen.

Begründung

Zentrale Beispiele sind die Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und die Russische Föderation. Die Bundesregierung beteiligt sich an diesen politischen Sanktionen, wohl wissend, dass damit unter anderem Medikamente in der EU festgesetzt werden, die für die Versorgung von Patienten in Venezuela lebensnotwendig sind. Die Verschärfung der Coronapandemie soll die politische Situation in Venezuela verschärfen, soll Venezuela destabilisieren.

Die Sanktionen gegen Kuba behindern das dortige Gesundheitssystem. Sie haben gleichzeitig den Effekt, dass der gleichberechtigte, wissenschaftliche und humanitäre Austausch auch von Medikamenten unterbunden wird. Betroffen ist auch das kubanische Medikament „Interferon alfa-2b«, das derzeit gute Ergebnisse im Kampf gegen Corona anzeigt.

Die Russische Föderation bildet geografisch die Brücke zwischen Europa und Asien. Sie verfügt über große Kenntnisse im Kampf gegen Epidemien. Ein Kampf gegen die weltweite Ausbreitung des Virus ist ohne sie undenkbar. Die bestehenden Sanktionen be- und verhindern das.

Die mangelnde Zusammenarbeit mit der VR China ist ein viertes Beispiel. Die VR China verfügt über die größten Erfahrungen und viele Spezialisten im Kampf gegen das Virus. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Hilfsangebote der VR China anzunehmen und die Zusammenarbeit zu intensivieren.

Diese vier Beispiele passen nicht zur notwendigen weltweiten Zusammenarbeit im Kampf gegen Corona. Das muss geändert werden. Weg mit den Sanktionen gegen Venezuela, Russland und Kuba, für die Zusammenarbeit mit der VR China.

Um gesellschaftlichen Druck aufzubauen, damit die Petition beachtet wird, hat die DKP sie zur Unterzeichnung auf die Plattform „change.org“ gestellt.

Jede Stimme zählt! Die Petition findet man unter www.change.org/p/bundestag-alle-sanktionen-aufheben-die-den-kampf-gegen-die-pandemie-behindern



Unser Genosse
Micha Pasquay
ist am 8. April
50 Jahre jung geworden!



Aber selbst diese runde Zahl ist ihm weder anzusehen noch anzumerken. Obwohl schon lange Mitglied unserer Partei, die viel abverlangt, ist er stets mit frischem Geist bei der Sache. Insbesondere die Bildungsarbeit seiner Wohngebietsgruppe und der Sammelbetriebsgruppe Bildung wäre ohne ihn sehr viel ärmer.

Auch die Arbeit der Marxistischen Abendschule in Bergedorf und die Vorbereitung vieler Vorträge und Veranstaltungen bestimmen einen Teil seiner Zeit. Dass es die Jugendweihe in Bergedorf noch gibt, ist sein Verdienst. Nicht zuletzt liegt ihm die Friedensarbeit schon immer sehr am Herzen.

Lieber Micha, auch wenn die große Feier aufgeschoben sein mag, so wünschen wir Dir erst recht alles Gute und erholsame Tage im Kreise Deiner Liebsten.

Wir freuen uns auf viele weitere gemeinsame Jahrzehnte.

**Wohngebietsgruppe Hamburg-Bergedorf
Sammelbetriebsgruppe Bildung**

70 Jahre
wurde unser Genosse

Gerhard Rauscher

aus Schweinfurt

Im Namen aller Genossinnen und Genossen:

Lieber Gerhard, bleib gesund und munter. Für die kommenden sozialen und politischen Diskussionen sind Deine Standpunkte für unsere Gruppe und auch für den Kreis besonders wichtig.

DKP Kreis Unterfranken

Wir gratulieren unserem Genossen

Peter Gohl

herzlich zum **80. Geburtstag**



Für ihn ist diese Zahl sicher kein Anlass, sich bequem zurückzulehnen, ganz im Gegenteil.

In erster Linie ist da die ideologische Arbeit zu nennen. Peter scheint die Bildungsabende in unserer Wohngebietsgruppe aus dem Handgelenk zu schütteln, dabei ist er stets gut vorbereitet und legt die schwierigsten Sachverhalte einfach und deutlich dar. Ob beim gemeinsamen Studieren der Klassiker oder der aktuellen Politik unserer Partei, was er anpackt, macht er gründlich.

Wohlüberlegt greift er in seiner ruhigen Art in die Diskussionen des Bezirksvorstandes ein, um den Blick auf die Kernfragen zu richten. An ein Erscheinen unserer Wohngebietszeitung ist ohne einen grundsätzlichen Beitrag von Peter nicht zu denken, seine Verwurzelung in Wohngebiet und Gewerkschaft trug maßgeblich zur Neugründung der örtlichen Friedensinitiative bei.

Die enge Verbundenheit mit der Partei und die Vielseitigkeit von Peter zeigen sich auch daran, dass er in einer schwierigen finanziellen Situation die Funktion des Bezirkskassierers übernahm und für die Gesundung der Finanzen des Bezirkes sorgte. Infolgedessen wurde er auch in die Finanzkommission des Parteivorstandes berufen und koordiniert bis heute die Sitzungen der Bezirkskassierer im Norden.

Lieber Peter, umso mehr gönnen wir dir die gemeinsamen Reisen und Zeit zu zweit mit deiner Uschi.

Du bist für uns unentbehrlich und wir freuen uns auf viele weitere gemeinsame Jahre im Kampf um Demokratie, Fortschritt und Sozialismus.

**Wohngebietsgruppe DKP Hamburg-Bergedorf
Bezirksvorstand DKP Hamburg
Finanzkommission des Parteivorstandes der DKP**

HOTEL - RESTAURANT - CAFÉ
Gasthof Heimes
1591 - 1685 - 1759 - 1841
★★★ Superior
57392 Schmallenberg-Grafschaft
Tel.: 02972 97800 · Fax: 02972/978097
mail@gasthof-heimes.de · www.gasthof-heimes.de

Wo Ferien noch Ferien sind
- auf dem Hollerhof -
• Rundum Natur pur – viel Ruhe • Kittners Bibliothek von etwa 10 000 Büchern • 3 komfortable Ferienwohnungen (63 bis 93 qm) für 2–5 Personen
Tel: +43 (0)3476 20525
E-Mail: hollerhof@hollerhof.at
www: hollerhof.at

Toskana, nah am Meer
www.toskana-binhof.de | 0039. 0566. 81478
Ökohof im Olivenhain, weiter Blick, Stille; große helle Zimmer, viele gute Bücher, Haus oder Häuschen; Kinderparadies.

**Entschleunigung
Ruhe & Natur satt im
Müritz-Nationalpark**
3 FeWo für je 2–3 Personen, ganzjährig in Kratzburg-Granzin,
Tel: 039822/299488

**Urlaub im Lotsenhaus
an der Ostsee**
(14 km von Stralsund)
3 komfortable Fe.-Wo.
Erich und Michaela Bartels
Näheres: Tel. 03831 – 459 366
www.ferien-im-lotsenhaus.de

jw Spezial

Mittwoch, 15. April, in j/w: 8 Seitenextra
Schweiz
Sicher ist sicher. Die Schweiz als beliebter Rückzugsort deutscher Faschisten. Von Florian Sieber | **Rassistisch und neoliberal.** Elisa Nowak über die Schweizer Volkspartei als Vorreiter des sogenannten Rechtspopulismus in Europa | **Unter Beobachtung.** Der Schweizer Geheimdienst erhält immer mehr Kompetenzen und wird weiter ausgebaut. Von Clemens Studer | **Kapitalismus überwinden.** Damian Buggmann über die kommunistische Partei der Arbeit und Klassenkampf in der Schweiz
Kauf am Kiosk!
junge Welt
Antifa

**Druckfrisches
Gesundheitsinfo
zur Coronakrise!**

Jetzt bestellen: DKP-Parteivorstand | pv@dkp.de | www.dkp.de

Zu Hause bleiben – Hände waschen – weiterbilden!



**Georg Fülberth
„Sozialismus“**
Pocketformat, 119 Seiten,



**Gehard Feldbauer
„Vietnamkrieg“**
Pocketformat, 127 Seiten,



**Gehard Feldbauer
„Die Resistenza“**
Pocketformat, 126 Seiten,



**Volker Hermsdorf
„Die kubanische Revolution“**
Pocketformat, 141 Seiten,

Alle Bücher aus der Reihe „Basiswissen“ aus dem Papyrossa Verlag, Preis: **Je 9,90 €** zzgl. Versandpauschale in Höhe von 2,20 € pro Bestellung im Inland. Viele weitere Bücher zu verschiedensten Themen findet ihr im UZ-Shop.

uzshop.de

Hermann-Schlotterbeck-Platz

Welzheim benennt Platz nach kommunistischem Widerstandskämpfer

Auf Beschluss des Gemeinderates der „Römerstadt Welzheim“ im Schwäbischen Wald, rund 40 Kilometer östlich von Stuttgart, wird zum 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers (KZ) Welzheim ein „Hermann-Schlotterbeck-Platz“ geschaffen, benannt nach dem kommunistischen Widerstandskämpfer Hermann

und dessen Opfer“, würdigte Bernlöhrl in seiner Vorlage an den Gemeinderat. Anlässlich des 75. Jahrestages der Räumung des KZ Welzheim hatten sich der Historische Verein und der Kreisverband Rems-Murr der VVN-BdA an den Bürgermeister der Stadt gewandt, damit die Namensnennung jetzt vollzogen wird. Mehrheitlich stimmte der

Flugblättern ins KZ Heuberg und ab September 1944 ins KZ Welzheim. Dort wurde er, wie sein Bruder Friedrich (1909 bis 1979), gefoltert und misshandelt.

Im Mai 1944 verriet ein Spitzel die Gruppe Schlotterbeck an die Gestapo. Von der Widerstandsgruppe überlebte nur Friedrich Schlotterbeck. Er konnte durch seine erfolgreiche Flucht in die Schweiz sein Leben retten. Die anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe wurden verhaftet, nach Dachau verschleppt und am 30. November 1944 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ hingerichtet, darunter die Eltern Gotthilf und Maria Schlotterbeck, die Schwester Gertrud und Hermann Schlotterbecks Verlobte, Else Himmelheber, sowie weitere fünf Mitglieder der Widerstandsgruppe.

Die Befreiung von Faschismus und Krieg erlebte auch Hermann Schlotterbeck nicht mehr. Auf Befehl von Heinrich Himmler wurde das KZ Welzheim am 14. April 1945 evakuiert und alle Spuren, die auf ein KZ hinwiesen, mussten vernichtet werden. Kein Häftling durfte in die Hände des Feindes fallen. Im Zuge der Räumung erfolgte ein Häftlingstransport Richtung Bodensee, darunter auch Hermann Schlotterbeck. In der Nacht vom 18. auf den 19. April 1945 wurde er, 26 Jahre alt, in einem Wald bei Riedlingen (Oberschwaben) von SS-Schergen hinterrücks erschossen.

Sein Bruder Friedrich kehrte im Juni 1945 nach Stuttgart zurück und veröffentlichte im Juli den Bericht „Wegen Hochverrat hingerichtet“, „Warum mussten die Mitglieder der Widerstandsgruppe sterben?“, fragt Friedrich Schlotterbeck in dieser Broschüre und gibt dazu folgende Antwort: „Weil sie den einfachsten Idealen der Menschlichkeit treu blieben! Weil die Söhne einer alten Mutter sich nicht dem Joch der Tyrannei beugten – musste die Mutter sterben! Weil die Söhne eines Vaters dem Geiste des Rechts und der Freiheit, in dem sie erzogen waren, treu blieben – musste der Vater sterben! Weil wir es wagten, den Verderbern unseres Volkes zu trotzen – musste die Schwester sterben! Weil einige den Krallen der mächtigen Gestapo entwichen – musste die ganze Schar der ihnen nahe stehenden Menschen sterben!“

Der „Hermann-Schlotterbeck-Platz“ erinnert und mahnt gegen das Vergessen der Nazi-Barbarei. Seit 1997 steht in einem nahegelegenen Wald ein Gedenkstein am Eingang des „Henkersteinbruchs“, eines Steinbruchs, der als Hinrichtungsstätte diente. Der Gedenkstein wurde auf Initiative der VVN-BdA errichtet und anlässlich des 70. Jahrestages von der Stadt mit Stelen für die Hingerichteten ergänzt.

Dieter Keller



Der Zellentrakt des Polizeifängnisses in Welzheim, in dem Hermann Schlotterbeck einsaß

Schlotterbeck (1919 – 1945). Dabei handelt es sich um den westlichen Teil des „Gottlob-Bauknecht-Platzes“, der den Namen des Industriellen und Ehrenbürgers der Stadt trägt. Der Name Hermann Schlotterbeck soll stellvertretend für alle Opfer des KZ Welzheim stehen. Der Platz liegt direkt vor der ehemaligen KZ-Kommandantur im Zentrum der Stadt. Trotz starker Bedenken und teils heftigem Widerstand, einen Platz nach einem kommunistischen Widerstandskämpfer zu benennen, war die seit Jahrzehnten geführte Auseinandersetzung jetzt mit Erfolg gekrönt.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde in Welzheim immer wieder diskutiert, eine Straße oder einen Platz nach Hermann Schlotterbeck zu benennen. Die Debatte darüber sei teilweise unbequem, aber notwendig gewesen, sagte Bürgermeister Thomas Bernlöhrl. Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) Rems-Murr stritt dafür, dass die „Schillerstraße“, die zum Polizeifängnis führte und von 1945 bis 1948 „Hermann-Schlotterbeck-Straße“ hieß, wieder nach dem Widerstandskämpfer benannt wird. Vor 1945 war die Straße nach dem Nazi und berüchtigten Lagerkommandanten von Welzheim, Karl Buck, benannt. Eine wichtige Rolle spielte der „Historische Verein Welzheim“. „Der Historische Verein und dessen Mitglieder stehen wie niemand sonst in Welzheim für die Erinnerungsarbeit an das KZ Welzheim

Gemeinderat der daraus entstandenen Vorlage des Bürgermeisters zu.

In Welzheim befand sich von 1935 bis April 1945 ein Konzentrationslager. Julius Schätzle (1905 bis 1988), der von 1946 bis 1950 für die KPD im Landtag von Württemberg-Baden saß, beschreibt in seinem 1974 erschienen Buch „Stationen zur Hölle“ die katastrophale Situation der geschundenen und gequälten Inhaftierten. Menschen unterschiedlicher Herkunft und politischer Couleur einschließlich Juden und Zwangsarbeiter waren in Welzheim inhaftiert. Eine Reihe von Kommunistinnen und Kommunisten als auch Gewerkschafter aus dem Südwesten kamen von Welzheim nach Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Sachsenhausen, Ravensbrück und Mauthausen. Einige davon waren bei der Selbstbefreiung des Lagers Buchenwald am 19. April 1945 dabei. Sie schworen: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Dafür kämpfte auch Hermann Schlotterbeck. Er war Mitglied der kommunistischen Stuttgarter „Widerstandsgruppe Schlotterbeck“. Er und seine Familienangehörigen sowie weitere Mitglieder der Gruppe waren schon vor der Machtübertragung auf Hitler gegen die drohende faschistische Gefahr aktiv. Schon als 14-Jähriger kam Hermann Schlotterbeck wegen Verteilung von

UZ-Pressesfest trotz Corona?

Die Pressefestleitung ringt mit einer schweren Entscheidung und führt die Diskussion in der Partei

Eine schwierige Entscheidung steht vor uns. Vom 28. bis 30. August 2020 soll im Dortmunder Revierpark unser 21. UZ-Pressesfest stattfinden. Hunderte Künstlerinnen und Künstler, Referentinnen und Referenten, linke und fortschrittliche Organisationen haben ihr Kommen zugesagt. Wir bereiten ein großes Fest des Friedens und der Solidarität vor. Ein Fest, das diese Zeit dringend braucht. Auch und gerade die Zeit der Coronapandemie braucht dieses Fest des Widerstands. Denn die Krise ist nicht nur von gesundheitlichen Gefahren gekennzeichnet, sondern auch von massiven Angriffen auf die Arbeiterklasse und unsere demokratischen Rechte. Entlassungen, Kurzarbeit und weitere Verarmung, reaktionärer Staatsumbau und Militarisierung sind keine Kollateralschäden. Nicht zuletzt sind Künstlerinnen und Künstler betroffen. Kultur braucht Auftritte, aber Kultur braucht auch Geld zum Überleben. Wir fordern schon lange die soziale Absicherung der Kultur und kämpfen darum – in diesen Tagen gilt das besonders.

So wichtig unser Fest ist, so wenig können wir die Augen vor den Problemen verschließen. Natürlich gefährdet die Pandemie seine Durchführung. Auch unter uns, unter den vielen Helferinnen und Helfern, Trägern und Mitwirkenden des Festes ist die Unsicherheit zu Recht groß. Viele von uns sind in Kurzarbeit, fürchten den Jobverlust,

kämpfen mit finanziellen Problemen, machen sich Sorgen um ihre Gesundheit – und ja, viele von uns gehören auch zu den sogenannten Risikogruppen.

Die Sicherheit und Gesundheit unserer Gäste und Mitwirkenden haben in der Vorbereitung unserer Veranstaltungen immer eine große Rolle gespielt. Wir können das UZ-Fest nur durchführen, wenn wir beides gewährleisten können. Ob das Ende August möglich sein wird, lässt sich heute nicht mit Gewissheit sagen. Leider können wir eine Entscheidung aber auch nicht erst kurz vor Toresschluss fällen, weil der finanzielle Schaden, die eingesetzten Kräfte dann zu groß würden. Wir werden Mitte des Monats mit den Gliederungen der DKP diskutieren und das Für und Wider abwägen und Meinungen einholen. Zum 1. Mai werden wir eine Entscheidung treffen müssen.

Im Falle einer Verschiebung bitten wir um euer Verständnis. Wir versichern euch bereits heute, dass es in dem Fall rasch einen neuen Termin geben wird. Und natürlich werden die eingegangenen Spenden und alle weiteren Spenden für das Fest verwendet!

In diesem Sinne: Schreibt uns eure Meinungen, plant mit dem Pressefest und haltet den Termin noch fest. Vor allem: Bleibt gesund und aktiv! Und lebt die Solidarität auch in der Krise!

Eure Pressefestleitung



UZ – UNSERE ZEIT – JETZT ABONNIEREN UND SCHON BALD KAFFEE AUS ZWEI ROTEN BRECHT-TASSEN GENIEßEN!

Prämie: 2 Kaffeebecher rot, Aufdruck schwarz und weiß, Inhalt ca. 300 ml



- Wochenzeitung-Abo (Nur Print-Ausgabe)**
Preis pro Monat: 6,50 € (ermäßigt) 13,00 € (Normalabo) 20,00 € (Förderabo)
- Online-Abo (Nur Online-Ausgabe)**
Preis pro Monat: 4,50 € (ermäßigt) 9,00 € (Normalabo) 14,00 € (Förderabo)
- Kombi-Abo (Wochenzeitung & Online-Ausgabe)**
Preis pro Monat: 7,50 € (ermäßigt) 15,00 € (Normalabo) 23,00 € (Förderabo)

Ausland auf Anfrage. Zeitung im Umschlag/Streifband plus 24,- Euro jährlich. Das Abo wird automatisch um ein Jahr verlängert, sofern es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird oder uns eine andere Preisstufe mitgeteilt wird.

Ich abonniere die UZ für mindestens ein Jahr und zahle monatlich* vierteljährlich* halbjährlich jährlich
* Nur bei SEPA-Einzug möglich: Ich erteile eine Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat

Name, Vorname	Telefon
Straße, Nr.	IBAN
PLZ, Ort	
E-Mail	Datum, Unterschrift

Einsenden an: CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstr. 18 • 45127 Essen • Tel.: 0201 17788923 • E-Mail: info@unsere-zeit.de

Impressum

UZ – unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

Herausgeber:
Parteiorgan der DKP
Erscheint wöchentlich
ISSN 0943-4216

Redaktion:
Lars Mörking (Chefredakteur, v.i.S.d.P.)
lars.moerking@unsere-zeit.de
Herbert Becker
herbert.becker@unsere-zeit.de
Björn Blach
bjoern.blach@unsere-zeit.de
Melina Deymann
melina.deymann@unsere-zeit.de
Christoph Hentschel
christoph.hentschel@unsere-zeit.de
Manfred Idler
manfred.idler@unsere-zeit.de
Werner Sarbok
werner.sarbok@unsere-zeit.de
Thomas Brenner (Bildredaktion)
thomas.brenner@unsere-zeit.de

Telefon: 0201/177889-90
Internet: www.unsere-zeit.de
E-Mail: redaktion@unsere-zeit.de
facebook.com/UnsereZeit_UZ
twitter.com/UnsereZeit_UZ
Verlag: CommPress Verlag GmbH
Geschäftsführer:
August Ballin (vertrieb@unsere-zeit.de)
Klaus Leger (verlag@unsere-zeit.de)
Druck: Union Druckerei Berlin GmbH
Aboservice:
Carol Schröder
Telefon: 0201/177889-15, Fax: -28
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Anzeigenservice:
Ben Richter / Walter Herbster
Telefon: 0201/177889-23, Fax: -28
E-Mail: info@unsere-zeit.de
Anzeigenschluss:
Jeweils Montag, 12.00 Uhr
Anschrift Redaktion und Verlag:
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Bankverbindung:
Postbank Köln, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE34 3701 0050 0417 0995 07

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Spendenkonto DKP-Parteiorgan

GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS | IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01

Solche Sachen

Meine Corona-Woche (3)



Humor auf Kosten der Kleingärtner. Danke sehr.

Erste Ausfallerscheinungen greifen um sich: Sprechen mit Pflanzen und Haushaltsgeräten. Dabei über die Anschaffung eines minimal anspruchsvollen Haustieres sinnieren (Goldfisch? Schildkröte? Riesen-Assel?). In die Badewanne gehen vor Langeweile, obwohl man bereits geduscht hat. Die Wiederholung eines Tatortes sehen, dessen Wiederholung man bereits vor vier Monaten gesehen hat. Dabei den Mörder raten. Kochen. Solche Sachen.

Gartenbro A. und ich besprechen im Garten – brav zu zweit – die aktuelle Lage. Stimmt das alles, was uns vorgesetzt wird? Steckt da was anderes oder mehr dahinter? Wie weit geht die Regierung, welche (Grund-)Rechte werden weiter beschnitten? Was macht man noch mit und wo verweigert man sich? Ist Donald Trump ein realer Mensch? Wäre bei so schwierigen Themen ein zweiter Wodka zum zweiten Espresso nicht äußerst hilfreich? Solche Sachen.

Die UZ im Home-Office (mit-)zu produzieren läuft gut. Segen Internet. Man lädt geschriebene Artikel runter und fertige Seiten wieder hoch oder umgekehrt, je nachdem, wer wo sitzt und welche Aufgabe hat. Dass der eine oder andere Redakteur dabei seinen Artikel „ins Nirvana“ schickt... nun denn, das gab es vorher auch schon. Und da war es ungleich schwerer! Muss dann halt neu gemacht werden. Und alles läuft ohne Sichtkontakt mit Skype oder Ähnlichem, was ich sehr freundlich finde: Ich mag mein Gesicht schon beim Rasieren nicht. Und die anderen sind auch nicht viel hübscher.

Bei den Arschlöchern von „Die Rechte“ in Dortmund würde ich jetzt gerne mal Mäuschen spielen. Was macht so ein Nazi wohl gerade? Sich auf den 3. Weltkrieg vorbereiten? Bunker anlegen und alten Damen das Klopapier klauen? Mensch-ärger-den-Deutschen-nicht spielen? Reichskriegsfahnen häkeln? Arische Pornos gucken? Zumindest in Sachen Aktionen ist gerade nichts los im „Nationalen Widerstand“, und das ist wohl einer der wenigen Vorteile des Wortes mit C., dass ich wenigstens in einem Artikel mal nicht benutzen werde. Und wenn das alles vorbei ist und die Braunen wieder auf die Straße gehen wollen: Blockieren, demonstrieren, informieren: Solche Sachen.

Solange es so ist, wie es ist, lege ich abends Schallplatten auf. Richtige Schallplatten und nicht so ein Computergedödel. Da findet sich nach Jahren die Tom Robinson Band mal wieder auf dem Teller, der gute alte Degenhardt oder Chumbawamba („Enough is enough is enough“ Yes!). Und je lauter man macht, je lustiger knistert es. Ich war nie ein Sammler, immer ein Benutzer, und das hört man dann wirklich. Meine Nachbarn auch, denn so ein alter Verstärker von Yamaha kann es wirklich laut. Und dann kommen noch Slime, Kettcar, The Clash und Kortatu dazu. Und die Nachbarn, die für all das viel zu jung sind, denken dann wahrscheinlich: Ach nee, bitte nicht wieder solche Sachen!

PS: Mein Zu-Hause-Bleiben-Tipp: Samstag war ich in Osnabrück. Lohnt nicht.

Karl Rehnagel

Widerstand leisten

Politisch aktiv geht auf vielerlei Art

Wie haben es die Herrschenden geschafft, eine ganze Bevölkerung in eine Art Schockstarre zu versetzen, die Volkswirtschaft zu mehr als zwei Dritteln lahmzulegen und fast alle medialen Kanäle gleichzuschalten? Man möchte fast den Hut ziehen vor den politökonomischen Kräften, die die sich bietende Gelegenheit einer viralen Pandemie so geschickt genutzt haben. Nicht nur eine großangelegte Notstandsübung ist im Gange, sondern auch ein sozialpsychologisches Experiment größeren Ausmaßes. Das Phänomen trägt den Namen „Angst“, die unerklärlich diffuse Vorstellung von einem „Gegner“, der nicht zu sehen ist, wenn man von den schön-gefährlichen Grafiken des Virus absieht, das überall und gegen jeden lauert. Mächtige Wortbilder werden genutzt, das ist von der „Welle“, die Rede, die über uns hereinbrechen kann, von einer „Flut“, die das ganze Land überschwemmen wird. Die „asiatische Gefahr“ ist noch nicht gebannt, „wilde Tiere“ müssen herhalten, um überhaupt einen Feind benennen zu können. Die anale Fixierung bei vielen Menschen, die Angst vor dem „Unreinen“, dem Schmutz, dem Klebrigen, führte nicht nur zu Hamsterkäufen bei Toilettenpapier, in seltener Einmütigkeit waschen sich alle häufig die Hände.

Das christliche Osterfest steht uns bevor, gefeiert als Auferstehung und Erlösung. Jede Wette, dass die Sonntagsreden der Herrschenden uns mit den Bildern trösten wollen, die uns Hoffnung auf das Licht am Ende der Pandemie versprechen werden?

Für uns, die wir historisch-materialistisch uns die Welt aneignen, kann und darf die Starre kein Mittel und kein Weg sein, neben der Unterstützung der richtigen politischen Forderungen wie „Beendigung aller Sanktionen“, der Finanzierung der Belastungen für die arbeitenden Menschen durch eine längst überfällige Steuer auf große Vermögen, der Entlastung des Personals im Gesundheitswesen untätig zu bleiben. Viele haben nun Zeit, die ihnen sonst fehlt, sich einen anderen Blick zu erlauben. Hier ein paar Vorschläge:

Fünf Bücher der „Kinder des Widerstandes“ sind es mittlerweile:

Töchter und Söhne sowie Freundinnen und Freunde von Verfolgten des Naziregimes und Widerstandskämpferinnen und -kämpfern melden sich zu Wort und erzählen die Geschichte ihrer Eltern und Vorbilder. Vor einigen Jahren haben sich Alice Czyborra, geb. Gingold, Inge Trambowsky, geb. Kutz, Traute Sander,

geb. Burmester, und Klara Tuchscherer, geb. Schabrod aus Nordrhein-Westfalen zusammengefunden und damit begonnen, die Geschichten ihrer Familien aufzuschreiben. Sie kommen alle aus Arbeiterfamilien. Ihre Angehörigen hatten Widerstand gegen das Naziregime geleistet und wurden deswegen verfolgt. 50 von ihnen haben inzwischen ihre Geschichte aufgeschrieben. So wie ihre Angehörigen sind einige der Autorinnen und Autoren aktive Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA). Im Jahr 2015 veröffentlichten sie die erste Broschüre mit acht autobiographischen Beiträgen. Ihre Initiative zog Kreise. Inzwischen gibt es vier weitere Veröffentlichungen unter dem gleichen Titel. Die Schriften „Kinder des Widerstandes“ sind lieferbar über die Mail-Adresse: nrw@vvn-bda.de

Die Willi-Bredel-Gesellschaft e. V., Hamburg, macht uns aufmerksam auf die Trilogie „Die Väter“, „Die Söhne“ und „Die Enkel“ von Willi Bredel. Sie sind bei Aufbau Digital veröffentlicht und kosten jeweils 8,99 Euro. Sehr empfehlenswert ist auch der digital hervorragend restaurierte Film „Verwandte und Bekannte“ des DDR-Fernsehens von 1971, der nun auf einer Doppel-DVD veröffentlicht worden ist. Sie enthält ein achtseitiges Booklet zum Autor Willi Bredel, der literarischen Vorlage und zur Rezeption des Films von Hans-Kai Möller. Die DVD ist bei Studio Hamburg Enterprises in der Reihe „DDR-TV-Archiv“ erschienen und kostet 19,95 Euro. Die DVD und viele antiquarische Buchausgaben von Bredels Werken sind zu Nicht-Corona-Zeiten direkt oder auch per Post erhältlich: Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e. V., Im Grünen Grunde 1C, 22337 Hamburg; E-Mail: willi-bredel-gesellschaft@t-online.de

Unser Autor Ken Merten schickte uns die Besprechung eines YouTube-Films:

Azzi Memo ist Rapper kurdischer Abstammung. Er lebt in Hanau. Gemeinsam mit 16 anderen Rappern und einer RnB-Sängerin hat er jetzt den achtminütigen Song „Bist du wach?“ herausgebracht. Er soll an die Opfer des faschistischen Terroranschlags in Hanau im Februar erinnern. Dass sich Musiker mit Migrationshintergrund – schon alleine weil sie Faschisten als Zielscheibe dienen können – zusammentun und einen Track gegen faschistische Gewalt machen, ist hierzulande nichts Neues. 2001 brachten die Brothers Keepers, da-

runter Rapper wie Afrob und Samy Deluxe, den Song „Adriano – Letzte Warnung“ heraus und gedachten dabei des ein Jahr zuvor in Dessau von Faschisten totgeschlagenen gebürtigen Mosambikaners Alberto Adriano. Eine ungemein kämpferische Ansage an das Mörderpack, die da gemacht wurde.

Viel hat sich seitdem verändert – leider nicht zum Guten. Xavier Naidoo, der für die Brothers Keepers noch den Refrain sang, stellt „der braunen Scheiße“ nichts mehr entgegen, er ist selber Faschist. 2001 waren es noch Bilder vom CDU-Parteitag im Musikvideo, die auf systemischen Rassismus hinwiesen. Jetzt sind es Bilder von AfD-Politikern. Nicht etwa, weil die CDU antifaschistisch geworden ist. Sondern weil der Rechtsruck offene Menschenverachtung auch im Parteiformat salonfähig macht.

„Jeder der zulässt, dass Faschos zu Wort kommen, hat selber Blut an den Händen“, rappt Kool Savas in „Bist du wach?“, einem Song, der die richtigen Fragen zur richtigen Zeit stellt.

In der Akademie der Künste Berlin „eröffnete“ eine Ausstellung, die in diesen Zeiten nicht so besucht werden kann, wie man das eigentlich möchte. Unter dem Titel „Heartfield – Fotografie plus Dynamit“ ist eine umfassende Sammlung der künstlerischen und politischen Arbeiten dieses hervorragenden Künstlers zu sehen. Es war schon bei der Konzeption und Kuratierung der Ausstellung daran gedacht worden, für die Interessenten, die nicht nach Berlin kommen wollen und können, die gesamte Materialsammlung auch online verfügbar zu machen. Das ist großartig gelungen, die Aufbereitung ist dem Medium angemessen, natürlich vermisst man den direkten Blick, die sogenannte Aura der Bücher, Plakate und Zeichnungen, dafür wird man aber mit einer Fülle von Hintergrundgeschichten und -informationen versorgt, die den Abstand erträglich machen.

Den Zugang findet man über www.adk.de/de/projekte/2020/heartfield

Ein Wiener Freund und Genosse hat die Zeit genutzt, um eine kleine, aber ständig wachsende Anzahl von literarischen Texten, besonders Gedichten und Liedern der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, in ein neues Portal einfließen zu lassen. Da gibt es manches zu entdecken, was man nicht kannte oder leider vergessen hatte, eine Fundgrube, die hoffentlich viele Freunde findet. Zu finden ist das Ganze unter: proletkult.at/textarchiv

Redaktion: Herbert Becker

BÜCHER IM UZ-SHOP www.uzshop.de

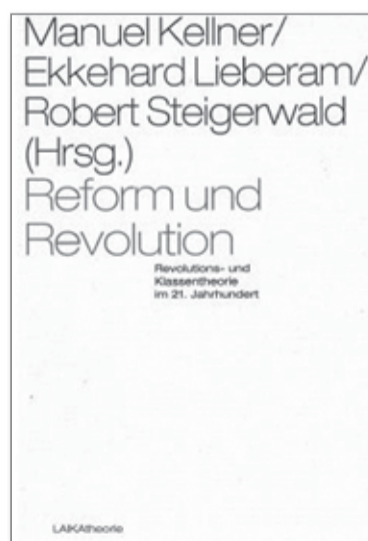


Hans Heinz Holz
„Kommunisten heute“
164 Seiten, 9,90 €

**Neu
aufgelegt!**



Hans Heinz Holz /
Verschiedene Autoren
„Die Welt begreifen –
organisiert handeln“
138 Seiten 5,00 €



Kellner, Lieberam,
Steigerwald
„Reform und Revolution“
144 Seiten 12,80 €



Hermann Kopp
„Wovon wir träumen
müssen...“
248 Seiten, 14,90 €



Brenner, Dath, Köbele,
Schölzel, Zeise u.a.
„Eine Welt zu gewinnen“
231 Seiten, 10,00 €